



Stolze Zahlen bei Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken

Bei ihren jeweiligen Jahresbilanzpressekonferenzen in München legten die Präsidenten von Sparkassenverband und Genossenschaftsverband, Siegfried Naser und Stephan Götzl, erfreuliche Zahlen vor. **Seiten 15 und 7**



Kinderlachen im Wohlfühlhaus

Dank großzügiger Unterstützung eines schwäbischen Unternehmerhepaars können nunmehr Kinder rund um die Uhr betreut werden. Die Michael-Wagner-Stiftung kümmert sich um hilfsbedürftige, behinderte, obdachlose und anderweitig benachteiligte Kinder in den „Stauden“. **Seite 16**



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Kommunal-Stichwahlen:

Licht und Schatten

Mit teils überraschenden Ergebnissen warteten die Kommunal-Stichwahlen in Bayern auf: In mehreren großen Städten müssen etablierte Oberbürgermeister von CSU und SPD ihre Sessel räumen. Insgesamt fand in 15 Landkreisen, 7 kreisfreien Städten und mehr als 250 kleineren Städten und Gemeinden nochmals der Gang zur Urne statt. Die Wahlbeteiligung war auch bei den Stichwahlen enttäuschend gering: Mit 46,3 Prozent lag sie noch niedriger als in der ersten Runde am 2. März (59,5 Prozent).

Eine herbe Enttäuschung mussten die Sozialdemokraten in der drittgrößten Stadt Augsburg hinnehmen: Dort konnte sich CSU-Herausforderer Kurt Gribl als parteiloser Kandidat in der Stichwahl deutlich mit rund 55,9 Prozent gegen SPD-Amts-Inhaber Paul Wengert durchsetzen, der nur auf 44,1 Prozent der Stimmen kam.

Generationenwechsel

Die Stichwahlen in Regensburg, Schwabach und Straubing konnte die CSU ebenso für sich entscheiden. Der amtierende Regensburger OB und Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Hans Schaidinger, lag mit 52,15 Prozent gegen SPD-Bewerber Joachim Wolbergs vorn. Matthias Thürauf besiegte in Schwabach mit 59,6 Prozent die Sozialdemokratin Helga Schmitt-Bussinger. In Straubing kommt es ebenso zum Generationenwechsel: Dort

übernimmt der erst 36-Jährige Markus Pannermayr (50,9 Prozent) vom seit 18 Jahren amtierenden SPD-OB Reinhold Perlak das Rathausruder. „Durch die Stichwahlen ist die Großstadtkompetenz der CSU gestärkt worden“, betonten unisono CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer und Parteichef Erwin Huber.

Zwei Wermutstropfen verzeichneten allerdings Würzburg und Passau: Dort wurden die CSU-Amts-Inhaber Pia Beckmann und Albert Zankl von den SPD-Herausforderern Georg Rosenthal (52,5 Prozent) und Jürgen Dupper (61,4 Prozent) bezwungen. Im fränkischen Ansbach schließlich setzte sich die von einem Parteienbündnis aufgestellte Carda Seidel mit 67,0 Prozent klar gegen den amtierenden OB Ralf Felber (SPD) durch.

Bei den Oberbürgermeister-Wahlen gewann die CSU in Regensburg, Schwabach und Straubing. (Fortsetzung S.4)



Energie-Profis für Kommunal-Profis:

Energie für Bayerns Kommunen!

Mehr Wissen setzt Energie frei. Die Bayerische Gemeindezeitung bietet in Kooperation mit Bayerischem Gemeindetag und Bayerischem Städtetag beim Info-Tag für Kommunen am 19. Juni 2008 im Garching Bürgerhaus umfassendes Know-how. Weitere Informationen in den nächsten Wochen unter: www.gemeindezeitung.de.



Mit der Skilanglauf-Elite in die Loipen beim „Skadi Loppet“ in Bodenmais

Der Skadi Loppet, eines der größten Skimarathonrennen in Europa, vereinte auch in diesem Jahr wieder die Massen zum Winterfinale des Deutschen Skiverbandes. Bestens präparierte Loipen warteten auf die Weltklasseläufer und vor allem an die 2.000 Breitensport- und Hobbykilangläufer aus ganz Europa. Die Bedingungen im Bodenmaiser Skilanglaufzentrum waren ausgezeichnet. Der „Skadi Loppet“ gehört zur Euroloppet Serie, in der 15 Skimarathonrennen in zehn Ländern Europas vereint sind. Internationale

Größen des Skilanglaufsports kämpfen neben den vielen Breitensportlern in den Loipen unter dem Großen Arber um Titel, Ehre und die berühmten JOSKA Bleikristallpokale, die in Bodenmais gefertigt werden. Der Markt im Landkreis Regen ist berühmt für seine Schneesicherheit. Er gilt als eines der schönsten Skilanglaufgebiete. Auf den 80 km Loipen liegen derzeit 40 bis 80 cm Schnee. Der skandinavische Wintergott Skadi war Namenspatte des gleichnamigen Bodenmaiser Wintersportvereins. **Foto: Felgenhauer**

Schlussbericht der Enquête-Kommission:

Kultur in Deutschland

Vorrang für die kommunale Kulturpolitik

Von Dr. Georg Sinnacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Vor fünf Jahren setzte der Deutsche Bundestag eine Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“ ein, die am 13. Dezember 2007 ihren Schlussbericht dem Parlament vorlegte. Der mehr als 500-seitige Bericht setzt sich in acht umfangreichen Kapiteln mit der Kunst und Kultur in ihrer Bedeutung für Individuum und Gesellschaft, in ihrer Werthaltigkeit als öffentliche und gesellschaftliche Aufgabe und ihrer Förderung und Finanzierung auseinander. Die Kultur im Kontext mit der Europäisierung und der Globalisierung, aber auch die soziale Lage der Künstler ist gewichtet.

Die Schwierigkeiten mit der Kulturstatistik im europäischen Vergleich sind genau so untersucht, wie der Wert der kulturellen Bildung und ihr hoher Rang für die in der Gesellschaft gesuchte Kreativität. Jedem Kapitel sind Handlungsempfehlungen angefügt.

Obwohl die kommunalen Spitzenverbände kaum Einflussmöglichkeiten auf den Bericht bekommen - was zur unangemessenen Bewertung der Bedeutung der Kultur im ländlichen Raum führte - kommt die Enquête zu dem

zwar nicht überraschenden, doch hoch bedeutsamen Ergebnis, dass Kulturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland in erster Linie Kommunalpolitik sei.

Eigene Selbstdefinition des Kulturauftrages

Während auf die Kommunen und auf die Länder im Bezugsjahr 2005 annähernd jeweils rund 3,4 Milliarden Euro Finanzvolumina fielen, betrug der Finanzierungsanteil des Bundes nur etwas mehr als eine Milliar-

de Euro. Unter ausdrücklichem Verweis auf Art. 28 Abs. 2 GG wird betont, dass sich aus der Selbstverwaltungsgarantie für Gemeinden und im Rahmen der Gesetze auch der Gemeindeverbände - eine kommunale Kulturhoheit ableite, welche die Kommunen zur eigenen Selbstdefinition ihres Kulturauftrages ermächtige.

Prinzip der Verhältnismäßigkeit

Dies bedeutet als Empfehlung an die handelnden Kommunen und ihre Rechtsaufsichtsbehörden einen Riesenfortschritt für die Dimension kommunaler Selbstverwaltung und die Bedeutung der kommunalen Kulturpolitik. Damit darf das häufig spürbare schlechte Gewissen in den Beschlussgremien von den Gemeinde- und Stadträten über die Kreistage und die Bezirkstage sein Ende finden. Selbstverständlich gilt auch weiterhin das Prinzip der Verhältnismäßigkeit im Rahmen des finanziell Möglichen.

Beachtlich ist die Empfehlung an die Länder, im kommunalen

Finanzausgleich eine Zweckbindung der Haushaltsmittel für Kultur vorzusehen, damit bei knappen Kassen die Kommunen ihrer Verantwortung für die kulturelle Bildung als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe nachkommen können. Dies wäre ein gewaltiger Fortschritt für den Kulturstaat der Zukunft, gerade bei uns in Bayern. Die Laienkultur in den Vereinen von Stadt und Land fände ein neues Schützer (Fortsetzung auf Seite 4)



Über mehr oder weniger nackte Tatsachen zwischen Küste, Bundeshauptstadt und Bayerischem Wald sinniert unsere Vorzimmerperle, während sie für ihren Chef das übliche Kalenderblatt mit einem Oscar-Wilde-Zitat zurecht legt: „Der Heilige hat eine Vergangenheit, der Sünder eine Zukunft.“ **Seite 15**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Kommunale Spitzenverbände fordern die Bundesländer auf:

Vorhandene Strukturen für Pflegestützpunkte nutzen

Die kommunalen Spitzenverbände appellieren an die Länder, ihr Bestimmungsrecht zur Einrichtung von Pflegestützpunkten im Sinne der Bürger wahrzunehmen. Wenn ein Land sich für Pflegestützpunkte entscheidet, muss ihre Einrichtung auf der Grundlage der im Land vorhandenen Strukturen erfolgen. „Die nach wie vor vorgesehene Federführung der Pflegekassen geht an den Erfordernissen vor Ort vorbei. Die Bürger brauchen einen verlässlichen Ansprechpartner. Und das sind die Kommunen, die vor Ort den besten Überblick über die vorhandenen Angebote haben und daher auch die Federführung in den Pflegestützpunkten haben sollten. Hier bedarf es noch Änderungen im Bundesrat“, sagten die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände Dr. Stephan Articus (Deutscher Städtetag), Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (Deutscher Landkreistag) und Dr. Gerd Landsberg (Deutscher Städte- und Ge-

meindebund) anlässlich der abschließenden Lesungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes im Bundestag. Ob die Pflegestützpunkte ein reiches Angebot für die betroffenen Bürger darstellen oder lediglich Doppelstrukturen zu den bestehenden kommunalen Beratungsangeboten aufgebaut werden, liegt jetzt in der Hand der Länder.

Auch wenn das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz verabschiedet wird, bleibt die Reform der Pflegeversicherung weiter auf der Agenda. Im Bundesministerium für Gesundheit wird derzeit an einem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und einem neuen Begutachtungsverfahren gearbeitet. Darin werden die Kriterien bestimmt, ob Patienten als pflegebedürftig gelten und welchen Grad der Pflegestufe sie erhalten können.

Insbesondere der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff wird in der Pflegeversicherung und in den angrenzenden Bereichen wie etwa der Sozialhilfe weitreichenden Reformbedarf auslösen. □

Sie lesen in dieser Ausgabe

Abschaffung des Büchergelds	Seite 2
10-Punkte-Programm der SPD-Landtagsfraktion	2
GZ-Kolumne Maximilian Gaul: Der ländliche Raum als „Bildungslandschaft“	3
Herrmann stellt Verfassungsschutzbericht 2007 vor	3
Kinderschutzkonferenzen in allen Regierungsbezirken	4
GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzen	5 - 8
Wasser - Abwasser	9 - 11
Kommunaler Bau	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Kabinetts beschließt Abschaffung des Büchergelds:

Familien werden entlastet

Zwei Drittel der Kosten übernimmt der Freistaat, ein Drittel die Kommunen

Das Büchergeld im Freistaat wird zum kommenden Schuljahr 2008/2009 abgeschafft. Einen entsprechenden Entwurf zur Änderung des Schulfinanzierungsgesetzes beschloss das Kabinetts. Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein und Kultusminister Siegfried Schneider erklärten: „Die Eltern müssen künftig keinen Beitrag mehr für die Schulbücher ihrer Kinder leisten. Mit der Neuregelung leisten wir einen wichtigen Beitrag, um die Familien in Bayern finanziell zu entlasten. Dank der günstigeren Einnahmesituation der öffentlichen Hand können wir das Büchergeld zum neuen Schuljahr abschaffen.“

Mit der Gesetzesänderung wird ein neues System eingeführt, wie künftig die Kosten für lernmittelfreie Schulbücher aufgebracht werden. Dabei stellt der neue Finanzierungsrahmen sicher, dass die Schülerinnen und Schüler mit aktuellen Schulbüchern arbeiten können. Bayerns Kultusminister Siegfried Schneider betonte: „Das ist für mich ein zentrales Anliegen.“

Neue Schulbücher sind wichtig, damit Innovationen rasch in den Unterricht einfließen. So ermöglichen wir eine qualitativ hochwertige Bildung.“

Pro-Kopf-Pauschalen

Die Finanzierung der Schulbücher soll aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung in Zukunft in Form von rechnerischen

Pro-Kopf-Pauschalen je Schüler und Schuljahr erfolgen, die je nach Schulart unterschiedlich hoch sind. Bei einer bis November 2007 durchgeführten Erhebung bei den Schulen und Sachaufwandsträgern haben sich Beiträge von 40 Euro für Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen und von 18 Euro für Schülerinnen und Schüler an Grundschulen oder auch Grundschulstufen von Förderschulen als durchschnittlich notwendig erwiesen.

Kommunen sind Sachaufwandsträger

Die bei der Erhebung festgestellte Summe entspricht in etwa der Summe, die bei der Einführung des Büchergelds zugrunde gelegt worden war. Die kommunalen Spitzenverbände haben der Einführung einer Pauschalabrechnung bereits zugestimmt. Die Kosten für die Schulbücher und digitalen Medien gehören zu den Aufwendungen, die die Kommunen als Sachaufwandsträger aufbringen müssen. Der Freistaat Bayern wird nach den Worten Schneiders zu den Finanzierungskosten von insgesamt rund 49,5 Millionen Euro einen Zuschuss von zwei Dritteln leisten und hierfür jährlich rund 33 Millionen Euro aufwenden. Auch die privaten Schulträger werden laut Schneider vom Freistaat eine Zuwendung in Höhe von zwei Dritteln erhalten. Eine Ausnahme bilden die privaten Volksschulen und Förderschulen, denen Zuschüsse in Höhe von 100 Prozent gewährt werden. Dafür wendet der Freistaat Bayern jährlich zusätz-

lich rund 4,9 Millionen Euro auf. Die Gesamtleistungen des Staates werden damit insgesamt bei rund 37,9 Millionen Euro jährlich liegen.

Städtetag mit Büchergeldregelung unzufrieden

Der Städtetag begrüßt die vom Kabinetts beschlossene Abschaffung des Büchergelds. Die dabei getroffene Kostenaufteilung zwischen Staat und Kommunen wird vom Verband dagegen als unzureichend abgelehnt. Der Städtetag hält eine drei Viertel (Staat)/ein Viertel (Kommunen)-Aufteilung für gerechtfertigt. Grundlage dafür ist eine Ermittlung, die das Kultusministerium bei den Schulen durchgeführt hat. Danach liegt der Gesamtbedarf für Schulbücher und andere freie Lernmittel an öffentlichen Schulen bei rund 50 Millionen Euro jährlich. Davon will der Freistaat aber nur 33 Millionen Euro bereitstellen. Den Rest müssten die Kommunen drauflegen. Im Vergleich zur alten Regelung würden sie damit finanziell schlechter gestellt. Das widerspricht dem Konnexitätsgebot, nach dem der Freistaat für von ihm ausgelöste Kosten aufkommen muss.

Einnahmeausfälle

Für kommunalunfreundlich halten es die Städte, dass der Gesetzentwurf der Staatsregierung keinen Ausgleich für die Ausfälle beim Büchergeld des Schuljahres 2007/2008 vorsieht. Mit der seinerzeitigen Ankündigung, das Büchergeld fallen zu lassen, war diese bürokratische Abgabe in der Praxis bei den Eltern nicht mehr durchzusetzen. Die daraus entstandenen Einnahmeausfälle gingen voll zulasten der Kommunen. Sie verlangen deshalb, dass der Freistaat Bayern sich an den Ausfällen des noch laufenden Schuljahres 2007/2008 beteiligt.

Oktoberfest heuer noch mit Rauchern

Staatsregierung und CSU einigen sich auf Fristverlängerung des Rauchverbots in Festzeiten bis 2009

Nach „Hauskrach“ zwischen Staatsregierung und Landtagsfraktion hat die CSU bei zehn Neinstimmen und zwei Enthaltungen sowie Zustimmung der Opposition die Staatsregierung beauftragt, eine Ergänzung des Gesundheitsschutzgesetzes vorzulegen. Das strikte Rauchverbot für Gaststätten soll für Bierzelte und entsprechende Festhallen erst mit Beginn des nächsten Jahres in Kraft treten. Für alle übrigen Bewirtungsbetriebe bleibt es bei dem im Dezember beschlossenen Inkrafttreten am 1. Januar 2008.

Grund für den teilweisen Fristaufschub sind Sicherheitsbedenken der Landeshauptstadt, schon heuer beim Oktoberfest zusätzliche Ein- und Ausgänge sowie Lokaltitäten für Raucher schaffen zu können. Hunderte von Rauchern könnten vor den Toren die Zufahrt für Feuerwehr und Rettungsfahrzeugen behindern.

Heftige Worte und ...

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein und Gesundheitsminister Otmar Bernhard, unterstützt von Finanzminister Erwin Huber als Parteichef, bezogen sich auf Besprechungen mit Münchens Oberbürgermeister Christian Ude und Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Bayerle sowie auf einen danach erst am 10. März eingetroffenen amtlichen Brief der Stadt. Das müsse man ernst nehmen, versicherten die Kabinettsmitglieder. Doch dann müsse die Fristverschiebung aus rechtlichen Gründen für alle vergleichbaren Bier- und Festzelte im Lande gelten.

Im CSU-Fraktionsvorstand und in der Gesamtfraktion gab es nach Berichten von Teilnehmern heftige Kritik an unklaren bzw. widersprüchlichen Erklärungen

von Kabinettsmitgliedern über die Gesetzesänderung. Der Vorsitzende des Ausschusses für den öffentlichen Dienst, Dr. Walter Eykman, widersprach nicht. Er habe von „mangelnder Führungsqualität“ gesprochen und Beckstein gedroht, er werde „eins drüber kriegen“, nachdem der Ministerpräsident in der hitzigen Fraktionssitzung von einem „Sauhaufen“ gesprochen hatte.

... Beschwörung der Geschlossenheit

Landtagspräsident Alois Glück beschwor die Geschlossenheit, Fraktionschef Georg Schmid - der das strikte Rauchverbot gegen den Entwurf der Staatsregierung durchgesetzt hatte - hoffte, es würden keine Beschädigungen zurückbleiben und man könne sich wieder wichtigeren Themen widmen. Beckstein sprach danach von einem reinigenden Gewitter, Huber sah einen Erfolg.

Die Opposition reagierte auf Schmidts Rechtfertigung der Terminverschiebung in der Plenarsitzung mit Hohngelächter. SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget meinte, es gehe der CSU nicht um eine sachgerechte Lösung sondern nach der für sie

10-Punkte-Programm der SPD-Landtagsfraktion:

„Bayern, aber gerechter - nur mit starken Kommunen“

Die SPD-Landtagsfraktion hat ein 10-Punkte-Programm „Bayern, aber gerechter - nur mit starken Kommunen“ vorgelegt. Die bayerischen Städte und Gemeinden, so Fraktionschef Franz Maget, dürften nicht im Regen stehen gelassen werden.

1. Gefordert wird die Stärkung der Kommunalfinanzen durch einen fairen kommunalen Finanzausgleich. Der Freistaat dürfe in Zukunft seinen Haushalt nicht mehr zu Lasten der Kommunen sanieren und müsse eine strikte Konnexität garantieren.

2. Die SPD verlangt eine Erhöhung der Quote aus dem allgemeinen Steuerverbund (Verbundquote) von derzeit 11,7 Prozent (niedrigste unter allen Flächenländern) auf 15 Prozent. Dadurch flössen auch den Kommunen mehr Schlüsselzuweisungen zu.

3. Die 50prozentige Beteiligung der Kommunen an der Kfz-Steuer müsse wie im Jahr 2002 wieder auf 65 Prozent angehoben werden.

4. Bei der Schülerbeförderung sollten den Kommunen die Kosten in Höhe von 80 Prozent erstattet werden - jetzt nur 60 Prozent.

5. Bei der Kinderbetreuung fordere die SPD-Fraktion zusätzliche Investitionsmittel und unverzügliche Maßnahmen, um den Ausbau von Kinderkrippenplätzen in Bayern voranzutreiben. Die SPD will die gesamte Kindergartenzeit schrittweise beitragsfrei stellen, beginnend mit dem kostenfreien letzten Kindergartenjahr.

6. Einführung von Ganztagschulen für alle Schularten überall dort, wo Eltern und Schule dies wünschen. Dies sei Aufgabe der Schulpolitik und vom Freistaat zu leisten. Die Kommunen dürften hier nicht belastet werden.

7. Für die Landesbank fordere die SPD eine Neuausrichtung, damit sie ihren eigentlichen Aufgaben gerecht wird. Die Landesbank sei kein Institut wie jede private Geschäftsbank, sondern eine öffentlich-rechtliche Bank und müsse vor allem dem Gemeinwohl verpflichtet sein.

8. Die bayerischen Kommunen hätten den Anspruch, unbürokratisch und schnell bereits zugesagte und genehmigte Zuschüsse zu erhalten. Der Freistaat habe eine zeitnahe Förderung und Auszahlung der zugesagten Mittel zu gewährleisten, damit die Kommunen nicht auf eigene Kosten eine eure Vorfinanzierung leisten müssen.

9. Die SPD-Landtagsfraktion werde nicht locker lassen bei der Forderung nach Einführung des flächendeckenden Mindestlohnes in Bayern. Wer arbeite, müsse davon leben können. Es sei nicht hinnehmbar, dass in Bayern 80.000 Menschen neben ihrem Lohn Hartz-IV-Empfänger sind. Ohne Mindestlohn würden aber auch die Kommunen durch die Hartz-IV-Empfänger belastet.

10. Die SPD will eine flächendeckende medizinische Versorgung in Bayern auf hohem Niveau. Dafür müsse ausreichend und kontinuierlich in die Krankenhausmodernisierung (Gebäude und Medizintechnik) investiert werden. Um den riesigen Modernisierungstau abzubauen, seien deutlich mehr Mittel erforderlich.

Unterdessen hat Finanzminister Erwin Huber die Vorwürfe der SPD zur Finanzausstattung der Kommunen zurückgewiesen: „Sie gehen grob an der Realität vorbei und zeugen von völliger Unkenntnis der Fakten“, so Huber. Die Leistungen des Freistaats an die Kommunen wüchsen 2008 doppelt so stark wie der Staatshaushalt. Eindrucksvoller lasse sich die Kommunalfinanzkraft der Freistaats nicht beweisen. „Tatsache ist: In einer finanziell guten Zeit profitieren die Kommunen in Bayern überdurchschnittlich: Wir stärken die kommunale Finanzkraft und die Investitionskraft der Gemeinden“, betonte der Minister. DK

Bayern baut Durchlässigkeit des Schulsystems weiter aus:

Stärkung der Chancengerechtigkeit

Fachoberschule und Berufsoberschule werden zur Beruflichen Oberschule / Gleichwertiger Weg zum Abitur für Schüler mit mittlerem Schulabschluss oder fertiger Berufsausbildung

Bayern baut die Durchlässigkeit des Schulsystems weiter aus. Das Kabinetts beschloss einen Gesetzentwurf zur Zusammenführung der Fachoberschule und der Berufsoberschule unter dem Dach der Beruflichen Oberschule. Außerdem wird eine Jahrgangsstufe 13 an den Fachoberschulen im Freistaat eingeführt. Damit wird zum Schuljahr 2008/2009 ein bis zu dreijähriger Bildungsgang als gleichwertiges Angebot zur Oberstufe am Gym-

nasium geschaffen. Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein betonte: „Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler mit mittlerem Schulabschluss künftig noch bessere Chancen auf ein Hochschulstudium haben. Mit der Entscheidung setzen wir ein klares Signal für die Stärkung der Chancengerechtigkeit in unserem Bildungssystem. Gleichzeitig machen wir damit unser bewährtes gegliedertes Schulsystem in Bayern noch leistungsfähiger.“

13. Jahrgangsstufe

Wie Kultusminister Siegfried Schneider erläuterte, können Schülerinnen und Schüler mit mittlerem Schulabschluss oder einer abgeschlossenen Berufsausbildung künftig über die Berufliche Oberschule nach zwei oder drei Jahren die Fachhochschulreife oder die fachgebundene bzw. die allgemeine Hochschulreife erwerben. Wesentlicher Baustein dieses flexiblen und in dieser Form bisher einmaligen Bildungsgangs ist die 13. Jahrgangsstufe der Fachoberschule. Bereits im November (Fortsetzung nächste Seite)

Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

Hinweis in eigener Sache:

Bitte Geburtstage und neue Adressen melden

Liebe Leserinnen und Leser, an dieser Stelle veröffentlichen wir seit vielen Jahren die runden Geburtstage der bayerischen Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte. Nach den Kommunalwahlen stimmen viele unserer Daten nicht mehr. Bitte geben Sie uns umgehend die Änderungen bekannt.

Auch zahlreiche Bezieher, die als ehrenamtliche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger die Bayerische Gemeindezeitung von ihren jeweiligen Gebietskörperschaften erstattet bekommen, müssen umgemeldet werden. Bitte denken Sie auch daran, bei Ihren konstituierenden Sitzungen abzufragen, wer künftig die Bayerische Gemeindezeitung beziehen möchte. Nutzen Sie unsere günstigen Konditionen bei Sammelbestellungen!

Kommunale Entscheidungsträger sind auf qualifizierte Fachinformationen angewiesen. Die Bayerische Gemeindezeitung unterstützt sie dabei.

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Erwin Habermann
87745 Eppishausen
am 2.4.

Bürgermeister Adolf Lehner
94348 Aiting
am 8.4.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Kögel
91245 Simmelsdorf
am 4.4.

Bürgermeister Emil Gruber
84177 Gottfrieding
am 11.4.

Bürgermeister Josef Plöckl
86529 Schrobenuhausen
am 13.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Zeidler
97236 Randersacker
am 1.4.

Oberbürgermeister
Dr. Ivo Holzinger
87700 Memmingen
am 4.4.

Bürgermeister
Josef Kennerknecht
82395 Obersöchering
am 10.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Alois Brundobler
94072 Bad Füssing
am 10.4.

Bürgermeister
Johannes Buhmann
88167 Gestratz
am 10.4.

Bürgermeister Georg Vellinger
86675 Buchdorf
am 14.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Michael Günther
63863 Eschau
am 4.4.

Bürgermeisterin
Linda Plappert-Metz
97450 Arnstein
am 7.4.

Bürgermeister
Fridolin Zehner
97517 Rannungen
am 14.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hubert Wildgruber
83080 Oberaudorf
am 1.4.

Joachim Herrmann stellt Verfassungsschutzbericht 2007 vor:

Deutschland bleibt konkretes Anschlagziel islamistischer Terroristen

Zunehmende Gefahr durch weltweite Propaganda im Internet

„Der Islamismus – und insbesondere seine Terrornetzwerke – gefährden die Innere Sicherheit der westlichen Staaten und damit auch Deutschlands stärker als jede andere extremistische Bestrebung.“ Das sagte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2007 in München. Trotz internationaler polizeilicher und militärischer Maßnahmen seien die islamistischen Terrornetzwerke unverändert handlungsfähig. „Die gescheiterten Anschläge mit Kofferbomben auf zwei Regionalzüge im Juli 2006 sowie die Anschlagplanungen von Mitgliedern der Islamischen Jihad-Union im vergangenen Jahr haben erneut sehr deutlich gemacht: Deutschland ist konkretes Anschlagziel islamistischer Terroristen.“

Eine zunehmend wichtige Rolle für Propaganda und Informationsaustausch islamistischer Terroristen spielt nach den Erkenntnissen des bayerischen Verfassungsschutzes die intensive Nutzung moderner Medien – vor allem des Internets. „Die Grenze zwischen al Qaida-Sym-

tauschen „Lehrer“ und „Schüler“ im Internet einschlägiges Fachwissen zu den Themen Waffenkunde, Bombenbau, konspirative Kommunikation und Guerillakampf aus oder stellen entsprechende Daten zum Download bereit. Zentrale Schritte von der Radikalisierung bis hin zur

2007 82 Gewaltdelikte begangen. Diese Zahl bewege sich damit am oberen Rand des Korridors der jährlichen Schwankungen bei rechtsextremistischen Gewalttaten.

Zunehmende Gewaltbereitschaft

Erklären könne sich diese Zunahme möglicherweise mit einer generell zunehmenden Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen und jungen Menschen. Auffallend sei jedenfalls, so der bayerische Innenminister, dass zwei Drittel der Täter unter 21 Jahre alt sind und über die Hälfte der Täter Ersttäter ohne jeden rechts-extremistischen Vorlauf waren. Die Zahl sonstiger Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund sei demgegenüber von 1.866 auf 1.771 gesunken. Die wichtigste Erscheinung des Rechtsextremismus sei die NPD mit ihren Verknüpfungen zur Neonaziszene. „Ich rufe erneut alle gesellschaftlichen Gruppen dazu auf, die NPD mit allen demokratischen Mitteln zu bekämpfen.“

Die Zahl der linksextremistischen Gewalttaten verharre im Jahr 2007 mit 76 gegenüber 71 im Jahr 2006 auf hohem Niveau. Linksextremistische Gewaltdelikte seien dabei überwiegend gegen Polizeibeamte gerichtet, berichtete der Minister. Die betroffenen Beamten seien insbesondere zur Gewährleistung der grundgesetzlich verbürgten Versammlungsfreiheit eingesetzt worden. „Letztlich sind die Gewalttaten nichts anderes als Ausdruck einer generellen Ablehnung und Bekämpfung der staatlichen Ordnung.“

Gefahr durch DIE LINKE

Als erhebliche Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung betrachtet es Herrmann, die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der Partei „DIE LINKE.“ zu verharmlosen. „Ich fordere einen klaren Abgrenzungskurs auf der Basis eines breiten gesellschaftlichen Grundkonsenses. Wer hier über eine parlamentarische Zusammenarbeit auch nur nachdenkt, unterstützt Verfassungsfeinde in ihren Zielen.“

Bei den Kommunalwahlen in Bayern habe DIE LINKE 42 Mandate in Kommunalvertretungen erringen können. „Meine Schlussfolgerung daraus ist, dass eine Aufklärung über den wahren Charakter der Partei DIE LINKE durch den Verfassungsschutz heute offenbar wichtiger ist als noch vor zehn Jahren. Auch wenn die Partei DIE LINKE, anders als die NPD, nicht aggressiv kämpferisch auftritt, stellt sie langfristig betrachtet als SED in anderem Gewand unverändert eine erhebliche Bedrohung der Demokratie dar.“

Scientology-Organisation will Basis ausbauen

Nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes verfolgt die Scientology-Organisation nach wie vor das Ziel, in Europa stärker Fuß zu fassen. Mittel zu diesem Zweck sei insbesondere die weltweite Schaffung so genannter „Ideale Orgs“ d.h. von Organisationseinheiten, die mehr Aufgaben, aber auch mehr Personal als herkömmliche Einrichtungen bekommen. Sie sollen verstärkt politischen Einfluss nehmen. Die Scientology-Organisation agitiere wie in den Vorjahren gegen die Beobachtung

Anzeigen in der GZ
Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele
Telefon: 08171/9307-11
Fax: 08171/80514
Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>
eMail: info@gemeindezeitung.de

pathisanten und den Aktivisten des Terrors verschimmt damit zunehmend“, sagte der Innenminister. In jedem Land der Welt könnten sich Interessierte mit Hilfe des zur Verfügung gestellten Lehrmaterials ausbilden, um im Namen al Qaidas am Kampf teilzunehmen. „Die Existenz, Überlebensfähigkeit und Weiterentwicklung al Qaidas wird durch das Internet gewährleistet.“

Cyber-Djihad

Eine neue Dimension bei der terroristischen Ausbildung habe man erstmals in Form einer Art „Online-Universität“ feststellen können. Herrmann: „Die terroristische Ausbildung mittels Fernstudium stellt eine neue Entwicklung dar. Sie dient zunehmend als Ergänzung und auch Ersatz für Ausbildungslager in Afghanistan und Pakistan. Dabei

Stärkung der ...

(Fortsetzung von Seite 2) 2007 hatte der Ministerrat beschlossen, die 13. Jahrgangsstufe der Fachoberschule bayernweit als Regelform einzuführen. Laut Kultusminister Schneider hat sich der Schulversuch „FOS 13“ bestens bewährt. Schneider: „Die Absolventinnen und Absolventen der FOS 13 haben mit der Hochschulreife hervorragende Grundlagen für ein erfolgreiches Studium erworben. Bayern setzt damit ein sichtbares Signal für die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung.“

Bereits heute werden in Bayern über 41 Prozent der Hochschulzugangsberechtigungen außerhalb des Gymnasiums erworben – etwa an Fachoberschulen, Berufsoberschulen, Fachakademien und Fachschulen. Schneider: „Die volle Durchlässigkeit unseres Bildungssystems bietet den Menschen einen maßgeschneiderten Ausbildungsweg und Berufsweg. In Bayern machen wir Ernst mit dem Grundsatz ‚Kein Abschluss ohne Abschluss‘.“

Selbstrekrutierung könnten mittels des im Internet zur Verfügung gestellten Materials vollzogen werden.

Online-Durchsuchungen

Eine besondere Rolle spielten im Internet die Seiten der „Global Islamic Media Front“ (GIMF), auf deren Seiten sich Verlautbarungen, Tatbekennungen und andere Informationen von Mudjahidingruppen im Irak und in Afghanistan finden. Generell, so der Minister, nehme die Bedeutung des „Cyber-Djihad“ in islamistischen Kreisen zu.

Herrmann begrüßte in diesem Zusammenhang die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Frage der Zulässigkeit von Online-Durchsuchungen sehr. „Es ist damit klargestellt, dass die Sicherheitsbehörden zur Abwehr von konkreten Gefahren für überragend wichtige Rechtsgüter auf informationstechnische Systeme und in ihnen gespeicherte Daten zugreifen können.“ Herrmann kündigte an, in Kürze einen Entwurf für eine Änderung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes vorzulegen, in dem alle Vorgaben der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eingearbeitet seien.

Einwirkungen auf Kinder und Jugendliche

Nicht zu unterschätzen sind nach den Worten des Ministers die Gefahren, die in Deutschland durch die weit verzweigten islamistischen, privat organisierten Bildungsnetzwerke ausgehen. In die als religiöse „islamische“ Bildung präsentierten Angebote können islamistische, auf politische Inhalte angelegte Positionen einfließen und prägend auf Kinder und Jugendliche einwirken. Extremistische Organisationen würden hier erhebliche Einflussmöglichkeiten schaffen.

Die Zahl rechtsextremistischer Gewaltdelikte hat im vergangenen Jahr wieder deutlich zugenommen. Nach 47 Gewalttaten im Jahr 2006 wurden im Jahr

GZ

Kolumne
Maximilian Gaul

Liebe Leser

Denkt man an Bildungseinrichtungen so kommt einem nicht unbedingt zunächst der ländliche Raum in den Sinn. Vor allem weiterführende Schulen, Akademien, Fachhochschulen und Universitäten finden sich in den Städten oder Metropolen. Die Bildungsangebote, vor allem aber die Bildungswirkung des ländlichen Raumes an sich, sind viel zu wenig als Standortvorteil im Fokus.

Wenn es um Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Stadt und Land geht, dann darf sich die künftige Entwicklung nicht allein auf die Beseitigung von Schwächen konzentrieren, sondern muss ganz gezielt auch die Stärken des ländlichen Raumes herausstellen und fördern.

Der ländliche Raum als „Bildungslandschaft“

Das Land verfügt selbst über eine ganz spezielle, nur ihm eigene „bildende Wirkung“ von nicht zu unterschätzender Bedeutung, benötigt nicht nur ein ausreichendes Bildungsangebot in der wohnortnahen Schule, sondern sollte und könnte mit diesen Pfunden auch in seinen Grund- und Hauptschulen wuchern.

Wertvolle Hinweise für die Begründung einer „ländlichen Variante“ des Bildungsbegriffs liefern Ausführungen von Bischof Dr. Gregor Maria Hanke. In einer Skizze seiner „Philosophie der Heimat für den ländlichen Raum“ nannte er vier Eckpunkte: 1. der ländliche Raum als religiös geprägter Raum, 2. die besonders intensive Erfahrung des Menschseins im ländlichen Raum, 3. die besondere Beziehung von Mensch und Natur im ländlichen Raum und 4. die „wahre Kultur“ hervorbringende Selbstbescheidung im ländlichen Raum.

Vergessen wird oft auch, dass es eine Fülle von pädagogischen Einrichtungen (z.B. Schullandheime, Jugendherbergen, Bildungsstätten, Waldheime, Umwelteinrichtungen, Landerziehungsheime, Landvolkshochschulen) in ländlichen Gegenden gibt, die salopp gesagt nicht wegen der billigeren Grundstückspreise dort errichtet wurden, sondern wegen der besonderen Bedingungen, die hier für ganz bestimmte Formen der Bildung und Erziehung gegeben



sind; so z.B.

- für ein ganzheitliches Lernen in überschaubaren Zusammenhängen,
- für die ungestörte und konzentrierte Beschäftigung mit ausgewählten Schwerpunkten,
- für die Anwendung handlungs- und praxisorientierter Lernverfahren,
- für die Entwicklung eines intensiven Gemeinschaftslebens,
- für Besinnung und die Pflege stiller Formen,
- für Wertevermittlung und Persönlichkeitsbildung.

Aufenthalte in den genannten Bildungseinrichtungen auf dem Lande, wie z.B. in Schullandheimen und Landvolkshochschulen, tragen so dazu bei, dass das Land nicht nur touristisch oder als Freizeitziel in den Blick genommen wird, sondern dass man sich tiefergehend auf den ländlichen Raum einlässt, sich intensiver mit seinen Merkmalen und Besonderheiten befasst.

Die spezifische Bildungswirkung sollte eben auch in den Einrichtungen zum Tragen kommen, die da sind, weil sie da sein müssen, um Bildung und Erziehung für die Bevölkerung im ländlichen Raum sicherzustellen. Ich denke da etwa an Kindergärten oder die allgemeinbildenden Schulen.

Diesem bildungspolitischen Standortvorteil von Bildungseinrichtungen auf dem Lande wird meines Erachtens bisher viel zu wenig Beachtung geschenkt. Denn Natur, Landschaft und dörfliches Leben dienen einerseits als äußerer positiv unterstützender Rahmen, andererseits sind sie ganz konkreter Erfahrungsraum und Lerngegenstand.

Bei einem Gespräch mit Prof. Dr. Holger Magel, dem Präsidenten der Akademie Ländlicher Raum, zusammen mit weiteren Vorstandsmitgliedern sowie dem geschäftsführenden Präsidiumsmitglied des Bayerischen Gemeindetages Dr. Jürgen Busse im Landwirtschaftsministerium konnten diese Gedanken vertieft werden. Angedacht ist auch eine gemeinsame Tagung der Akademie Ländlicher Raum und der Bayerischen Akademie für Schullandheimpädagogik im Jahr 2009 zur Bildungswirkung des ländlichen Raums.

Thor

Max. Gaul

durch den Verfassungsschutz und berufe sich dabei auf eine angebliche Anerkennung als Religionsgemeinschaft durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Herrmann: „Scientology ist keine Religionsgemeinschaft. Wie auch bei früheren Kampagnen legt die Organisation hier eine Gerichtsentscheidung falsch aus.“

Tatsächlich hat der Europäische Gerichtshof die Scientology-Organisation nicht als Religionsgemeinschaft anerkannt. Der Minister begrüßte in diesem Zusammenhang die Schließung eines von Scientologen geleiteten

Kindergartens in München: „Ich halte es für besonders perfide, unter dem Deckmantel einer Kindertagesstätte mit dem verharmlosenden Namen „Kinderhäusl“ schon Kleinkinder mit dieser menschen- und gesellschaftsverachtenden Ideologie zu manipulieren.“

Bericht im Internet

Der mehr als 200 Seiten starke Verfassungsschutzbericht ist im Internet unter <http://www.stmi.bayern.de/sicherheit/verfassungsschutz/verfassungsschutzberichte> abrufbar. □

Kinderschutzkonferenzen in allen Regierungsbezirken

Christa Stewens: Koordinierte Kinderschutzstellen verbessern soziales Frühwarnsystem

„Neben starken Eltern ist eine gelingende Kooperation verschiedener Fachdisziplinen vor Ort der beste Kinderschutz. Deshalb setzen wir in Bayern alles daran, um riskante Entwicklungen in Familien rechtzeitig zu erkennen und passgenaue Hilfen anzubieten. Je früher Klarheit über eine mögliche Gefährdung des Kindeswohls besteht, desto größer ist die Chance, mit präventiven Hilfen Schlimmeres zu verhindern“, erklärte Bayerns Familienministerin Christa Stewens in München.

Die Ministerin weiter: „Im Laufe des Jahres 2008 werden wir in den sieben bayerischen Regierungsbezirken interdisziplinäre Kinderschutzkonferenzen mit allen beteiligten Akteuren durchführen.“

Diese Konferenzen haben das Ziel, die Zusammenarbeit aller Beteiligten zu intensivieren und abgestimmte Verfahrensabläufe zum Schutz

von Kindern zu gewährleisten.“

Unterstützung der Kommunen

Ein weiterer wichtiger Baustein im Bayerischen Kinderschutzkonzept sei die Unterstützung der Kommunen beim Aufbau sozialer Frühwarnsysteme. „Der Aufbau früher, interdisziplinär vernetzter Hilfestrukturen

ist Aufgabe der kommunalen Jugendämter. Um die Arbeit vor Ort weiter zu verbessern, wird die Bayerische Staatsregierung die Kommunen bei der Einrichtung „Koordinierender Kinderschutzstellen“ zielgerichtet unterstützen. Die Einzelheiten einer nachhaltigen, flächendeckenden und bedarfsgerechten Förderung werden derzeit unter Einbindung von Vertretern der Jugendhilfepraxis und der kommunalen Spitzenverbände erarbeitet“, erläuterte die Ministerin und fügte hinzu: „Die Koordinierten Kinderschutzstellen sollen ein systematisches und interdisziplinäres Vorgehen aller mit Kindern befassten Berufsgruppen sicherstellen und adäquate Hilfen frühzeitig anbieten.“

Effektive Vernetzungsstrukturen

Frauen-, Kinder- und Hausärzte, Hebammen, Jugend- und Gesundheitsämter, aber auch Erziehungsberatungsstellen und weitere soziale Dienste müssen eng zusammenarbeiten. Nur so können effektive Vernetzungsstrukturen zur Prävention von Kindeswohlgefährdungen entstehen, aufsuchende Hilfen verstärkt und bayernweit etabliert werden.“

Informationen im Internet

Das Bayerische Gesamtkonzept zur Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen und weitere aktuelle Informationen zum Thema Kinderschutz können im Internet unter www.kinderschutz.bayern.de abgerufen werden. □

Erstmals 150 Mrd. Euro-Schallmauer durchbrochen:

Fortsetzung des Exportwachstums

Bayerns Wirtschaftsministerin Müller zieht positive Bilanz der Exportentwicklung

„Bayerns Ausfuhren haben 2007 ihren Höhenflug fortgesetzt. Mit knapp 154 Milliarden Euro durchbrach die bayerische Exportwirtschaft erstmals die 150 Mrd. Euro-Schallmauer und stellte zum vierzehnten Mal in Folge einen neuen Ausfuhrrekord auf. Die Exportquote der bayerischen Industrie hat mit 49,6 Prozent einen neuen Höchstwert erreicht. Bereits jeder zweite Euro wird im Auslandsgeschäft verdient. 'Made in Bavaria' steht rund um den Globus hoch im Kurs. Unsere Wirtschaft nutzt bis weit in den Mittelstand hinein ihre Chancen auf den Weltmärkten“, kommentierte Bayerns Wirtschaftsministerin Emilia Müller die nunmehr vorliegenden Gesamtdaten der bayerischen Außenhandelsstatistik für 2007.

Ministerin Müller zeigte sich zuversichtlich, dass die robuste bayerische Exportwirtschaft auch bei einer Rezession in den USA und anhaltender Dollarschwäche nicht aus der Erfolgsspur gerät. Müller: „Wir können in diesem Jahr den 15. Exportrekord in Folge schaffen.“

Neuer Höchststand

2007 haben Bayerns Exporte gegenüber dem Vorjahr um 8,7 Prozent auf 153,6 Milliarden Euro zugelegt. Die Einfuhren nach Bayern sind um 6,9 Prozent auf 124 Milliarden Euro gestiegen. Damit erhöhte sich der Ausfuhrüberschuss im letzten Jahr um 4,2 Milliarden Euro auf den neuen Höchststand von 29,7 Milliarden Euro.

Weltweit wichtigstes Abnehmerland für bayerische Produkte blieb auch 2007 die USA. Die Ausfuhren dorthin nahmen jedoch um 3 Prozent auf 16,4 Milliarden Euro ab. Ihr Anteil am Gesamtexport ging von 11,9 auf 10,6 Prozent zurück. In diesem Rückgang schlugen sich bereits der starke Euro und die schwächelnde US-Konjunktur nieder.

Dynamik in der Euro-Zone

Erfreulich dynamisch haben sich hingegen mit einem Anstieg von 8,2 Prozent die Ausfuhren in die Euro-Zone entwickelt. Die Partner der Währungsunion haben Waren im Umfang von 61,2 Milliarden Euro abgenommen. Ihr Anteil an den bayerischen Gesamtausfuhren beläuft sich damit auf knapp 40 Prozent.

Übertroffen wurde diese Dynamik von den Exporten in die EU-Partnerstaaten insgesamt. Sie stiegen 2007 um 10,7 Prozent auf 95,9 Milliarden Euro. Mittlerweile fließen 62,4 Prozent der bayerischen Ausfuhren in die Länder der EU-27. Unter den weltweit wichtigsten Abnehmerländern Bayerns rangierte Österreich auf Platz zwei mit einem Anteil am Gesamtexport von 8,5

Prozent (13,1 Milliarden Euro). Platz drei ging an Italien mit einem Exportanteil von 8,4 Prozent (12,9 Milliarden Euro). Die beiden Länder haben im Vergleich zu 2006 die Plätze getauscht.

Die Exporte in die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer sind zwar von den Niveaus der langjährigen EU-Partner noch ein gutes Stück entfernt. Sie entwickelten sich im vergangenen

Jahr mit einem Plus von 15,6 Prozent aber erneut sehr viel kräftiger als die Ausfuhren in die alten EU-Länder. Deutlich an Schwung gewonnen hat auch der Export nach Russland, der um 38,2 % auf 3,7 Milliarden Euro zunahm.

Handel mit China auf Expansionskurs

Sehr expansiv hat sich erneut der Handel mit der Volksrepublik China entwickelt. Bei einem Anstieg von 13,7 Prozent beläuft sich der Exportwert mittlerweile auf 5,6 Milliarden Euro. Dem stehen Importe von fast 10,6 Milliarden Euro gegenüber. Das Defizit hat sich damit weiter vergrößert. Die Ausfuhren nach Indien haben mit einem Plus von 7,9 Prozent ebenfalls deutlich angezogen

Neuorganisation des Hartz IV-Vollzugs

Arbeitsministerin Stewens bezeichnet die vom Bundesarbeitsminister vorgeschlagenen kooperativen Jobcenter als rechtlich nicht haltbar und politisch nicht akzeptabel

„Wir brauchen bestmögliche Strukturen für die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen. Hierfür brauchen wir klare gesetzliche Regelungen. Denn ohne Änderung des Gesetzes würden die 'kooperativen Jobcenter' faktisch wie die derzeitigen Hartz IV-Arbeitsgemeinschaften von kommunalen Trägern und der Bundesagentur für Arbeit (ARGE) arbeiten. Und diese verstoßen - wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 20. Dezember 2007 festgestellt hat - gegen das Grundgesetz.“ Mit diesen Worten wies Bayerns Arbeitsministerin Christa Stewens die Vorstellungen des Bundesarbeitsministeriums zurück, nach denen künftig sog. kooperative Jobcenter anstelle der ARGE die Betreuung der Langzeitarbeitslosen übernehmen sollen.

Die Ministerin bezeichnete das vorliegende Eckpunktepapier als „einen Schnellschuss, der weder rechtlich haltbar noch politisch akzeptabel ist“.

Zudem ignoriere das von Bundeseite vorgelegte Papier die sich aus dem Grundgesetz ergebende Verpflichtung der Leistungsträger, ihre Aufgaben eigenverantwortlich wahrzunehmen. „Hinzu kommt, dass das

Konzept des Bundesarbeitsministeriums mit neuen Gremien wie dem Kooperationsausschuss eine Rolle der Kommunen bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit verheißt, die nicht eingelöst werden kann.

Grundsicherung

Eine Gesamtverantwortung für die Vermittlung von Lang-

(Warenwert: 1,1 Milliarden Euro). Eine erneute Delle gab es dagegen im Handel mit Japan. Die Exporte sind 2007 um 6,2 Prozent auf 2,5 Milliarden Euro zurückgegangen. Hier dürfte sich vor allem die starke Aufwertung des Euro gegenüber dem Yen negativ ausgewirkt haben.

Unter den exportierten Gütern haben auch 2007 Fahrzeuge, Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse mit einem Anteil von insgesamt rund zwei Drittel (65,4 Prozent) dominiert. Rang eins verteidigten die Fahrzeuge (32,0 Prozent), deren Ausfuhr sich gegenüber dem Vorjahr um 9,3 Prozent auf 49,1 Milliarden Euro erhöhte. Mit einer Expansion um 12,9 Prozent auf 28 Milliarden Euro stehen die Maschinen nach wie vor für die zweitwichtigste Gütergruppe des bayerischen Exports (Anteil 18,2 Prozent). Dahinter rangierten mit einem Anteil von 15,2 Prozent die elektrotechnischen Erzeugnisse, die das Vorjahresergebnis mit 23,4 Milliarden Euro um 2,2 Prozent übertrafen. □

zeitarbeitslosen, die in den ARGE zum Teil gängige Praxis war, kann es in kooperativen Jobcenter nicht mehr geben“, so die Ministerin.

Stewens: „Ich halte es für erforderlich, die Möglichkeit der Kommunen, die Aufgabe der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in eigener Zuständigkeit wahrzunehmen - zu entfristen und die Zahl der Optionskommunen deutlich zu erweitern. Die Option kann allerdings nicht zu einer flächendeckenden einheitlichen Lösung führen. Deshalb sollte darüber hinaus die Aufgabe der Grundsicherung für Arbeitssuchende weiterhin von der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen wahrgenommen werden - allerdings in getrennter Aufgabenwahrnehmung. Dies ist jedoch nicht ungesetzlich, sondern allein auf Basis eines geänderten Gesetzes möglich.“ □

Licht und Schatten ...

(Fortsetzung von Seite 1)

CSU in der Gesamtbilanz einen Posten hinzu und stellt nun künftig 13 der 25 Stadtoberhäupter in den kreisfreien Städten.

Überraschende Niederlagen

Auch bei den Landrats-Stichwahlen erlebte die Christlich-Soziale Union insgesamt mehr Licht als Schatten, wenngleich sie vor allem in ihrem Stamm-

land Oberbayern empfindliche Niederlagen hinnehmen musste. Die drei amtierenden Landräte Luitpold Braun (Weilheim-Schongau), Rudi Engelhard (Pfaffenhofen) und Heiner Janik (Landkreis München) wurden abgewählt - Nachfolger sind Friedrich Zeller (SPD, 53,7 Prozent), Josef Schächl (FW, 52,7 Prozent) und Johanna Rumschöttel (SPD, 54,1 Prozent). In Bad Tölz-Wolfratshausen (Sieger: Josef Niedermaier, FW, 51,3 Prozent) und Neuburg-Schrobenhausen (Roland Weigert, FW, 65,0 Prozent) konnte die CSU die Nachfolger für Landräte, die in den Ruhestand gehen, nicht durchsetzen - lediglich in Starnberg gelang dies mit Karl Roth (58,0 Prozent). Weitere CSU-Bewerber siegten in Würzburg-Land (Eberhard Nuß, 62,0 Prozent) in Amberg-Sulzbach (Richard Reisinger, 64,6 Prozent) in Freyung-Grafenau (Ludwig Lankl, 59,4 Prozent) sowie in Lindau (Elmar Stegmann, 52,9 Prozent).

Kein grüner Landrag

In Freising mussten die Grünen ihren Traum vom ersten Landrat begraben: Nicht wie erhofft der Grünen-Landtagsabgeordnete Christian Magerl, sondern der Kandidat der Freien Wähler, Michael Schwaiger, machte mit 58,5 Prozent der Stimmen das Rennen. In Coburg besiegte der Sozialdemokrat Michael Busch mit 52,5 Prozent Innenstaatssekretär Jürgen Heike.

Main-Spessart bleibt weiter in FW-Hand: Thomas Schiebel lag

mit 72,0 Prozent klar vor Klaus Bittermann (CSU). Im Nürnberger Land besiegte Armin Kroder (FW) Norbert Dünkel (CSU) mit 59,8 Prozent der Stimmen und auch in Tirschenreuth siegte ein Kandidat der Freien Wähler: Wolfgang Lippert hatte mit 52,1 Prozent die Nase vorn gegenüber Herbert Hahn von der CSU.

CSU bleibt vorn

Bei beiden Wahlgängen siegten von 62 zur Wahl stehenden Landräten 46 CSU-Bewerber. Bei den letzten Kommunalwahlen 2002 waren es noch 44.

Als „gemischt“ bezeichnete SPD-Landtagsfraktionschef Franz Maget die Ergebnisse der Stichwahlen. Natürlich sei die Niederlage von Oberbürgermeister Paul Wengert in Augsburg enttäuschend. Umso mehr freue er sich über den Machtwechsel in Würzburg. Mit Blick auf die Landtagswahl im September bilanzierte Maget: „Unterm Strich sind wir auf Augenhöhe mit der CSU.“

Die Grünen hoffen angesichts der Stichwahl-Ergebnisse auf ein Ende der CSU-Alleinregierung in Bayern bei der Landtagswahl im Herbst. Die Freien Wähler wiederum sehen sich als Sieger der Kommunalwahlen. „Die teilweise unerwartet hohen Siege unserer Kandidaten zeigen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger in immer stärkerem Maße unverbraucht und bürgernahen Politikern die Verantwortung übertragen wollen“, teilte der Landesvorsitzende Hubert Aiwanger mit. **DK**

Vier Fragen zur Landesbank

Untersuchungsausschuss des Landtags beginnt im April

Der Untersuchungsausschuss des Landtags zur Klärung des Oppositionsverdachts, Finanzminister Erwin Huber habe das Parlament über die zu erwartenden Verluste der Bayerischen Landesbank (BayernLB) aus dem amerikanischen Immobilienkreditgeschäft bewusst im Unklaren gelassen oder falsch unterrichtet, soll am 10. April seine Arbeit aufnehmen und sie bis zur letzten Landtagssitzung am 17. Juli mit dem Schlussbericht beenden.

Auf diesen vergleichsweise sehr kurzen Zeitraum haben sich die drei Fraktionen nach Beratung im Rechtsausschuss geeinigt. Die CSU hatte dem im gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen auf vier Punkte konzentrierten Fragenkatalog im Plenum zugestimmt. Sie wird den Vorsitzenden stellen. Die SPD hat bereits die Rechtsanwältin Adelheid Rupp als Stellvertreterin nominiert. Für die Grünen geht Fraktionschef Dr. Sepp Dürr als einziger in den Ausschuss. Die CSU stellt insgesamt sechs, die SPD zwei Ausschussmitglieder.

Schon bevor das Landtagsplenum den Untersuchungsausschuss formell am 3. April einsetzt, hat die Ausarbeitung der Beweisanträge begonnen. Dabei ergab sich u. a. eine Meinungsverschiedenheit zwischen Opposition und CSU bei der Frage, ob Protokolle von BayernLB-Vorstandssitzungen eingefordert werden können. Im Rechtsausschuss bejahte Frau Rupp diese Frage, weil es sich um eine öffentliche Bank handele. Die BayernLB gehört je zur Hälfte dem Staat und dem Sparkassenverband. Peter Welnhöfer (CSU) entgegnete, die öffentliche Aufsicht erfolge im Verwaltungsrat. Dessen Sitzungsniederschriften müssten dem Landtag zur Verfügung stehen. Vorstandsprotokolle unterlägen dem Geschäftsgeheimnis der Landesbank wie bei jeder Privatbank.

Nachdem inzwischen in der Presse zu lesen war, die in Frage stehenden BayernLB-Verluste (Wertberichtigungen und Abschreibungen) beliefen sich nicht nur auf die bekannt gewordenen 1,9 Mrd. Euro sondern auf 2,3 bis über 3 Mrd. Euro, hat SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget von einem unvorstellbaren Versagen des Ministerpräsidenten Beckstein, der als Innenminister BLB-Verwaltungsratsmitglied war, sowie des seinerzeitigen Wirtschafts- und jetzigen Finanzministers Huber gesprochen, der stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender ist. Die SPD fürchtet, dass Mittel des Staatshaushaltes und der bayerischen Sparkassen als Kapitalbedarf der BLB notwendig werden. Thomas Mütze (Grüne) hieb in die gleiche Kerbe: Angesichts der drohenden Milliardenverluste, die letztlich die bayerischen Steuerzahler ausbaden hätten, müssten die Kontrollstrukturen der halbstaatlichen Bank dringend auf den Prüfstand.

Inzwischen wurde in den Medien bekannt, dass Sparkassenpräsident Dr. Siegfried Naser der Opposition angeboten hatte, diese umfassend zu informieren. Die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen, Franz Maget und Margarete Bause, lehnten die Einladung allerdings mit der Begründung ab, dass dann Landtag und Öffentlichkeit nicht mehr umfassend informiert werden könnten.

Der Landesbankvorstand hat die Vorlage der Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr mit den „belastbaren“ Zahlen der Verluste von Ende April auf den 3. April - parallel zur Landtagssitzung - vorverlegt. (s. GZ 4/28.02.2008). **rm**

Betrugsverdacht im EU-Parlament:

Sekretariatszulage missbräuchlich verwendet

Erste Details aus einem Geheimbericht lassen darauf schließen, dass eine größere Zahl von Volksvertretern ihre Sekretariatszulage missbräuchlich verwendet hat. Mehrere Abgeordnete dürften laut dem liberalen britischen Europaabgeordneten Chris Davis Gelder für fiktives Personal abgerufen haben. Einige dieser Zulagen flossen auch an Familienangehörige. Insgesamt wurden durch die Parlamentsverwaltung 167 Abgeordnete überprüft.

Pro Monat steht den 785 Abgeordneten jeweils ein Betrag von 15.496 Euro für ihr Sekretariat zur Verfügung. Mit diesem Geld sind bis zu vier Angestellte finanzierbar. Derzeit können Europaabgeordnete ihre Assistenten durch einen direkten Arbeitsvertrag, über eine Zahlstelle oder über einen Dienstleister beschaffen. „Es hat sich gezeigt, dass der Vertrag mit dem Dienstleister ein höheres Risiko von Unregelmäßigkeiten aufweist als die beiden anderen Formen“, heißt es in der Zusammenfassung. Gerade diese Vertragsform werde aber besonders oft verwendet.

Kreativität der besonderen Art

Einige Abgeordnete beschäftigen zwar nur ein bis zwei Mitarbeiter, versuchten aber offenbar trotzdem, die volle Zulage abzuschöpfen. Dabei entwickelten sie echte Kreativität. So seien etwa Zahlungen aus der Sekretariatszulage an zwei EU-Abgeordnete geflossen, die gar keine Assistenten beschäftigten, heißt es in der Zusammenfassung. In zwei anderen Fällen flossen EU-Gelder an externe Dienstleister, deren Aktivitäten nicht mit dem

Parlament im Zusammenhang standen, etwa Kinderbetreuung oder Holzhandel. Ein anderer Abgeordneter habe seine Frau eingestellt, deren berufliche Aktivitäten aber nicht der eines freiberuflichen Dienstnehmers entsprachen.

Fürstliches Weihnachtsgeld

Ein Abgeordneter soll für einen seiner Angestellten ein fürstliches Weihnachtsgeld in der Höhe von 19 Monatsgehältern verrechnet haben. Ein Hinweis auf fiktive Mitarbeiter ist auch die fehlende Überweisung von Sozialversicherungsbeiträgen an belgische Behörden.

Fakten im Internet

Der niederländische Europaabgeordnete Paul van Buitenen hat eine Zusammenfassung des vertraulichen internen Prüfberichts des Europaparlaments über Unregelmäßigkeiten bei Zahlungen an Assistenten auf seiner Homepage veröffentlicht. In dem Bericht, dessen Inhalt bereits zuvor durchgesickert war, wird eine grundlegende Reform des Abrechnungssystems verlangt. □

Kultur in Deutschland ...

(Fortsetzung von Seite 1)

turräume nach sächsischem Vorbild zu schaffen, um die Lasten zwischen den Zentren und ihrem ländlichen Umland gerecht zu verteilen.

In Bayern bedarf es dieser Organisation nicht, denn bei gerechter Verteilung der Finanzierungskosten für die Kultur unter Einbeziehung der beiden überörtlichen Gebietskörperschaften, Landkreise und Bezirke gibt es, nach dem interkommunalen Subsidiaritätsprinzip bei der Neubewertung der Kultur nach dem auch im Rahmen der Föderalismusreform in Deutschland beachtenswerten Enquete-Bericht, neue wichtige Freiräume.

Vorbild Sachsen

Das schwierige Kapitel mit der strittigen Umlandfinanzierung für kulturelle Aufgaben ist im Bericht nicht übersehen. Neben dem Hinweis auf interkommunale Zusammenarbeit wird den Ländern empfohlen, Kul-

turräume nach sächsischem Vorbild zu schaffen, um die Lasten zwischen den Zentren und ihrem ländlichen Umland gerecht zu verteilen.

In Bayern bedarf es dieser Organisation nicht, denn bei gerechter Verteilung der Finanzierungskosten für die Kultur unter Einbeziehung der beiden überörtlichen Gebietskörperschaften, Landkreise und Bezirke gibt es, nach dem interkommunalen Subsidiaritätsprinzip bei der Neubewertung der Kultur nach dem auch im Rahmen der Föderalismusreform in Deutschland beachtenswerten Enquete-Bericht, neue wichtige Freiräume.

In Bayern sind die für die überörtliche Kulturförderung zuständigen Bezirke originäre Kulturräume, die landsmannschaftlich und historisch gegliedert sind. Die tendenzielle Weichenstellung für die Förderung und Trägerschaft der Kulturpolitik in Deutschland lässt auf der Grundlage des Enquete-Berichts Hoffnung aufkommen. □

Sparkassen blieben von Turbulenzen verschont

Deutlich steigende Einlagen / Kommunen können von Stiftungsmanagement profitieren

München. Von den seit Monaten andauernden Turbulenzen an den Finanzmärkten bleiben die bayerischen Sparkassen weitgehend verschont. Bei der Jahrespressekonferenz in München erklärte Verbandspräsident Siegfried Naser, die sogenannte Subprime-Krise sei bei den 75 Geldinstituten nicht wahrnehmbar. Der Grund sei, dass die Sparkassen nicht selber in die von Kursstürzen und Ausfällen betroffenen Kreditderivate investiert haben. Indirekt sind sie jedoch über die Bayerische Landesbank betroffen, die zur Hälfte dem Sparkassenverband gehört. Naser betonte, der Sparkassenverband stehe ohne Wenn und Aber zur Bayern LB, die bilanzielle Lasten von knapp zwei Milliarden Euro verkraften muss. „Wir aber haben seit 35 Jahren (Gründungsjahr 1972) keinen Euro mit der Bank verloren, den wir einbezahlt haben.“

Wie Naser weiter ausführte, erhöhte sich die zusammengefasste Bilanzsumme der 75 bayerischen Sparkassen im vergangenen Jahr um 2,7 Prozent auf 160 Milliarden Euro. Deutliche Geschäfts-

ausweitungen gab es dabei im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbständigen. Beim Kreditgeschäft zeigte sich ein expansives Firmenkunden-Neugeschäft, das auch die Kreditbestände in

diesem Bereich nach oben führte. Allerdings wurde gleichzeitig eine rückläufige Kredit-Bestandsentwicklung bei Privatpersonen festgestellt, so dass der Kreditbestand an Kunden insgesamt um 0,5 Prozent auf 94,42 Milliarden Euro gesunken ist.

Förderkreditgeschäft

Beim Förderkreditgeschäft ergaben sich in den letzten drei Jahren beachtliche Steigerungen von 7,5 auf 9,8 Prozent der Gesamtkreditsumme ausgereicherter Neukredite. Die bayerischen Sparkassen und die Bayern LB vermittelten gemeinsam im Jahr 2007 na-

hezu zwei Milliarden Euro an neuen zinsverbilligten Förderkrediten der LfA Förderbank, der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Die Kundeneinlagen nahmen insgesamt um 3,8 Prozent auf 123,5 Milliarden Euro zu. Die Sparkassen entwickeln dabei Produkte, die bei der Bevölkerung gut ankommen.

Der Zinsüberschuss fiel aufgrund des hohen Wettbewerbs und des Wegfalls der Erträge aus der Fristentransformation auf 2,16 Prozent. Vor allem der Wettbewerb drückte die sogenannte Zinsspanne merklich, deshalb ging das Betriebsergebnis aller bayerischen Sparkassen zusammen um sieben Prozent auf 1,46 Milliarden Euro zurück. Wegen einer niedrigeren Risikoversorge für ausgegebene Kredite und einer tieferen Steuerquote legte der Überschuss allerdings um knapp 50 Prozent auf 443 Millionen Euro zu. Um das operative Geschäft profitabler zu machen, wollen die Sparkassen ihre Betriebskosten weiter verringern. Dazu gehören die Zentralisierung der Datenverarbeitung und der Abbau von Personal. Allein im vergangenen Jahr sank die Belegschaft bayernweit um 567 auf 47 197 Mitarbeiter. Man verzichtete dabei auf Kündigungen und besetzte statt dessen frei werdende Stellen nicht neu.

75 selbständige Sparkassen

Im vergangenen Jahr gab es zwei Sparkassenfusionen, den Zusammenschluss der städtischen Sparkasse Schweinfurt mit der Kreissparkasse Schweinfurt sowie die Fusion der Sparkassen Straubing-Bogen und Dingolfing-Landau zur neuen Sparkasse Niederbayern-Mitte. Damit gibt es derzeit 75 selbständige Sparkassen in Bayern mit einer durch-



Der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Dr. Siegfried Naser (rechts) mit Vizepräsident Rudolf Faltermeier.

schnittlichen Bilanzsumme von 2,13 Milliarden Euro.

Vizepräsident Rudolf Faltermeier betonte, dass die Sparkassen grundsätzlich keine ordnungsgemäß bedienten Kredite an Finanzinvestoren verkaufen. Ihnen liege daran, die Kunden über die gesamte Vertragslaufzeit eines Kredits zu begleiten. Bei Zahlungsschwierigkeiten bemühe man sich, mit den Kunden gemeinsam Lösungen zu finden. Bei hoffungslosen Fällen müssten sich auch Sparkassen Maßnahmen wie die Verwertung von Sicherheiten vorbehalten.

Stiftungsgedanke

Mit der Beratung und Betreuung von Stiftern und Stiftungen bietet sich nach Faltermeier den Instituten der Sparkassen-Finanzgruppe eine hervorragende Chance, den nachhaltigen Nutzen des Stiftungsgedankens in die breite Öffentlichkeit zu tragen. Die seit Jahresanfang 2007 geltenden steuerlichen Rahmenbedingungen gäben dazu vielfältige Möglichkeiten.

Besonders die Kommunen könnten künftig verstärkt davon

profitieren. Vor kurzem hätten sich erstmals acht stiftungsaktive Sparkassen zu einem Erfahrungsaustausch getroffen, um zu erörtern, wie sie Stifter und Stiftungen noch intensiver unterstützen können.

Sparkassen sind, so Faltermeier, wichtige strukturpolitische Einrichtungen in der Region. Derzeit fänden Gespräche mit dem Bayerischen Gemeindetag zur Wirtschaftsbelebung des ländlichen Raumes statt. Die rund 50 installierten Kommunalkundenbetreuer der bayerischen Sparkassen würden für und mit den Kommunen geeignete Ansätze zur Verbesserung des Standorts und der Wirtschaftsentwicklung erarbeiten. Die Baufinanzierung ist weiterhin ein wesentliches Ankerprodukt der Sparkassen im Privatkundengeschäft. Weil in diesem Geschäftsfeld ein besonders intensiver Wettbewerb herrscht, ist es nach Faltermeier wichtig, als Qualitätsanbieter in der Fläche hohe Beratungsqualität mit attraktiven Konditionen zu kombinieren. Sparkassen könnten dem Kunden rund um das Thema Immobilie alles aus einer Hand bieten. **E. Scholl**

Konzern Versicherungskammer Bayern:

Von Standard & Poor's im Rating mit „A“ bestätigt

München. Die Ratingagentur Standard & Poor's hat zum zweiten Mal den Konzern Versicherungskammer Bayern bewertet. Neun Kerngesellschaften wurden erneut mit „A“ (sehr gut) eingestuft. Damit bestätigt Standard & Poor's das sehr gute Ergebnis des Erstratings. Folgende Unternehmen wurden in das zweite Rating einbezogen: Bayern-Versicherung Lebensversicherung AG, Bayerischer Versicherungsverband VersicherungsAG, Bayerische Landesbrandversicherung AG, Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung AG, Bayerische Beamtenkrankenkasse AG, Union Krankenversicherung AG, Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, SAARLAND Feuerversicherung AG und SAARLAND Lebensversicherung AG.

Mit ihrer Bewertung würdigt die Ratingagentur Standard & Poor's die starke Wettbewerbsposition, die hohe Ertragskraft und die sehr gute Kapitalausstattung. „Wir fühlen uns durch das Rating in unserer Strategie erneut bestätigt. Es zeigt uns, dass wir sowohl auf der Kosten- wie auf der Ertragsseite gut für die Zukunft gerüstet sind. Und es betont unsere solide Kapitalposition, die uns Sicherheit für die Zukunft gibt“, so Friedrich-Schubring-Giese, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern.

Starke Wettbewerbsposition

Der Konzern Versicherungskammer Bayern nimmt aus der Sicht von Standard & Poor's unter den deutschen Erstversicherern eine starke Wettbewerbsposition ein. Bezogen auf die Regionen, in denen der Konzern mit seinen Tochterunternehmen tätig

ist, beurteilt die Ratingagentur die Position sogar als sehr stark. Gemeinsam mit der größten regionalen Bankenorganisation, den bayerischen und pfälzischen Sparkassen, hat der größte öffentliche Versicherer ein Vertriebssystem aufgebaut, mit dem es gelungen ist, führende Positionen in seinen Marktgebieten zu erlangen, und zwar in nahezu allen Geschäftssegmenten. Die wichtigsten Zielgruppen sind Privatkunden, kleine und mittelständische Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe sowie öffentlich-rechtliche Institutionen.

Traditionsmarken

Standard & Poor's bewertet die Fortführung der Traditionsmarken, unter denen der Konzern in Bayern, der Pfalz, im Saarland und in Berlin operiert, als ausgesprochen positiv für das Image und die Kundenbindung. In Bayern und

der Pfalz tritt der Konzern mit der Regionalmarke „Versicherungskammer Bayern“ auf, in Berlin und Brandenburg mit der „Feuersozietät“ und im Saarland mit den „SAARLAND Versicherungen“. Darüber hinaus wird das Krankenversicherungsgeschäft bundesweit mit den anderen öffentlichen Versicherern betrieben.

Erhebliche Kostenvorteile

Bei einem Beitragsvolumen von 5,66 Mrd. Euro (Rang 9 unter den deutschen Erstversicherern) weist der Konzern Versicherungskammer Bayern aufgrund seines erfolgreichen Geschäftsmodells überdurchschnittliche Kostenvorteile auf. Diese werden in Zukunft das Geschäftsmodell nachhaltig sichern, erklärt Standard & Poor's. Die Kapitalausstattung ist, so die Ratingagentur, sehr stark und reflektiert sowohl die ausgezeichnete Ausstattung mit risikobezogenem Kapital (capital adequacy ratio) als auch die hohe Qualität der Kapitalstruktur.

Die solide Ertragskraft konnte im Laufe der Zeit genutzt werden, um die Kapitalausstattung und die Reserven kontinuierlich zu stärken. Da nahezu kein Fremdkapital in der Bilanz ausgewiesen ist, ist insgesamt eine starke finanzielle Flexibilität gegeben, die auch im Markt für Expansionsmöglichkeiten einsetzt werden kann.

Der stabile Ausblick reflektiert die Erwartung von Standard & Poor's, dass das Management seine ertragsorientierte Strategie und sein solides Finanzmanagement fortsetzen wird. Standard & Poor's erwartet, dass der Konzern Versicherungskammer Bayern auch in Zukunft in der Lage sein wird, seine führende Wettbewerbsposition zu behaupten. □

Der Konzern Versicherungskammer Bayern ist bundesweit der größte öffentliche Versicherer und unter den Top Ten der Erstversicherer. 2007 erzielte der Allsparten-Versicherer Beitragseinnahmen von 5,66 Mrd. Euro (vorläufig). Das Unternehmen zahlt seinen Kunden pro Tag rund 17 Mio. Euro an Versicherungsleistungen aus. Mit seinen regional tätigen Gesellschaften ist das Unternehmen in Bayern, der Pfalz, im Saarland sowie in Berlin und Brandenburg tätig; im Krankenversicherungsgeschäft zusammen mit den anderen öffentlichen Versicherern bundesweit. □



Kreissparkasse Augsburg:

Dialogfiliale in Gersthofen eröffnet

Die Kreissparkasse Augsburg hat in Gersthofen seine neue Filiale eröffnet. Mit einem Blumenstrauß empfangen Vorstandsmittglied Manfred Stöckl, Gebietsdirektor Rainer Hörath und Filialleiter Richard Hammerl (von links) Jeanette Dobner als erste Kundin. Die neue Filiale ist nicht nur eine der größten im gesamten Geschäftsstellennetz der Kreissparkasse; im Herzen von Gersthofen gelegen, gibt der Neubau der Stadt auch ein neues Gesicht. „Die Investition ist Teil unserer Strategie, die Kreissparkasse konsequent auf die Zukunft auszurichten“, so der Vorstandsvorsitzende Richard Fank. „Auch wenn wir im Wettbewerb gut dastehen, können wir uns nicht zurücklehnen und auf unsere gute Marktposition vertrauen. Mit unserem neuen Dienstleistungszentrum stellen wir uns auf die Bedürfnisse unserer Kunden ein, laden zum Dialog und zu ganzheitlicher Beratung auf höchstem Niveau ein.“ □



Nirgendwo fühlen wir uns so sicher und geborgen wie zu Hause. Kaum ausdenken, wenn dem mit viel Liebe, Geld und Mühe aufgebauten Traum etwas passieren würde. Mit unseren Haus- und Sachversicherungen brauchen Sie sich darüber keine Sorgen zu machen. Manche Dinge kann aber auch die beste Versicherung nicht ersetzen. Deshalb helfen wir mit unserem exklusiven Unwetter-Warnservice, dass möglichst gar nichts passiert. Wie auch Sie von unserer 130-jährigen Erfahrung als Marktführer in der Gebäudeversicherung profitieren, erfahren Sie in über 4 000 Agenturen und Sparkassen in Ihrer Nähe. Oder unter www.versicherungskammer-bayern.de

Haus- und Sachversicherung

VER SICHER KAMMER UNGS
KAMMER BAYERN

Finanzgruppe

Wir versichern Bayern.

Kreissparkasse München Starnberg:

„Wir verkaufen weder unsere Kunden noch ihre Kredite“

Jenseits der durchaus guten Geschäftszahlen für das Jahr 2007 fühlte sich Karl-Ludwig Kamprath, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse München Starnberg, bemüht, zunächst zu den Turbulenzen und Irritationen auf den Kapitalmärkten Stellung zu nehmen, soweit sie die Kundschaft dieser viertgrößten Sparkasse in Bayern tangieren könnten. Dabei ging es ihm auch darum, die Geschäftspolitik der Sparkassen von derjenigen der Privatbanken abzugrenzen.

Die Geschäftsphilosophie der Sparkassen sei auf Langfristigkeit ausgerichtet. Ziel sei, die Kunden ein Leben lang als Hausbank zu betreuen und gegebenenfalls auch in schwierigen Zeiten nach Wegen zu suchen, wie Probleme überwunden werden könnten. „Deshalb kommt für uns ein Verkauf von vertragsgemäß bedienten Engagements nicht in Betracht. Wir verkaufen weder unsere Kunden noch ihre Kredite“, betonte Kamprath. „Dadurch grenzen wir uns, wie alle Sparkassen, von den privaten Kreditinstituten ab.“ Die Sparkassen hätten als öffentlich-rechtliche Kreditinstitute einen öffentlichen am Gemeinwohl orientierten Auftrag, der gesetzlich geregelt sei. Ihr Auftrag seien die Versorgung der Bevölkerung und Wirtschaft mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen in der Fläche nach dem Regionalprinzip und die Unterstützung der Kommunen. Ihre Geschäfte dürften die Sparkassen nur unter Berücksichtigung ausreichender Sicherheit, Liquidität und Rentabilität führen. Ausdrücklich ausgeschlossen seien Geschäfte, bei denen die Risiken für die Sparkassen nicht tragbar oder steuerbar seien.

Überschaubare Ausfälle

Wenn klassische Sicherheiten im Bankgewerbe nichts mehr zählten und Schuldenpakete außerhalb der Bankbilanzen gelagert werden, könne man den Glauben an die Banken verlieren, sagte der Kreissparkassen-Chef. Dieser massive Vertrauensverlust sei vermutlich das größte Problem, dem sich die Kreditinstitute stellen müssten. Da die BayernLB im Rahmen ihrer Risikotragfähigkeit in amerikanische Subprime-Titel investiert haben, gehe die weltweite Krise auch an ihr nicht spurlos vorbei. Die tatsächlichen Ausfälle seien aber nach heutigem Kenntnisstand überschaubar und könnten aufgefangen werden. „Insofern sehen wir für uns wie für alle bayerischen Sparkassen keine negativen Auswirkungen.“ Es gebe keine Liquiditätskrise, die Dividende und die Bedienung nachrangiger Verbindlichkeiten seien gesichert. Nach diesem Plädoyer für die

Seriösität der Sparkassen insgesamt stellte Kamprath fest, dass die Kreissparkasse München Starnberg von der Finanzmarktkrise nicht betroffen sei. Anlagen in hochrisikante Papiere widersprächen auch ihrem Geschäftsmodell, das sich an einem nachhaltigen, stetigen und gesunden Wachstum ohne kurzfristige Renditemaximierung orientiere. „Das führt natürlich auch dazu, dass wir nicht immer Spitzenreiter bei der Rentabilität unseres Eigenkapitals sein können.“

Betriebsergebnis

Im Berichtsjahr 2007 hat die Kreissparkasse mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von 0,77 (Vorjahr: 0,98) Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) ihr Ziel nicht ganz erreicht. Dies vor allem deshalb nicht, weil sich die Zinsspanne auf 2,01 (2,30) Prozent der DBS verringert hat. Dennoch sprangen mit 52 Millionen Euro ein „erfreuliches Betriebsergebnis nach Bewertung“ und mit 18,5 (17,4) Millionen Euro oder 0,30 Prozent der DBS „ein sehr gutes Jahresergebnis“ heraus. Dies habe hauptsächlich zwei Gründe: Zu einen seien die Wertberichtigungen rückläufig gewesen, weil die Auflösungen die Neubildungen übertrafen hätten, und zum anderen seien die Aufwendungen für Verwaltung, Sachbedarf und Personal weiter gesunken.

Gesteigerte Bilanzsumme

All diese Ergebnisse basieren auf einer Bilanzsumme, die um 3,7 Prozent auf 6,34 Milliarden Euro gesteigert wurde. Bei den Einlagen wurde mit 5,16 Milliarden Euro (+ 4,6 Prozent) erstmals die Marke von 5 Milliarden Euro überschritten. Da im Durchschnitt der bayerischen Sparkassen das Plus 3,8 Prozent betrug, hat die Kreissparkasse München Starnberg Marktanteile gewonnen. Die höchsten Zuwächse gab es bei Termin- und Tagesgeldern. Gut lief es auch bei Sparkassenbriefen und Inhaberschuldverschreibungen.

Bei den Ausleihungen zeigte das Firmenkundengeschäft mit 3,3 Prozent eine „ordentliche

Steigerung“, wogegen das Privatkundengeschäft stagnierte. Insgesamt nahmen die Kredite um 1,1 Prozent auf 4,20 Milliarden Euro zu, was bei einem Minus von 0,5 Prozent im Durchschnitt aller bayerischen Sparkassen „recht gut“ sei. Im Firmenkundengeschäft gewinnen Mezzanine-Finanzierungen (Fremdkapital mit Eigenkapitalcharakter) für kleine und mittlere Unternehmen an Bedeutung, für das eine erste Tranche über 10 Millionen Euro bereitgestellt wurde. Hier entwickelte sich ein neuer Geschäftszweig. Eine positive Entwicklung ergab sich auch bei der Begleitung von Existenzgründungen.

Eigenheimfinanzierung

Im Privatkundengeschäft spielt traditionell die Eigenheimfinanzierung eine wichtige Rolle. Dementsprechend wurde ein neues Immobiliencenter in Lohhof eröffnet. Doch vor allem wegen des Wegfalls der Eigenheimzulage stagnierte die Wohnbaufinanzierung. Die Baugenehmigungen haben einen historischen Tiefstand erreicht. Sodann machen sich bei den überdurchschnittlichen Grundstücks- und Baukosten in der Region die seit Jahren sinkenden Realeinkommen bemerkbar. Die Hoffnungen richten sich jetzt auf die Riester-Förderung von Wohneigentum.

Wertpapiergeschäft

Um 20 Prozent zugenommen hat das Wertpapiergeschäft. Konstant verlief das Bauspargeschäft, dagegen konnte der Absatz von Versicherungen gesteigert werden. An Bedeutung gewinnt das Auslandsgeschäft, das alles in allem ein Volumen von 1,3 Milliarden Euro erreicht hat.

Aus ihrem Unternehmensverständnis heraus engagiert sich die Kreissparkasse traditionell für gemeinnützige Projekte im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich. Über ihre drei Stiftungen hat sie dafür 1,12 Millionen Euro ausgegeben. Neben Ausstellungen und den Carl-Orff-Festspielen sei erwähnt, dass seit 2004 die Caritas-Schuldnerberatung in Schleißheim-Garching mit 60.000 Euro unterstützt wurde und zum Jahresende die Hartz-IV-Empfänger im Landkreis München ein Weihnachtsgeld von je 50 Euro erhalten haben, was insgesamt einen Aufwand von 62.000 Euro bedeutet hat. Dazu Kamprath: „Gerade in so prosperierenden Regionen wie

unserem Geschäftsgebiet wird die Tatsache der Armut oder Überschuldung gerne vergessen. Deshalb übernehmen wir hier Verantwortung. Dazu gehört auch, dass wir 3360 Konten auf Guthabenbasis fürs sozial

schwächere Mitbürger führen, die bei anderen, privaten Kreditinstituten diese Möglichkeit nicht eingeräumt bekommen, weil daran nichts verdient wird.“ Für das laufende Jahr wird wieder eine Vielzahl von Veranstal-

tungen vorbereitet, unter anderem ein Festival mit Julia Fischer im Juni und in Zusammenarbeit mit dem Karikaturisten Dieter Hantzsch die Ausstellung „Weltstadt mit Scherz“ zum 850. Stadtjubiläum von München. dhg.

Kooperation mit sieben Schwester-Instituten:

Kreissparkasse Augsburg sieht Chancen im Auslandsgeschäft

Nicht nur durch gute Geschäftszahlen, sondern auch durch interessante Aktivitäten und Innovationen macht die Kreissparkasse Augsburg auf sich aufmerksam. Zu nennen sind hier ein Kompetenzzentrum für das internationale Firmengeschäft, das „quasi grenzüberschreitend“ gemeinsam mit sieben Sparkassen aus Schwaben und Oberbayern gegründet wurde, ein Kunden-Servicecenter, das täglich 12 Stunden erreichbar ist, die Zusage im Zusammenhang mit der öffentlichen Diskussion um die Veräußerung von Kreditforderungen an Finanzinvestoren, dass die Kreissparkasse Augsburg „ihre Kunden nicht verkauft, sondern während der gesamten Laufzeit eines Kredites sie begleitet und loyal zu ihnen steht“, und schließlich das gesellschaftliche Engagement in Form von Spenden und Sponsoringmaßnahmen für gemeinnützige Zwecke im Volumen von 1,2 Millionen Euro.

Obwohl Bilanzsumme und Einlagen zulegten, verharnte - nach vorerst noch vorläufigen Zahlen - der Jahresüberschuss mit 2 Millionen Euro auf Vorjahresniveau. Das lag am Zinsüberschuss, der wegen der Zinsentwicklung am Kapitalmarkt etwas geschrumpft ist.

Auf Initiative der beiden Augsburger Sparkassen, also der Kreissparkasse und der Stadtparkasse, bündeln die Sparkassen Aichach, Günzburg-Krumbach, Landsberg-Dießen, Nördlingen, Neuburg-

Rain und Neu-Ulm-Iltertissen ihre Fachkenntnisse und Servicequalität im Auslandsgeschäft und gründen gemeinsam ein Kompetenzzentrum für das internationale Firmengeschäft. Im zweiten Quartal dieses Jahres gehen diese sechs schwäbischen und zwei oberbayerischen Sparkassen an den Start.

Unter dem Dach der S-International Business mit Sitz in Augsburg sollen mehr als 20 Experten professionelle Dienstleistungen

im internationalen Geschäft speziell für mittelständische Unternehmen erbringen. Als Geschäftsführer entsenden sowohl die Kreissparkasse als auch die Stadtparkasse Augsburg die Leiter ihrer Auslandsabteilungen.

Die acht Sparkassen versprechen sich von dem Kompetenzzentrum einen starken Impuls für die Region, denn der schwäbische und bayerische Mittelstand richtet ihr Geschäft zunehmend international aus. Dies vor dem Hintergrund, „dass wir als Sparkasse für drei von vier Mittelständlern die Hausbank vor Ort sind“. Nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Richard Frank deckt das erste Kompetenzzentrum für internationales Bankgeschäft in Schwaben ein breites Leistungsspektrum ab. Dazu zählen die Beratung und Durchführung traditioneller Abwicklungsmethoden wie Zahlungsverkehr, Dokumenten- und Garantiegeschäft.

(Fortsetzung auf Seite 8)

Stadtparkasse zahlt München wiederum Dividende:

Risikopolitik nach Augenmaß beschert bisher bestes Ergebnis

Von der weltweiten Finanzkrise, die in den USA als sog. Subprime-Krise angefangen hat, ist die Stadtparkasse München nicht betroffen. „Wir haben keine Wertpapiere und Finanzprodukte im Eigenbestand, die von der Subprime-Krise betroffen sind, denn wir investieren nur in Anlagen, die wir selbst verstehen“, stellte Harald Strötgen, Vorsitzender des Vorstandes, nicht ohne Stolz vor der Presse fest. Diese kluge Zurückhaltung ist die entscheidende Ursache dafür, dass das Institut mit einem Betriebsergebnis nach Bewertung, das 2007 gegenüber dem Jahr zuvor um 15,9 Prozent auf 124,8 Millionen Euro gestiegen ist, das beste Ergebnis seiner Unternehmensgeschichte erzielt hat. An diesem Erfolg partizipiert die Stadt München, denn die Stadtparkasse schüttet zum zweiten Mal einen Teil ihres Gewinns als Dividende an die Landeshauptstadt aus. München erhält für gemeinnützige Zwecke 3 Millionen Euro nach 2,2 Millionen im Vorjahr.

Auf den ersten Blick schaut es nicht nach einem so guten Ergebnis aus, denn der Zinsüberschuss ist mit 283,9 Millionen Euro (+0,1 Prozent) nahezu unverändert geblieben. Und der Provisionsüberschuss hat mit gut 83,1 Millionen Euro (+2,5 Prozent) nicht ungewöhnlich zugelegt. Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften ist mit 3,3 Millionen Euro sogar um 50,5 Prozent geschrumpft. Und der Verwaltungsaufwand ist um 1,4 Prozent auf 255,7 Millionen Euro gestiegen. Kurzum, die Kosten-Ertrags-Relation (Cost-Income-Ratio) hat um 0,3 Prozentpunkte auf 67,7 Prozent zugelegt. Dass der Vorstand der fünfgrößten Sparkasse Deutschlands dennoch mit dem Jahresergebnis zufrieden sein kann, verdankt er vor allem einer „Risikopolitik mit Augenmaß“ und einem positiven Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft. Die Auflösung von Bewertungsrückstellungen war höher als deren Neubildung, was in diesen Tagen ein außergewöhnliches Ergebnis ist. Der Erfolg: Die Eigenkapitalrendite ist auf 11,1 (Vorjahr, 10,0 Prozent) gestiegen.

Das Geschäft wurde insgesamt nicht sonderlich ausgeweitet, denn die durchschnittliche Bilanzsumme (DBS) stieg nur um 0,2 Prozent auf 14,87 Milliarden Euro. Gestützt wurde das kleine Plus durch die Kundeneinlagen, die um 2,4 Prozent auf 11,15 Milliarden Euro zulegten. Besonders gut lief es mit einem Plus von 3,2 Prozent auf 9,39 Milliarden Euro

bei den Privatkundeneinlagen. Für 2009 ist ein erster Hypothekendarlehenpfandbrief in Vorbereitung. Die gesamten Ausleihungen nahmen nur um 0,3 Prozent auf 8,70 Milliarden Euro zu, wobei die Kredite an Privatkunden mit +0,1 Prozent auf 4,35 Milliarden Euro fast stagnierten. Zusätzliches Neugeschäft verspricht man sich von Förderkrediten für Energie-sparmaßnahmen an Gebäuden. Dagegen verzeichneten die Kredite an Gewerbetreibende und Unternehmen ein Plus von 1,8 Prozent auf 3,66 Milliarden Euro. Von einer Kreditklemme könne absolut keine Rede sein, sagte Strötgen. Auch die Stadtparkasse legt Wert auf die Feststellung, dass sie keine vertragstreu bedienten Kredite, sondern nur Notleidende Forderungen verkauft. Dabei werde zuvor versucht, mit dem in Schwierigkeiten geratenen Kunden gemeinsam eine Lösung zu finden.

Der Kunde im Mittelpunkt

Mit dem Erreichten gibt sich die Stadtparkasse München keineswegs zufrieden. Sie will die Cost-Income-Ratio jährlich um 2 Prozentpunkte bis 2011 auf 60 Prozent senken. Die Reduzierung der Kosten und die Erhöhung des Ertrages sollen unter anderem dadurch erreicht werden, dass die Stadtparkasse zu einer Vertriebsparkasse umgebaut wird, „denn der Kunde steht im Mittelpunkt“. Dazu sollen Mitarbeiter für den Vertrieb umgeschult werden. Um

noch näher am Kunden zu sein - nahezu jeder zweite Münchener Bürger ist Kunde der Stadtparkasse -, sollen mehrsprachige Mitarbeiter die fremdsprachigen Kunden in deren Muttersprache betreuen und beraten. Den Anfang macht die Betreuung griechischer Kunden, folgen sollen die muttersprachliche Betreuung der Kunden aus der Türkei, aus Ex-Jugoslawien und dann aus dem russischsprachigen Raum. Betreut werden sollen nicht nur Privat-, sondern auch gewerbliche Kunden, „weil z.B. Griechen überdurchschnittlich oft selbstständig sind“.

Wie andere Sparkassen und Genossenschaftsbanken übernimmt auch die Stadtparkasse München wirtschaftliche und gesellschaftliche Verantwortung für ihr Geschäftsgebiet. Zusammen mit den von ihr gegründeten fünf Stiftungen hat sie im Berichtsjahr 2007 knapp 260 soziale und kulturelle Projekte mit fast 5,5 Millionen Euro gefördert. So wurde eine Kinderkrippe in einem Senioren- und Pflegeheim finanziert. Neu sind auch eine Partnerschaft mit dem Tierpark Hellabrunn für das Orang-Utang-Gehege und die Kooperation mit dem TSV 1860 München. Hier wird u.a. die Jugendarbeit unterstützt. Sodann gibt es eine Partnerschaft mit den Münchner Symphonikern. Mit Spenden werden die Kammeroper München, die Münchner Chorbusen und -mädchen, ein Rollstuhl-Basketballverein, die Aktion „Lichtblick Hasenberg“ und das Freizeit-Sportprogramm der Stadt München unterstützt.

Die Stadtparkasse zählt mit ihren fünf eigenen Stiftungen zu den diesbezüglich engagiertesten Unternehmen Deutschlands. Das Stiftungsvermögen beträgt 30 Millionen Euro. Die zum 850. Stadtgeburtstag neue gegründete Stiftung „Soziales München“ als größte Stiftung hat ein Vermögen von 10 Millionen Euro, was von 2008 an jährlich eine Ausschüttung von 400.000 Euro ermöglicht. dhg.



STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU



KOMMUNALE ENTWICKLUNG



WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU



Bayerische Landessiedlung®

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München

Tel. (0 89) 23 87-0
Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de



Gemeinde- und Projektentwicklung in Partnerschaft mit den Kommunen

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken:

Zufriedenstellendes Wachstum, unbefriedigender Ertrag

Auch beim Genossenschaftsverband Bayern (GVB), in dem die bayerischen Raiffeisen- und Volksbanken zusammengeschlossen sind, war in diesen Tagen das vorherrschende Thema der Verkauf von Kreditforderungen. Und wie die Konkurrenz, etwa die Sparkassen, beteuert auch der GVB in seiner Pressekonferenz, dass die genossenschaftlichen Banken nur notleidende Kredite verkaufen. Notleidend seien Kredite aber erst, wenn bei ihnen eine nachhaltige Leistungsstörung vorliegt. Mit dem Jahr 2007 sind die Genossenschaftsbanken, was das Wachstum ihres Geschäftes angeht, zufrieden, nicht aber mit der Entwicklung von Kosten und Ertrag. Sparen sei angesagt, stellte GVB-Präsident Stephan Götzl klar.

Notleidende Kredite zu verkaufen sei eine normale Form der Sicherungsverwertung. Verkauf werde dann in der Regel an die genossenschaftseigene BAG in Hamm. Im Rahmen der "Finanzplatz München Initiative (FPMI)" hätten sich die Genossenschaftsbanken im übrigen bereits im Oktober verpflichtet, "den Verkauf von 'performing' Krediten, also ordnungsgemäß bedienten Krediten, ohne Zustimmung des Kreditnehmers möglichst zu unterlassen, sofern damit Nachteile für den Kreditnehmer verbunden sind", stellte Götzl fest.

Was den Verkauf von Forderungen angeht, wendet sich der GVB gegen eine gesetzliche Regelung für die Finanzbranche,

wie sie zum Beispiel das Risikobegrenzungsrecht vorsieht. Dieses Gesetz sei bislang dazu gedacht gewesen, den Einfluss von investierenden Staatsfonds einzugrenzen. Der Aspekt des Kreditverkaufs sei dann schnell noch angedockt worden. Das sei eher Populismus als vernünftige Politik, sagte Götzl, dem Chancen nachgesagt werden, 2009 an die Spitze des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) in Berlin berufen zu werden. Das im Gesetzentwurf vorgesehene Sonderkündigungsrecht der Kreditnehmer behindere Strukturveränderungen wie z.B. Fusionen von Genossenschaftsbanken und führe, wenn bei Sonderkündigungen auf Vorfällig-

keitsentschädigungen verzichtet werde, wegen der dennoch anfallenden Refinanzierungskosten zu Kreditverteuerungen, was letztlich dem Kunden schade.

Von Hypothekenkrise nicht betroffen

Nach Götzls Darstellung verspüren die bayerischen Genossenschaftsbanken keinerlei Druck zum Verkauf von Krediten, weil sie kaum strukturierte Anleihen aus dem amerikanischen Raum im Eigendepot hätten, also von der Hypothekenkrise in den USA nicht betroffen seien. Deshalb betrage ihr Abschreibungsbedarf gerade einmal 0,02 Prozent des gesamten Depotwertes, was ein vernachlässigbarer Wert sei. Dementsprechend mangle es den Genossenschaftsbanken nicht an Eigenkapital. Ihr haftendes Eigenkapital (in Prozent der gewichteten Risikoaktiva) sei um fast einen Prozentpunkt auf 14,04 Prozent gestiegen. Gesetzlich vorgeschrieben sei, Kredite mit 8 Prozent Eigenkapital zu unterlegen. Bayerns Genossenschaftsbanken

hätten nach wie vor freie Kreditlinien von gut 40 Milliarden Euro.

Das Jahr 2007 war für Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken ein „echtes Wachstumsjahr“. Die (addierte) Bilanzsumme nahm um 4,4 (2,2) Prozent auf 108,4 Milliarden Euro zu. Das war das höchste Wachstum seit 1998. Die durchschnittliche Bilanzsumme der 328 Institute mit ihren 3239 Bankstellen stieg um 21 Millionen auf 330 Millionen Euro. Das außerbilanziell betreute Kundenvolumen nahm auf 62 Milliarden Euro (+ 4,3 Prozent) zu. Die Einlagen erfuhr mit 86,1 Milliarden Euro (+4,3 Prozent) die höchste Steigerung seit 2001. Besonders gut liegen Termineinlagen, wogegen Spareinlagen etwas rückläufig waren.

Risikostruktur im Griff

Bei den Ausleihungen gehörten die Zeiten rückläufiger Volumina der Vergangenheit an. Das dritte Wachstumsjahr in Folge brachte eine Steigerung um 1,2 Prozent auf 60,9 Milliarden Euro. Mehr als drei Viertel der Genossenschaftsbanken gehen davon aus, dass sich der Wachstumstrend fortsetzen wird. „Wir haben - anders als einige Konkurrenten - unsere Risikostruktur im Griff“, stellte Götzl fest. Die Risikoauflösungen sanken erneut auf jetzt 0,05 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DSB). Die interne Orientierungsmarke (Benchmark) beträgt 0,20 Prozent.

Bei den LfA-Krediten waren die Genossenschaftsbanken mit 3819 vermittelten Förderkrediten (+ 242) wieder Marktführer vor Sparkassen und Großbanken. Mit insgesamt 402,8 Millionen Euro Kreditvolumen ergab das unter allen Bankengruppen aber die durchschnittlich geringste Summe je Kredit. „Das jedoch“, so

Götzl, „belegt, dass die Volks- und Raiffeisenbanken sich um die Belange der kleinteiligen und mittelständischen Wirtschaft kümmern“.

Die Provisionsspanne blieb zwar mit 0,73 Prozent der DBS unverändert, doch resultiert aus der höheren Bilanzsumme mit 768 (+ 25) Millionen Euro mehr Ertrag. Im Vermittlungsgeschäft lief es bei Lebens- und Sachversicherungen gut, wogegen das Bauspargeschäft stagnierte. Wegen der Entwicklung am Kapitalmarkt fiel die Zinsspanne auf 2,22 (2,42) Prozent der DBS zurück. Alles in allem, so Götzl, könne man mit der Kostenentwicklung nicht zufrieden sein, auch wenn das Betriebsergebnis auf 0,78 (0,90) Prozent der DBS zurückgegangen sei. Schließlich sei die Kosten-Ertrags-Relation (Cost-Income-Ratio) auf 75,9 (73,3) Prozent gestiegen. Das Ertragsniveau sei auf das Niveau von 2001 zurückgefallen. Zwei bis drei Banken hätten Restrukturierungsmaßnahmen vor sich, alle anderen verdienten Geld. Die Frage sei aber, ob genug?

„Diese Resultate wollen wir so nicht hinnehmen, wir müssen deutlich besser werden“, unterstrich der Verbandspräsident. Nach einer Konjunkturumfrage bewerte nur noch jede siebte Bank ihre Ertragslage als gut. Die zukünftige Entwicklung werde nur noch von jeder zehnten Bank als gut bewertet. „Und das trotz einer mehrheitlich optimistischen Geschäftseinschätzung.“ Deshalb könne man sagen, „wir machen zwar gute Umsätze, aber wir verdienen zu wenig“.

Nach den Vorgaben einer Unternehmensberatung sollen die Kosten- und Einnahmeseite verbessert werden, ohne Service und Qualität zur Disposition zu stellen. Dazu sollen die Erfolge von

ausgesuchten Pilotbanken (wie den Genossenschaftsbanken in Rosenheim, Forchheim und im Ries) den anderen Banken als Vorbild dienen. Bei den Maßnahmen zur Kostensenkung sei ein sozialverträglicher Personalabbau über Jahre nicht auszuschließen, räumte Götzl ein.

Beim Genossenschaftsverband ist man überzeugt, dass die Hausbank vor Ort die Bank der Zukunft ist, weil die meisten Menschen einen festen Ansprechpartner wünschen. Während ausländische Banken oft nur über den gesetzlichen Mindestschutz von 90 Prozent der Einlagen bzw. maximal 20.000 Euro verfügten, sei das Kapital bei den Genossenschaftsbanken zu 100 Prozent sicher. Noch nie habe ein Kunde auf Grund einer Bankenschieflage bei einer Kreditgenossenschaft sein Geld verloren.

Kritik übte Götzl daran, dass die Politik viel zu selten die Belange der mittelständischen Wirtschaft berücksichtige. Vielen der anstehenden Maßnahmen fehle es an Maß und Zielgenauigkeit. Sie brächten immer mehr Bürokratie und Kostenbelastungen. Er nannte die vorgesehene Großkreditregelung, die Regelungen zur Geldwäsche-Bekämpfung und die Kontopfändungen. Die Bundesregierung schiebe übers Ziel hinaus, wenn sie EU-Regelungen nicht nur 1:1 umsetze, sondern immer noch weitere Anforderungen und Pflichten draufpacke.

Trotz solcher Kritik sei gesellschaftliches Engagement für die Kreditgenossenschaften eine Herzensangelegenheit, sagte Götzl. Allein 2007 haben die Genossenschaftsbanken Bayerns 229 Autos des Typs VW Fox im Gesamtwert von mehr als 2 Millionen Euro für gemeinnützige, soziale und karitative Einrichtungen gespendet. **dhg.**

Von der US-Finanzkrise nicht betroffen:

Münchener Hyp will aus eigener Kraft weiter wachsen

Für die Münchener Hypothekenbank eG heißt das Leitmotiv: Kontinuität in der strategischen Weiterentwicklung. Die genossenschaftliche Bank will im Jahr 2008 „mit einem wachen Blick für Risiken und Kosten weiter wachsen und ihre Ertragskraft nachhaltig festigen“. Die Finanzmarktkrise wirke sich nicht auf Geschäft und Ergebnis der Bank aus, sagte Vorstandschef Erich Rödel in der Pressekonferenz. „Wir sind weder im Kreditbereich noch bei Wertpapieren im Subprime-Segment engagiert. Deshalb berührt uns die Krise nicht unmittelbar.“

Zum Thema Verkauf von Immobiliendarlehen an private Investoren stellte Rödel fest: „Bei einer so langfristigen Kundenbeziehung wie sie eine Immobilienfinanzierung darstellt, bekommen Verlässlichkeit und Sicherheit eine ganz besondere Bedeutung. Ein Verkauf vertragsgemäß bedienter Forderungen an Dritte lässt sich daher mit einer vertrauensvollen Finanzierungspartnerschaft nicht in Einklang bringen. Aus diesem Grund kommt ein solcher Verkauf für uns nicht in Frage.“ Und für diese Garantie verlange die Bank keinen Aufpreis. Richtig und wichtig sei aber auch, dass es Banken weiterhin prinzipiell möglich sein müsse, im Unterschied zu performing loans (ordnungsgemäß bedienten Darlehen) non-performing-loans, also gekündigte und notleidende Darlehen, weiterverkaufen zu können. Den Verkauf von Forderungen pauschal abzulehnen, sei für die aktuelle Diskussion nicht zweckmäßig.

Neugeschäft gesteigert

Im Berichtsjahr 2007 hat die MünchenerHyp ihr Neugeschäft um gut 42 Prozent auf 3,43 Milliarden Euro gesteigert. Erhebliche Zuwächse gab es sowohl in der privaten Wohnbaufinanzierung als auch in der gewerblichen Immobilienfinanzierung. Das gute Neugeschäft sorgte auch für eine Ausweitung der Hypothekenbestände um 2 Milliarden auf 14,1 Milliarden Euro. Hierin ist ein Portfolio an privaten Immobiliendarlehen in Höhe von 0,7 Milliarden Euro enthalten, das im Sommer 2007 erworben wurde. Die Bilanzsumme nahm um 1 Milliarde auf 32,9 Milliarden Euro zu. Die Kostenentwicklung verbesserte sich weiter. Die wichtige Cost-Income-Ratio (Kosten-Einnahmen-Relation) ging auf 149,8

(51,5) Prozent zurück. Seit dem Jahr 2004 hat die MünchenerHyp damit bei Erträgen und Kosten deutliche Fortschritte gemacht. Das Neugeschäft ist seit damals um mehr als 130 Prozent gestiegen, während zugleich die Verwaltungsaufwendungen um 4,6 Millionen Euro auf 49,8 Millionen Euro im Jahr 2007 gesenkt wurden. Die MünchenerHyp führt die positiven Ergebnisse auf das Strategieprogramm MHB2008 zurück, das im für die Bank schwierigen Jahr 2004 aufgelegt und in den vergangenen Jahren erfolgreich umgesetzt wurde. Motor des guten Neugeschäfts waren Forward-Finanzierungen.

Verbreiterte Kundenbasis

Die schwache Neubaukonjunktur spürte die Bank insofern, als sich der Schwerpunkt der Neuzugänge auf Finanzierungen bestehender Gebäude verschob. Dadurch konnte sie die verhaltene Nachfrage im Neubau nicht nur aufwiegen, sondern sogar übertreffen. Darüber hinaus ist es ihr im Jahr 2007 gelungen, ihre Kundenbasis im Inland und im Ausland zu verbreitern. So konnte die MünchenerHyp im Sommer 2007 von der Corealcredit Bank (vormals AHBR) ein Paket an privaten Immobiliendarlehen für wohnwirtschaftliche Objekte in Deutschland mit einem Volumen von 0,7 Milliarden Euro erwerben. Die Darlehen sind ausschließlich sogenannte performing loans.

Im Geschäftsfeld der privaten Wohnbaufinanzierung war die Bank mit Zusagen in Höhe von 1,62 Milliarden Euro erstmals Marktführer im genossenschaftlichen Finanz-Verband. Positiv entwickelte sich auch das gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft. Es wurden neue Darlehen über 1,81 Milliarden

Euro zugesagt. Davon entfiel mit 1,09 Milliarden Euro mehr als die Hälfte auf das Auslandsgeschäft.

Erneut war das Wachstum des Auslandsgeschäfts auf 1,09 Milliarden Euro mit einem Plus von 50 Prozent besonders ausgeprägt. Zum überwiegenden Teil wurden die Zuwächse wieder in den USA erzielt. Außerdem legte das Neugeschäft im europäischen Ausland, insbesondere in Frankreich, zu. Das Neugeschäftsvolumen im Staats- und Kommunalkreditgeschäft wiederum belief sich auf 1,9 Milliarden Euro nach 2,3 Milliarden Euro im Vorjahr.

Die anhaltenden Turbulenzen an den Finanzmärkten stellten in der zweiten Jahreshälfte das Refinanzierungsgeschäft vor große Herausforderungen. Trotz der schwierigeren Bedingungen für Emissionen platzierte die Bank im Mai 2007 erstmals einen festverzinslichen öffentlichen Pfandbrief in Schweizer Franken.

Höheres Betriebsergebnis

Dank des guten Neugeschäfts und der Ausweitung des Hypothekenstocks steigerte die MünchenerHyp ihr Betriebsergebnis um 13 Prozent auf 31,6 Millionen Euro. Der Zinsüberschuss erhöhte sich um 10,7 Millionen auf 121,2 Millionen Euro. Der Jahresüberschuss wird mit 12,0 (11,3) Millionen Euro ausgewiesen. Die Risikolage bleibe aufgrund des hohen Risikostandards auf niedrigem Niveau stabil, erläuterte Rödel. Die gute Ertragslage der Bank werde durch gute Ratings von Moody's - Aa3 für ungedeckte langfristige Verbindlichkeiten und Aaa für öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen - bestätigt. Alle Ratings seien mit dem Ausblick „stabil“ versehen.

Natürlich werde sich auch die MünchenerHyp bei einem noch längeren Andauern der Finanzmarktkrise nicht dauerhaft deren Auswirkungen entziehen können. Auch lasse sich heute noch nicht gesichert beurteilen, ob weitere Verwerfungen durch die US-Subprime-Krise noch an den Märkten (Fortsetzung auf Seite 8)



Kommunale Finanzierungen mit Erfahrung und Kompetenz >>

- >> Erstklassiger Service bei der Finanzierung Ihrer Investitionsprojekte
- >> Unser hervorragendes Rating sichert Ihnen ein optimales Preis-Leistungsverhältnis

Sprechen Sie mit dem Berater Ihrer Volksbank Raiffeisenbank.

Im Finanzverbund der Volksbanken Raiffeisenbanken

www.muenchenerhyp.de

Bund der Steuerzahler präsentierte neue bayerische Schuldenuhr:

Ergebnis solider Finanzpolitik

„Im Freistaat gehen die Uhren anders! Die rückwärts laufende Schuldenuhr ist Ergebnis der weitsichtigen, stabilitätsorientierten und grundsoliden Finanzpolitik, für die Bayern schon seit vielen Jahren steht“, kommentierte Finanzminister Erwin Huber die Präsentation der neuen Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler, die nun in der Nymphenburger Straße 118 in München zu sehen ist. „Wir haben die Schuldenuhr seit 2006 nicht nur zum Stillstand gebracht, sondern wir haben auch den nächsten Schritt getan. Mit der Tilgung von 300 Millionen Euro Schulden im Jahr 2007 und einem Haushaltsentwurf, der für 2008 eine planmäßige Tilgung von 200 Millionen Euro vorsieht, lassen wir ab jetzt die Schuldenuhr sogar rückwärts laufen“, freute sich Huber.

Im Jahr 2006 hat der Freistaat Bayern einen Meilenstein gesetzt und als erstes und einziges Bundesland einen ausgeglichenen Haushalt ohne einen Cent Neuverschuldung vorgelegt. Mit dem Doppelhaushalt 2007/2008 ist der zweite und dritte ausgeglichene Haushalt in Folge gelungen. Die Tilgung von Schulden in Höhe von 500 Millionen Euro hat Bayern ein gutes Stück voran gebracht. Zur Verdeutlichung erläuterte Huber: „500 Millionen Euro verursachen einen jährlichen Zinsaufwand in einer Größenordnung von 23 Millionen Euro“.

„Investieren - Vorsorgen - Tilgen“

Der Anteil der Zinsausgaben beträgt im bayerischen Haushalt 2008 nun nur noch 2,6 Prozent; der Durchschnitt der westlichen Flächenländer ist mit 8,4 Prozent mehr als dreimal so hoch. Und: Die Spitzenstellung unter den westlichen Flächenländern bei der Pro-Kopf-Verschuldung wird weiter ausgebaut - zum 31. Dezember 2007 betrug sie 1.821 Euro. Der Durchschnitt der Westflächenländer liegt demgegenüber bei 4.979 Euro.

Huber ergänzte, dass auch der Dreiklang „Investieren - Vorsorgen - Tilgen“, der Leitlinie für die bayerische Finanzpolitik ist, konsequent fortgesetzt wird. Als Beispiele nannte er: Bei den Investitionen setzt Bayern gezielt Akzente und liegt mit der Investitionsquote im Jahr 2008 bei 13,5 Prozent - und damit weit über dem Durchschnitt der Gesamtheit der Westländer von voraussichtlich rund 10 Prozent. Auch für die konjunkturell schwierigeren Zeiten wurde heute schon vorgesorgt, nämlich mit einer Haushaltssicherungsrücklage in Höhe von 400 Millionen Euro im Haushaltsentwurf und der Einrichtung des Versorgungsfonds für die bayerischen Beamten ab dem 1. Januar 2008.

Konsequenter Freistaat

„Der eingeschlagene Weg wird konsequent fortgesetzt“, betonte Huber. Nach dem Finanzplan für die Jahre 2007 bis 2011 kann der Haushalt auf der Basis der aktuellen Steuerprognose auch in Zukunft durch laufende Einnahmen ausgeglichen werden. Den Planungen zufolge kann daneben sogar die planmäßige Schuldentilgung in

Höhe von jährlich 200 Millionen Euro fortgeführt werden. Schließlich sollen auch die Investitionen weiter kontinuierlich ansteigen.

Mit Blick auf das jüngst von der Ratingagentur Standard & Poor's bestätigte Spitzenrating

Freistaat unterstützt kommunale Investitionstätigkeit:

Grünes Licht für notwendige Schulbaumaßnahmen

„Viele Kommunen wollen aufgrund der verbesserten Finanzsituation im Schulhausbereich schneller bauen; wir wollen die Investitionen der Kommunen im Schulhausbereich schneller fördern! Dafür stellen wir aktuell den Kommunen für den vorzeitigen Baubeginn ein zusätzliches förderfähiges Investitionsvolumen für Schulbaumaßnahmen von 585 Millionen Euro zur Verfügung. Damit kommt der Freistaat den Gemeinden, die rasch bauen wollen, entgegen“, erklärte Finanzminister Erwin Huber in München.

Insgesamt beträgt das förderfähige Investitionsvolumen 770 Millionen Euro. Innerhalb dieses Kostenrahmens können die Kommunen für geplante eigene Schulbaumaßnahmen - ob Generalsanierung, Erweiterung, Umbau oder Neubau - kurzfristig von ihrer zuständigen Regierung die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn erhalten und damit sofort mit dem Bauen beginnen.

Bestmögliche Unterstützung

Die staatlichen Fördermittel hierfür betragen bei einer durchschnittlichen Förderrate von 35 Prozent insgesamt rund 270 Millionen Euro. Der Freistaat wird diese Gelder im Laufe der nächsten Jahre schnellstmöglich

„AAA / Ausblick stabil“ resümierte Huber: „Damit wird nochmals eindrucksvoll bestätigt, wovon wir schon lange überzeugt sind: Es ist richtig und gut, dass die Uhren in Bayern ein bisschen anders gehen. Denn eine rückwärts laufende Schuldenuhr bedeutet ganz konkret ein Mehr an politischem Gestaltungsspielraum und ein Mehr an Lebensqualität für den einzelnen Bürger.“

an die bauwilligen Kommunen auszahlen. Die Kommunen haben den Sachaufwand für ihre Schulen und damit auch die Kosten für erforderliche Baumaßnahmen grundsätzlich selbst zu tragen. Der Freistaat Bayern unterstützt sie aber bestmöglich nach dem Finanzausgleichsgesetz. Die Höhe der Förderung eines Bauvorhabens orientiert sich dabei insbesondere am finanziellen Leistungsvermögen der Kommune.

Kommunalfreundliche Entscheidung

„Mit dieser kommunalfreundlichen Entscheidung hilft der Staat den Gemeinden, Städten und Landkreisen, die dringlichen Investitionen im Schulhausbaubereich zeitnah durchzuführen“, erklärte Huber.

§ GZ Wichtige Rechtsfragen §

Bürgerbegehren nicht ohne Kostendeckungsvorschlag

Nachdem der Gemeinderat beschlossen hatte, den Betrieb eines Schulbusses einzustellen, kam ein Bürgerbegehren in Gang, das letztlich daran scheiterte, dass ein Kostendeckungsvorschlag fehlte. Im Bürgerbegehren hieß es lediglich, „bei einem Volumen von mehr als 300 Millionen Euro, bei einem ausgeglichenen Kreishaushalt, müsse der Betrag von ca. 265.000 Euro für den Bücherbus (laut Haushaltsplanentwurf 2006) an anderer Stelle des Gesamthaushalts eingespart werden können“. Dieser pauschale Kostendeckungsvorschlag war nicht ausreichend.

Durch das gesetzliche Gebot eines Kostendeckungsvorschlags will der Gesetzgeber sicherstellen, dass die Bürger in finanzieller Hinsicht über Tragweite und Konsequenzen der im Wege des Bürgerbegehrens vorgeschlagenen Entscheidung unterrichtet werden. Ein ausreichender Kostendeckungsvorschlag muß deshalb neben einer überschlägigen, nachvollziehbaren Kostenschätzung auch einen konkret durchführbaren Vorschlag enthalten, wie die Kosten gedeckt werden können. Kosten einer Maßnahme können entweder durch Einsparungen an anderer Stelle, durch Veräußerung von Vermögensgegenständen oder aber auch durch eine weitere Kreditaufnahme gedeckt werden.

Deshalb ist ein konkreter Vorschlag notwendig, denn nur ein solcher Vorschlag kann daraufhin überprüft werden, ob er durchführbar ist. Im übrigen trägt nur dieses Verständnis dem gesetzgeberischen Anliegen einer Unterrichtung der Bürger über die finanziellen Konsequenzen eines Bürgerbegehrens ausreichend Rechnung. Dabei hängt der erforderliche Konkretisierungsgrad davon ab, wie die Kostendeckung erreicht werden soll. Geht es um eine Finanzie-

rung im Wege der Kreditaufnahme, so werden weitere Angaben im Allgemeinen nicht erforderlich sein. Soll hingegen an anderer Stelle gespart oder ein Vermögensgegenstand veräußert werden, so bedarf es jedenfalls näherer Konkretisierung.

Notwendiger Deckungsvorschlag

In dem konkreten Fall war der Kostendeckungsvorschlag unzureichend, weil es hinsichtlich der Personalkosten in Höhe von ca. 200.000 Euro hieß, diese Kosten könnten ohnehin nicht kurzfristig eingespart werden. Ist eine mit einem Bürgerbegehren verfolgte Maßnahme mit Personalkosten verbunden, so handelt es sich dabei um „Kosten der verlangten Maßnahme“ und es bedarf für diese Kosten eines Deckungsvorschlags. Dies gilt unabhängig davon, in welchem Umfang die entsprechenden Personalkosten auch ohne die verlangte Maßnahme anfallen würden und dann der Erfüllung anderer kommunaler Aufgaben zuzurechnen wären.

Diese Auffassung hat das Oberverwaltungsgericht Münster im Beschluss vom 21.1.2008 - 15 A 2697/07 - vertreten. Dr. O.

| klares signal für den öffentlichen sektor |
DAS FÜHRT WEITER: INNOVATIONSTARKE LÖSUNGEN FÜR DEN SPEZIFISCHEN BEDARF VON KOMMUNEN, KOMMUNALEN BETRIEBEN UND ÖFFENTLICHEN INSTITUTIONEN

COMMERZBANK 

(Fortsetzung von Seite 6) Schwerpunkte bilden nach Darstellung der Kreissparkasse individuelle Kundenlösungen für Importeure und Exporteure zu Außenhandelsfinanzierung sowie Zins- und Währungsmanagement. Es werde eine enge Zusammenarbeit mit Verbundpartnern wie der BayernLB und dem S-Country-Desk geben.

Marktfolgetätigkeiten

In den vergangenen Monaten hat die Kreissparkasse Augsburg ihren Standort Schwabmünchen neu gestaltet und zu einem Kompetenzzentrum für ganzheitliche Beratung erweitert. Um den teuren Raum in Augsburg-Stadtmitte effizienter nutzen zu können, verlegt die Kreissparkasse Schritt für Schritt sog. Marktfolgetätigkeiten nach Schwabmünchen. Dort bündelt sie jetzt spezialisierte Dienstleistungen für ihre Kunden, von der Immobilienfinanzierung über Vermögensmanagement bis zur Beratung von Privat- und Unternehmenskunden.

Kunden können unter einer gebührenfreien Telefonnummer 12 Stunden am Tag das Center anrufen, das mit eigens entwickelten Möbeln, die den ergonomischen Anforderungen von Telefonie-Arbeitsplätzen entsprechen, bestückt ist und den Mitarbeitern gleichermaßen arbeiten im Sitzen und Stehen ermöglicht.

Im Berichtsjahr 2007, das der Vorstand als „zufriedenstellend“ bezeichnete, wuchs die Bilanzsumme um 9,7 Prozent auf 2,58 Milliarden Euro. Erstmals in der Geschichte der Sparkasse überstiegen die Einlagen mit 2,122 Milliarden Euro (+ 9,9 Prozent) die Marke von 2 Milliarden Euro. Das Sparkaufkommen wuchs um 4 Prozent. Damit legten, so der Vorstand, die Kunden der Kreis-

sparkasse deutlich mehr Geld zur Seite als die Kunden der bayerischen Sparkassen im Durchschnitt. Der Trend zur Umschichtung von langfristigen in kurz- und mittelfristige Anlageformen setzte sich fort, stellte Vorstand Manfred Stöckl fest. Zu einer deutlichen Steigerung der Wertpapierumsätze um 31,5 Prozent auf 331 Millionen Euro trugen die Turbulenzen an der Börse bei.

Die Ausleihungen blieben auf hohem Niveau stabil. Sie nahmen um 0,8 Prozent auf 1,863 Millionen Euro zu. An Darlehen wurden im Berichtsjahr 272 Millionen Euro ausgezahlt, 6,3 Prozent mehr als Jahr zuvor. Getragen

wurde die Entwicklung des Kreditgeschäftes vor allem durch den gewerblichen Bereich. Im Bestandsvolumen nahmen die Unternehmenskredite um knapp 13 Prozent auf 528 Millionen Euro zu. Wachstumspotenzial erkennt Vorstand Horst Schönfeld im Auslandsgeschäft. Auf hohem Niveau stabil entwickelt haben sich auch die Wohnbaurdarlehen, die zum Kerngeschäft der Kreissparkasse zählen. Sie beliefen sich auf 1,11 Milliarden Euro (- 1,4 Prozent). Immobilienkäufer, so die Erkenntnis, bevorzugen zunehmend Gebäudimmobilien und investieren bevorzugt in energetische Modernisierungsmaßnahmen. dhg.

Münchener Hyp will ...

(Fortsetzung von Seite 7) ausgelöst werden. Die von der Subprime-Krise in den USA ausgelöste Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten habe auch für die deutschen Banken Konsequenzen. Von den Auswirkungen ist laut Rödel die MünchenerHyp allerdings nicht unmittelbar betroffen. „Wir hatten und haben keine Engagements im Subprime-Segment, und zwar weder im Kreditgeschäft noch im Wertpapiergeschäft.“

Im laufenden Geschäftsjahr will die Bank in ihren beiden Hauptgeschäftsfeldern - private Wohnfinanzierungen und gewerbliche Immobilienfinanzierung - organisch und aus eigener Kraft wachsen und im originären Hypothekengeschäft sich der Marke von 4 Milliarden Euro Zusagevolumen aus dem regulären Geschäft annähern. Im Bereich private Wohnbaufinanzierungen will die MünchenerHyp die Marktführerschaft im genossenschaftlichen Finanz-Verbund festigen und ausbauen. In Berlin

wird ein weiterer Vertriebsstandort für das gewerbliche Finanzierungsgeschäft eröffnet. Zusammen mit Hamburg, Frankfurt am Main und München ist die Bank dann mit ihrem inländischen gewerblichen Vertrieb an vier der fünf deutschen Immobilienhochburgen vor Ort vertreten.

Internationales Geschäft

Im internationalen Geschäft wird die Strategie der vergangenen Jahre konsequent weiterverfolgt. Mit der Schweizer PostFinance wurde eine Kooperation vereinbart. Die PostFinance ist das Finanzinstitut der Schweizerischen Post. Sie vermittelt seit 2003 Hypothekendarlehen, da es ihr nach dem Gesetz nicht erlaubt ist, Hypothekendarlehen in die eigenen Bücher zu nehmen. „Wir freuen uns, dass wir durch diese Kooperation einen breiten Zugang zum attraktiven Immobilienmarkt der Schweiz bekommen“, betonte Rödel. dhg.

2. Wasserforum International in Hof:

Komplexität des Marktes

Gemeinsam mit der Bayern Innovativ GmbH und dem Umweltcluster Bayern veranstaltete das Projekt Technologietransfer Wasser (TTW), 1999 im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (StMUGV) zur Unterstützung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich Wasserwirtschaft entwickelt, zum zweiten Mal das Wasserforum International in Hof. 160 Teilnehmer verfolgten die praxisrelevanten Vorträge, informierten sich auf der begleitenden Fachausstellung und tauschten Erfahrungen aus.

Das 2. Wasserforum International zeigte die Komplexität des internationalen Wassermarktes auf. Funktionierende nationale und internationale Netzwerke gehören unbestritten zu den wichtigsten Instrumenten, um Markterfolg und integriertes Wasserressourcenmanagement miteinander zu verbinden.

Viele Partner

Bei der Eröffnung des Wasserforums verwies Umweltstaatssekretär Dr. Marcel Huber darauf, dass in Bayern die Weichen für nachhaltiges Wirtschaften auf dem Wassersektor nicht erst seit der Agenda 21 gestellt sind. Wasserpolitik werde von vielen Partnern mit Leben erfüllt: von den Städten und Gemeinden, von der Industrie und den Dienstleistern, von Bildungs- und Forschungseinrichtungen und nicht zuletzt von der bayerischen Wasserwirtschaftsverwaltung.

Anerkannte Erfolge

„Unsere Erfolge in der Wasserpolitik sind international anerkannt und basieren auf der integralen Betrachtungsweise und angepassten technologischen Lösungen. Dies gilt für die Trinkwasserversorgung und den Gewässerschutz ebenso wie für den Hochwasserschutz und die Gewässerökologie“, fuhr Huber fort. Damit wecke der Freistaat auch Zielvorstellungen, Bedarfsbewusstsein und Motivati-

on bei ausländischen Partnern. Ein Beispiel dafür sei die berufliche Fortbildung im Bereich Abwasserbehandlung. Sie finde in Bayern über Klärwerksnachbarschaften statt, bei denen die kommunalen Entsorger vom Angebot eines Fachverbandes und vom gegenseitigen Erfahrungsaustausch profitierten. Dieses Modell sei auf Wunsch Polens dort mit bayerischer Hilfe regelrecht kopiert worden.

Umweltpartnerschaften

Das Bayerische Umweltministerium unterhalte Beziehungen zu Regionen und Staaten in der ganzen Welt. Schwerpunkte der internationalen Zusammenarbeit seien der Transfer von Know-how und die Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung. Darüber hinaus bestünden speziell auf die Wasserwirtschaft zugeschnittene Umweltpartnerschaften z. B. mit Rumänien, Slowenien, Polen, Weißrussland und Brasilien.

Maßgeschneiderte Lösungen

Als Beispiel für einen gelungenen Wissens- und Technologietransfer nannte Huber in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit dem brasilianischen Bundesstaat Pernambuco, wo maßgeschneiderte Lösungen zur Wasseraufbereitung gemeinsam mit bayerischen Experten entwickelt wurden. Das Wasserforum International bezeichnete der Minister als ideale Plattform für Wirtschaft,

Wissenschaft und staatliche Verwaltung, um die bestehenden Kontaktnetze enger zu knüpfen.

Ministerialrat Georg Reichl, Referatsleiter Außenwirtschaft im bayerischen Wirtschaftsministerium, hob die Bedeutung der bayerischen Außenwirtschaft mit einer Exportquote von etwa 47 Prozent hervor. Die außenwirtschaftliche Aktivität und Kompetenz der Umweltunternehmen hätten großen Anteil. Aktive Wirtschaftsunterstützung leiste der Freistaat mit verschiedenen Instrumenten, Partnerschaften und Kooperationen, z. B. Delegations- und Unternehmerreisen, Messebeteiligungen und Fachseminaren.

Schlüsselement IWRM

Charlotte van der Schaaf, Politikberaterin im Bereich Wasser der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GTZ, stellte das integrierte Wasserressourcenmanagement (IWRM) vor. Es ist Schlüsselement der nationalen Wasserpolitik und wichtiger Bestandteil einer koordinierten Entwicklung unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit. IWRM stelle die Grundlage für das internationale Engagement Deutschlands im Wassersektor in Schwellen- und Entwicklungsländern dar.

Hauptaufgaben

Ministerialdirigent Dr.-Ing. Martin Grambow sensibilisierte seinerseits die Zuhörer für die Defizite im internationalen Wassersektor. Als Hauptaufgaben stellte Grambow die stärkere Zusammenarbeit einzelner Netzwerke und die international stärkere Einbringung des Know-hows bayerischer Firmen zur nachhaltigen Nutzung der Wasserressourcen heraus. In

Bayern ist IWRM bereits wasserwirtschaftliche Praxis; dieses Wissen soll international verfügbar werden. In Mitteleuropa werde die EU-Wasserriahmrichtlinie dem integrierten Ansatz vorbildlich gerecht.

Vorbildwirkung

Wie Studenten der Universität der Bundeswehr München an das integrierte Wasserressourcenmanagement herangeführt werden, stellte Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Günthert vor. Besonders ausländische Studenten tragen die nachhaltigen Ansätze in ihre Heimatländer und halten enge Beziehungen zur bayerischen Wasserwirtschaft aufrecht. Was das Bayerische Landesamt für Umwelt an Basis- und Forschungsleistungen bietet, präsentierten Dr. Friedrich Seyler und Dr. Andreas Hoffmann. Bei Forschungsprojekten im Trink- und Abwasserbereich werden Technologien für die praktische Anwendung in Bayern optimiert. Die eingesetzten Technologien und Anlagen haben oft internationale Vorbildwirkung.

Chancen und Risiken

Gunda Röstel, Geschäftsführerin der Gelsenwasser AG, schilderte wiederum die Chancen und Risiken für Betreiberfirmen im internationalen Bereich an Beispielen aus Tschechien und Kasachstan. Es wurde deutlich, dass aufgrund verschiedener Unwägbarkeiten und Probleme momentan kaum deutsche Betreiber im internationalen Bereich tätig sind.

In weiteren Referaten berichteten bayerische Consultants, Dienstleister und Zulieferfirmen schließlich über ihre Projekterfahrungen in Belarus,

„Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft 2008“:

Vorbildliche Werte

Bundesregierung setzt auf Eigeninitiative und Benchmarking

Zum zweiten Mal nach 2006 haben führende Wasserwirtschaftsverbände dem Bundeswirtschaftsministerium ein umfangreiches Gesamtbild der Leistungen und Standards der deutschen Wasserwirtschaft vorgelegt.

Das neue „Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft 2008“ zeigt, dass sie ihren Leistungsstandard und ihre wirtschaftliche Effizienz weiter steigern konnte. Die Zufriedenheit der Kunden wuchs, zudem erreichten die Versorgung mit Trinkwasser und die Abwasserbeseitigung im internationalen Vergleich vorbildliche Werte.

Wie Peter Hintze, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, betonte, setzt die Bundesregierung bei der Modernisierung der Wasserwirtschaft auf die Eigeninitiative der Unternehmen und auf Benchmarking. Es sei sehr erfreulich, dass die Zahl der Benchmarking-Projekte sowohl bundesweit als auch in den Regionen stark zugenommen habe. Nach Angaben der Verbände beteiligten sich 750 Unternehmen der Trinkwasserversorgung und 1.300 Unternehmen der Abwasserbeseitigung an den Projekten. Das bedeute im Vergleich zu 2005 einen Zuwachs von 15 Prozent. Verglichen wurden sowohl einzelne Kennziffern als auch gesamte Unternehmen oder Sparten. Außerdem wurden Prozesse analysiert, um Verbesserungspotentiale zu erschließen.

„Rund sieben Milliarden Euro investierte die deutsche Wasserwirtschaft 2006 in die Infrastruktur“, betonten die Verbände. Die Branche sei damit ein bedeutender beschäftigungs- und umweltpolitischer Motor für den Mittelstand. Im europäischen Vergleich weise Deutschland eine hohe Qualität der Leitungsnetze auf und habe die geringsten Wasserverluste beim Transport zu den Verbrauchern. „Die Verluste konnten seit 1998 nochmals gesenkt werden von rund acht auf knapp sieben Prozent des Brutto-Wasseraufkommens.“ Dies sei der mit Abstand niedrigste Wert in Europa. Auch bei der Abwasserbeseitigung liege Deutschland mit einem Anschlussgrad von 96 Prozent an das öffentliche Kanalnetz im europäischen Spitzenfeld. Das Kanalnetz sei seit 2001 um rund sechs Prozent auf eine Länge von 515.000 Kilometern ausgebaut worden. **DK**

Kroatien, Angola, Kuba, Venezuela und den Vereinigten Emiraten. Der internationale Wassersektor verfügt über ein großes Marktpotenzial und ist insbesondere unter Beachtung

des Klimawandels eine Herausforderung. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen deshalb angepasste Technologien für ein integriertes Wasserressourcenmanagement. **DK**

Gewässerschutz vervielfachen:

Multiplikatoren für Abwasserreinigung

LfU und DWA schulen Multiplikatoren der Kanal- und Kläranlagennachbarschaften

Gewässerschutz vervielfachen war Ziel einer zweitägigen Multiplikatorenschulung am Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU). „Selbst die beste Kläranlagentechnik funktioniert nur so gut, wie sie bedient wird“, betonten LfU-Präsident Prof. Dr.-Ing. Albert Göttle und der Vorsitzende des Bayerischen DWA-Landesverbands Prof. Dr. Wolfgang Günthert eindringlich. „Deshalb engagieren wir uns seit Jahrzehnten in der Fortbildung von Multiplikatoren.“

Ihr Wissen geben die Multiplikatoren dann bei den sogenannten Nachbarschaftstagen weiter, an denen die Mitarbeiter benachbarter Kläranlagen zusammen kommen. Die neuesten rechtlichen und technischen Entwicklungen zu kennen, ist dabei für die Kläranlagen-Mitarbeiter ebenso wichtig wie der Erfahrungsaustausch und praktische Nachbarschaftshilfe untereinander. So können auftretende Probleme oft rasch und unkompliziert gelöst werden. Göttle: „Dabei gewinnen alle – vor allem der Gewässerschutz.“

Fortbildung

Die Kanal- und Kläranlagen-Nachbarschaften wurden in den 1970er Jahren von der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) ins Leben gerufen. Seit damals beteiligt sich auch das LfU und dessen Vorläuferbehörde an der Fortbildung der so genannten Lehrer: Sie alle sind erfahrene Fachleute, meist

Betriebsleiter von Abwasseranlagen oder Fachleute aus der Wasserwirtschaftsverwaltung. Jeder dieser Lehrer schult die Mitarbeiter von etwa 20 Kläranlagen an zwei bis drei Nachbarschaftstagen im Jahr. Dabei können die Teilnehmer auch über praxisnahe Probleme diskutieren und sich gegenseitig Tipps geben.

Nachbarschaften

Die Nachbarschaften sind freiwillige Zusammenschlüsse ohne besondere Rechtsform, die sich an den Landkreiszugängen orientieren. In Bayern gibt es knapp 100 dieser Nachbarschaften, die Leitung liegt beim LfU. Mehr als 5.000 Teilnehmer bayerischer Kläranlagen besuchen jedes Jahr die Nachbarschaftstage im Freistaat.

Die Fakten

- Im Freistaat reinigen rund 2.800 kommunale Kläranlagen im Jahr mehr als anderthalb

Milliarden Kubikmeter Abwasser – das entspricht etwa der Wassermenge des Ammersees. Über 85 Prozent des bayerischen Abwassers werden in 373 großen Kläranlagen gereinigt.

- 95 Prozent der rund zwölf Millionen Einwohner Bayerns sind an kommunale Kläranlagen angeschlossen. Jeder Einwohner produziert täglich durchschnittlich 130 Liter Abwasser im Haushalt. Die größten Anteile entfallen auf Baden und Duschen, Toilettenspülung und Wäschewaschen.

- Eine der wesentlichsten Belastungen sind organische Schmutzstoffe, denn sie belasten den Sauerstoffhaushalt der Gewässer und sind für die Gewässerökologie schädlich. Mikroorganismen bauen diese Stoffe in der biologischen Klärstufe zu über 90 Prozent ab. In den großen Kläranlagen muss zusätzlich eine dritte Reinigungsstufe zur Entfernung der Nährstoffe vorhanden sein. Dabei werden fast 90 Prozent der Phosphate und drei Viertel des Stickstoffs in den Kläranlagen aus dem Abwasser entfernt.

- Über den aktuellen Leistungsstand bei der Abwasserreinigung und die Entwicklungen informiert der jährliche Leistungsvergleich der DWA. □



Er braucht Wärme.
Und das auch noch
in 70 Jahren.

Geben Sie ihm Behaglichkeit mit Zukunft. Energie aus AQUA SOLEA steht uns auch in 100.000 Jahren noch zur Verfügung – vorsichtig geschätzt. Somit haben Sie es auch morgen und übermorgen immer schön warm. Mehr über Energie für die Ewigkeit siehe: www.aqua-solea.com

Energie von AQUA SOLEA exklusiv bei:



AQUA SOLEA
ENERGIE FÜR EIN GUTES KLIMA.

„Wilo EMU Wassertage“ am Adlersberg:

Neueste Technologien

Dreitägige Fachtagung zur Wasser- und Abwasserwirtschaft mit über 400 Teilnehmern

Über 400 Teilnehmer fanden sich zu den „Wilo EMU Wassertagen“, einer hochkarätigen, dreitägigen Fachtagung zur Wasser- und Abwasserwirtschaft am bayerischen Adlersberg in der Nähe von Regensburg ein. Im Mittelpunkt standen die aktuellen technischen und rechtlichen Anforderungen an die kommunale Wasserver- und Abwasserentsorgung. Mehr als 20 namhafte Referenten informierten Entscheidungsträger aus Planungs- und Ingenieurbüros, Kommunen und Stadtwerken sowie Klärwerken über die neuesten Technologien und Entwicklungen. Begleitet wurden die „Wilo EMU Wassertage“ von einer Ausstellung, in der die WILU EMU GmbH, Hof, moderne Pumpen und Systeme für die öffentliche Wasserversorgung, Aufbereitungstechnik, Abwasserbehandlung und Klärwerkstechnik präsentierte.

Tag eins stand dabei im Zeichen von Technologien zur Reinwassergewinnung. Die Planung und Projektierung von Druckbehälterpumpwerken stand im Mittelpunkt des Vortrages von Michael Reißnecker vom Ingenieurbüro HR Hausmann und Rieger (Buch am Erlbach). Reißnecker verwies darauf, dass sich durch eine bedarfsorientierte Auslegung mit optimierten Pumpenwirkungsgraden erhebliche Stromkosteneinsparungen erzielen lassen.

CO2-Einsparpotenziale

Mario Hübner, Produktmanager bei der WILU EMU GmbH, Hof, verwies vor allem auf die erheblichen CO2-Einsparpotenziale energieeffizienter Pumpenantriebe und die Bedeutung der Lebenszykluskosten bei der Betrachtung der Gesamtwirtschaftlichkeit. Schließlich habe die Förderung von Grundwasser aus Brunnen bei der Trinkwasserversorgung mit bundesweit etwa 25.000 Anlagen und einem

Anteil von 64 Prozent an der gesamten öffentlichen Trinkwasserversorgung den höchsten Stellenwert.

Entscheidungshilfen

Der zweite Tag wendete sich vor allem an die technischen Verantwortlichen in der Abwasserwirtschaft. Dabei lieferte Rainer Hämmelmann von der Petter Ingenieure GmbH (Neumarkt i. d. Opf.) Entscheidungshilfen für die Wahl des Entwässerungssystems. Hier unterscheidet man laut Hämmelmann grundsätzlich zwischen Mischsystem und Trennsystem. Während beim Mischsystem ein gemeinsamer Kanal für häusliches, gewerbliches und industrielles Schmutzwasser sowie Niederschlagswasser genutzt wird, kommen beim Trennsystem zwei getrennte Kanäle für Schmutzwasser und Regenwasser zum Einsatz. Ausschlaggebend für die Wahl eines Mischsystems könnten dabei vor allem eine große Entfernung zu

Gewässern, ein gutes Gefälle, beengte Bauverhältnisse oder ein hoher Anteil an behandlungsbedürftigem Niederschlagswasser sein. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, seien Trennsysteme die bessere Wahl.

„Das perfekte Pumpwerk“

Mit „Jein“ beantwortete Christian Geusch vom Ingenieurbüro Trummer-TerraPlan (Neutraubling) anschließend die Frage, ob es „das perfekte Pumpwerk“ gebe, denn zu verschiedenen seien die Aufgabenstellungen bei Neubau oder Sanierung einer Pumpstation. Anhand konkreter Vergleichsrechnungen bei Investitionskosten und Betriebskosten wies Geusch nach, dass ein trocken aufgestelltes Pumpwerk mit Keller und Hochbau inklusive Kompressor zwar in den Anschaffungskosten teurer ist als nass aufgestellte Lösungen, die Gesamtkosten jedoch durch eingesparte Personalkosten durchaus vergleichbar oder sogar niedriger sein können.

Funk- und Steuerungstechnologien

Den neuesten Stand beim Einsatz von Funk- und Steuerungstechnologien in der Abwasserwirtschaft erläuterte Reinhard Lenz, PANASONIC ELECTRIC Works (Holzkirchen). Eine interessante Alternative für die Anbindung von

Pumpenanlagen in geringer Entfernung zur Zentrale oder beispielsweise auch für Rechen in Klärwerken ist nach seiner Darstellung die GPRS-Technologie mittels D1- oder D2-Netz. Bei Außenanlagen, die über keinen Providereingang verfügen, könne demgegenüber die Zeitschlitztechnik mit eigener Infrastruktur für die Datenübertragung zum Einsatz kommen. Auf Basis dieser beiden Technologien seien – je nach Gegebenheiten – komplette Fernwirkssysteme mit Pumpenregelung für Kläranlagen, Regenrückhaltebecken oder Abwasser-Pumpstationen realisierbar.

Klärschlammverwertung

Möglichkeiten zur Erzeugung von thermischer und elektrischer Energie durch dezentrale Klärschlammverwertung zeigte Rudolf Bogner von der Hans Huber AG (Berching) auf. Beim von ihm präsentierten „sludge2energy“-Verfahren handelt es sich um eine günstige und innovative Entsorgungsvariante. Sie erfordert keine Transportwege, ermöglicht die Verwertung weiterer kommunaler Abfälle und bietet durch die Entsorgung in eigener Obhut sowie die gleichzeitige Nutzung von Wärme und Strom kalkulierbare Kosten.

„Iotecotec“-Verfahren

Konzepte und verfahrenstechnische Lösungen für eine wirtschaftliche Schlammentsorgung stellte wiederum Claudia Scharnagl vom ibs Ingenieurbüro C. Scharnagl (Regensburg) vor. Ein zukunftsweisendes Projekt könne dabei die Energiegewinnung aus Klärschlamm mit dem „Iotecotec“-Verfahren (low temperature conversion technique) sein. Hier werden durch die so genannte Niedertemperaturkonvertierung aus Klärschlamm und anderen Biomassen Energieträger und Rohstoffe gewonnen. Dadurch, dass diese zu einem großen Teil für den Eigenbedarf erzeugt werden, entfallen erhebliche Transportwege und damit CO2-Emissionen, so Scharnagl.

Klimawandel und Wasserangebot

Die Herausforderungen der kommunalen Wasserwirtschaft standen im Zentrum des dritten Veranstaltungstages. Einem besonders wichtigen Aspekt widmete sich Hans G. Huber, Vorstand der Hans Huber AG. Thema seines Vortrages war der Einfluss des Klimawandels auf das Wasserangebot. Dabei machte er deutlich, dass Schätzungen zufolge nur 2,5 Prozent der weltweiten Wasservorkommen Süßwasser seien. Weniger als ein Prozent dieser Süßwasserreserven könnten jedoch vom Menschen nutzbar gemacht werden. Die größten Defizite bei der Versorgung bestünden in asiatischen und afrikanischen Ländern, wo 63 bzw. 28 Prozent der Bevölkerung nicht ausreichend mit frischem Trinkwasser versorgt werden können.

Aufbereitung von Abwasser

Weltweit hätten rund 1,3 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser. Angesichts stetig wachsender Bevölkerungszahlen und zunehmender Urbanisierung sei der Trinkwasserbedarf gleichwohl weiter steigend. Parallel nehme aber aufgrund des Klimawandels der Anteil der nutzbaren Süßwasserressourcen immer mehr ab, so Huber. Ursachen seien das Versiegen von Flüssen und Seen oder auch das Abschmelzen der Gletscher. Daher werde die Aufbereitung von Abwasser zu einer der wichtigsten



Bedienung im LKW.

MOBIWORX auf der IFAT 2008:

Ganzheitliche mobile Telematiklösung

Raubling / München. Die MOBIWORX Telematik GmbH präsentiert auf der Umwelttechnik-Fachmesse IFAT 2008 eine weiterentwickelte, mobile Telematiklösung, die zahlreiche Geschäftsabläufe im Straßen-, Bau-, Umwelt- und Transportwesen und verwandten Branchen automatisiert. „Handschriftliche Notizen und Abtippen gehören jedenfalls bald in die Vergangenheit“, kündigt MOBIWORX-Geschäftsführer Jürgen Potocnik eine neue Lösung im Marktsegment der industriellen Handhelds an. MOBIWORX stellt vom 5. bis 9. Mai auf der IFAT in München aus (Halle B4, Stand 406/1).

„Dieses Messe-Highlight ist mehr als nur ein neues Produkt“, sagt Jürgen Potocnik, der das Telematik-Unternehmen aus Raubling bei Rosenheim 2000 gegründet hat. „Nach einem Jahr harter Entwicklung sind wir nun stolz darauf, eine wirklich ganzheitliche Komplettlösung vorstellen zu können. Die Lösung ist in sich richtig schlüssig, so dass wir sie selbst für unseren Aussendienst einsetzen werden.“

Mobidat-Informationen

Darüber hinaus nutzt MOBIWORX die Messe, um über den aktuellen Stand der bereits in ganz Deutschland verbreiteten Telematiklösung Mobidat zu informieren. So wurden in jüngster Zeit die Stationierungsdaten der baden-württembergischen Straßenbauverwaltung mit dem System verknüpft, so dass Anwender jetzt ihre Leistungen bezogen auf den Netzknotenabschnitt digital dar-

stellen und abrechnen können. Das Telematiksystem „Mobidat smart“ ermöglicht die vollautomatische Erfassung von Fahrzeug- und Einsatzdaten im Straßen- und Winterdienst und ähnlichen Anwendungsgebieten. Durch die Kombination von Bordrechner, Bedienteil, Mobilfunk und Mobidat-Internetplattform können ebenfalls komplette Geschäftsprozesse vereinfacht und zuverlässig automatisiert werden.

Patentiertes System

Das patentierte Mobidat-Telematiksystem bietet neben den Konfigurationen für den privaten und öffentlichen Straßen- und Winterdienst auch Lösungen für Flottenmanagement, Transport-, Logistik- und Außendienstgeschäfte, Flughäfen, Ver- und Entsorgung, Baugewerbe und Landwirtschaft, Rettungsdienste, Katastrophen- und Umweltschutz.

Herausforderungen für die Sicherung der zukünftigen Wasserversorgung weltweit.

Wassermanagement

Dass der Klimawandel auch vor der eigenen Haustür neue Herausforderungen mit sich bringt, verdeutlichte Rudolf Metzka von der FH Deggendorf. Denn umfangreiche demographische, wirtschaftliche und klimatische Veränderungen in den vergangenen Dekaden hätten dazu geführt, dass die Struk-

turen der Wasserversorgung im Bayerischen Wald nicht mehr zeitgemäß sind. Metzka stellte Ideen für ein integriertes Wassermanagement für den Bayerischen Wald vor, mit denen sich eine nachhaltige Bewirtschaftung der Lebensressource Wasser im ostbayerischen Raum ermöglichen lässt. Dafür müssten technische, wirtschaftliche und organisatorische Umstrukturierungen ineinander greifen. Es sei notwendig, ein öffentliches Bewusstsein für Umweltschutz und Nachhaltigkeit zu fördern. DK

Herzlichen Glückwunsch



Bayern hat gewählt. Die N-ERGIE Aktiengesellschaft gratuliert allen neuen und wieder gewählten Oberbürgermeistern, Bürgermeisterinnen und Landräten im Versorgungsgebiet. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg im Amt und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit.

www.n-ergie.de

N-ERGIE
Spürbar näher.

Erfassung Übermittlung Auswertung



Starten Sie durch, mit effizienter Betriebsdatenerfassung.

Profitieren Sie von der nutzenbringenden Auswertesoftware. Erstellen Sie verständliche Analysen und Tourenverfolgungen auf Knopfdruck.

Tel. 0 80 35/9 64 63-0 · www.mobiorx.de

Merkmale von MOBIWORX:

- ✓ Störungsfreier Dauerbetrieb
- ✓ Einfachste Anwendung
- ✓ Kundenspezifische Auswertungen
- ✓ Weiterverarbeitung der Daten
- ✓ Erfassung sämtlicher Anbaugeräte
- ✓ Günstige drahtlose Datenübertragung
- ✓ Patentgeschütztes System



Jetzt testen!

Besuchen Sie uns auf der IFAT 2008. B4.406/1

Naturfreibad Fischach vor der Eröffnung

Ab Juni neues Freizeitvergnügen
Eigene Wasserwacht gegründet

Auch wenn die schon weit fortgeschrittenen Arbeiten am neuen Naturfreibad in Fischach derzeit witterungsbedingt noch ruhen: hinter den Kulissen laufen die Vorbereitungen für die Eröffnung auf vollen Touren. Bereits im Juni soll das neue Freizeitvergnügen auf dem Gelände südlich der Staudenlandhalle seine Pforten öffnen.

Bis es in wenigen Monaten allerdings soweit ist, müssen noch einige organisatorische Rahmenbedingungen geschaffen werden. Ein ganz wichtiger Punkt ist die Sicherheit der künftigen Badegäste. Die Wasserfläche von rund 2400 Quadratmetern, so Bürgermeister Josef Fischer, mache die Gründung einer eigenen Wasserwacht für das Naturfreibad erforderlich.

Eigener Fachdienst

Zu diesem Zweck haben die beiden Rot-Kreuz-Bereitschaften Fischach und Langenneufnach einen gemeinsamen „Fachdienst Wasserwacht Stauden“ ins Leben gerufen. In dieser Form ein Novum, weil beim Bayerischen Roten Kreuz die

Wasserwacht kommen bei Badebetrieb an den Wochenenden zum Einsatz, wenn mit dem größten Ansturm der Badegäste gerechnet wird. Sie unterstützen den hauptamtlichen Bademeister.

Wasserwachtstation

Ihr Quartier beziehen die künftigen Wasserwächter im Versorgungsgebäude, das nahezu fertig gestellt ist. Neben dem Stützpunkt der Wasserwacht (mit Behandlungsplatz und Materiallager) sind hier auch der Bademeister, die sanitären Anlagen, die Umkleieräume, die Kasse und ein Kiosk untergebracht. Die Wasserwachtstation grenzt unmittelbar an das Zufahrtstor für Rettungsfahrzeuge, so dass im Notfall der rasche



Schon weit gediehen ist das neue Naturfreibad in Fischach. Im Juni wird es eröffnet. Um die Sicherheit der Badegäste kümmert sich dann der „Fachdienst Wasserwacht Stauden“ mit Sven Schmid (rechts) an der Spitze. Mit auf dem Bild sind Gerald Eichinger (links), der Leiter der BRK-Bereitschaft Langenneufnach, und Fischachs Bürgermeister Josef Fischer (Mitte).
Text und Bild: Walter Kleber

Bereitschaften, das Jugendrotkreuz, die Wasserwachten und die Bergwacht in aller Regel rechtlich eigenständige Gruppierungen mit eigenen Leitungsstrukturen sind.

Die Leitung des Fachdienstes teilen sich die beiden BRK-Bereitschaften paritätisch. Ihr Chef und Sprecher ist der 33-jährige Sven Schmid (Mickhausen), seit 1996 im Hauptberuf Rettungssassistent in der Rettungswache Langenneufnach und seit 1985 Mitglied der dortigen BRK-Bereitschaft. Ihm zur Seite stehen Sonja Egger, Stefanie Gleich und Michael Kramer.

19 Männer und Frauen – 14 aus den Reihen des BRK und fünf Nichtmitglieder – haben sich bereits für den ehrenamtlichen Wasserwachtdienst im neuen Fischacher Naturfreibad gemeldet. In den kommenden Wochen beginnt für sie die Ausbildung. Gefordert werden eine abgeschlossene Sanitätsausbildung und der Rettungsschwimmerschein in Silber.

Freiwillige Helfer ab 16 Jahren gesucht

Der bisherige Personalstand, so Fachdienstleiter Sven Schmid, reiche für einen ordnungsgemäßen Badebetrieb allerdings noch nicht aus: „Wir suchen noch weitere freiwillige Helfer ab 16 Jahren.“ Infos gibt's bei Sven Schmid, Telefon (08204) 298966.

Die Ausbildung ist kostenlos, alle Kosten werden vom BRK übernommen. Die Helfer der



Mit modifizierten Arbeitsschritten und speziell von D&S entwickelten Werkzeugen lässt sich das Montageverfahren noch schneller und flexibler anwenden. Foto: Diringer & Scheidel

D&S entwickelt Montageverfahren weiter:

Flexibel und präzise

Mit modernen und wirtschaftlichen Technologien rund um das Thema Leitungssanierung präsentierte sich die DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG GmbH & Co. KG auf dem 22. Oldenburger Rohrleitungsforum. Sie reichen vom Compact Pipe-Verfahren über die Zementmörtelaukleidung, Gewebeschlauch-Relining, Swagelining, Rohrrelining, den CityLiner als einzige mobile Tränkefabrik, die Robotertechnik, Grundleitungssanierung bis hin zu Bestverfahren und Handsanierung sowie Hutstützen für den Hausanschlussbereich.

Darüber hinaus haben die Sanierungsprofis das Montageverfahren gezielt weiterentwickelt. Eine verfeinerte Technik und modernste Werkzeuge tragen dazu bei, dass das bewährte Verfahren flexibel und präzise eingesetzt werden kann.

Von der Vielfalt und Leistungsstärke der D&S-Produktpalette profitiert der Auftraggeber: Das Unternehmen bietet als einer der wenigen Hersteller ein komplettes Programm an Sanierungstechniken, mit dem sich individuelle technisch ausgefeilte und wirtschaftliche Baulösungen realisieren lassen. Und das mit Brief und Siegel: Die DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG ist nach DIN EN ISO 2001:9000 zertifiziert und führt verschiedene Gütezeichen der Beurteilungsgruppe S sowie DVGW-Zertifikate. Zudem ist das Unternehmen langjähriges Mitglied in der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA), dem Rohrleitungssanierungsverband (RSV) sowie der German Society for Trenchless Technology e.V. (GSTT).

Nachfrage erhöht

Montage- bzw. Auskleidungsverfahren eignen sich hervorragend für die Instandsetzung von begehbaren Abwasserkanälen. Beim sog. Montageverfahren werden Rohrsegmente oder Sonderprofilsegmente wie zum Beispiel Ei-, Kasten- oder Drachenprofile als Vollmodul bzw. geteiltes Element über Baugruben in den zu sanierenden Kanal eingebracht und dort mit Hilfe von Montagehilfen montiert. Nach Lagesicherung des Rohrstranges wird der Ringspalt mit hochfließfähigem Dämmverfüllungsmittel gefüllt. Zum Einsatz kommen Rohrwerkstoffe wie glasfaserverstärktes Polyesterharz (GFK), Polyethylen (PE-HD) oder Polymerbeton.

D&S-Geschäftsführer Dipl.-Ing. (FH) Jochen Bärreis bescheinigt dem bewährten Sanierungsverfahren hohes technisches und wirtschaftliches Potenzial. „Seit geraumer Zeit stellen wir im Markt eine erhöhte Nachfrage an Verfahren fest, welche die Risiken und kostenaufwändigen Um-

pumparbeiten minimieren“, so Bärreis. Darauf hat das Unternehmen reagiert: Verfahrensschritte wurden modifiziert und spezielle Werkzeuge für die individuellen Einbausituationen entwickelt. Damit lassen sich Sanierungsmaßnahmen, bei denen das Mon-

Staatsbäder im Aufwärtstrend

Die bayerischen Staatsbäder sind im Aufwärtstrend, bewertete Finanzstaatssekretär Georg Fahrenschon die Bilanz der bayerischen Staatsbäder für das Jahr 2007. Alle fünf bayerischen Staatsbäder Bad Kissingen, Bad Reichenhall, Bad Steben, Bad Brückenau und Bad Bocklet konnten sich zum zweiten Mal in Folge über steigende Gästeankünfte freuen. Auch die Übernachtungszahlen ziehen an, teilte Fahrenschon mit.

Die unterschiedlich starke Entwicklung von Gästeankünften und Übernachtungszahlen spiegelt, so Fahrenschon, den sich immer weiter verstärkenden Trend zum Kurz- und Mehrfachurlaub wieder. Zudem lasse sich aus diesen Zahlen eine große Markenbekanntheit und eine hohe Reputation der Bayerischen Staatsbäder bei gesundheitsorientierten Gästen ableiten.

Fahrenschon erinnerte daran, dass die bayerischen Staatsbäder infolge der Auswirkungen der verschiedenen Gesundheitsreformen seit Beginn der 90er Jahre zunehmend defizitär gewor-

den seien. Die vom Freistaat zur Bewältigung des Strukturwandels im Gesundheitswesen in den letzten zehn Jahren aufgewendeten Haushaltsmittel bezifferte Fahrenschon auf 180 Millionen Euro. In diesem Umfang konnten Gelder zweckgebunden für die bayerischen Staatsbäder zur Verfügung gestellt und beispielsweise die Therapie Bad Steben, der RupertusTherme in Bad Reichenhall oder das VitalSpa in Bad Brückenau errichtet, in Bad Kissingen der Regentenbau mit seinem einzigartigen Konzertsaal generalsaniert sowie die Heilbadlandschaft KissSalis bezuschusst werden. Weitere Projekte seien aktuell in der Umsetzungsphase, wie beispielsweise die Sanierung der Remise und die Integration eines Parkdecks in Bad Brückenau oder die Neuordnung der Staatsbadliegenschaften in Bad Kissingen.

Beständiger Motor

Fahrenschon zeigte sich erfreut darüber, dass die beachtlichen Anstrengungen des Freistaates in der zurückliegenden, haushaltstechnisch sehr schwierigen Periode nun erkennbar Früchte tragen würden und erinnerte daran, dass die fünf bayerischen Staatsbäder rund 4,2 Prozent der Gesamtübernachtungen in Bayern generieren und somit einen beständigen Motor in der bundesdeutschen Bäderlandschaft bilden würden. □

Beständiger Motor

In neuer Umgebung

Weitere Neuerungen wird die DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG auf der IFAT 2008 in München präsentieren. Wichtig für die Besucher: Der D&S-Messestand befindet sich erstmals in Halle B 5 (Stand 221/322). □

LEW
Lechwerke

Eine Idee von LEW: Der Energiespar-Check

Mit dem LEW-Energiespar-Check vermeiden Sie Energieverluste. Und sparen bares Geld. Informieren Sie sich einfach im Internet.



Wir helfen Ihnen, Energie zu sparen und Ihren Geldbeutel zu schonen. Unseren Energiespar-Check und weitere Energiespar-Tipps finden Sie im Internet unter www.eine-idee-von-lew.de

RWE Group

Sport StadiaNet GmbH:

Kommunales PPP-Konzept schafft Spielräume

Anschaffung und Betrieb moderner Sportanlagen zu günstigen Rahmenbedingungen
Lösungen aus einer Hand

Neue Handlungsspielräume für Kommunen - auch für kleinere Investitionsprojekte schon unter einer halben Million Euro - eröffnet das Düsseldorfer Unternehmen Sport StadiaNet GmbH (SSN). Wie Thomas F. J. Voss, Leiter Gesamtvertrieb SSN und Sigisbert Gottwald, Vertriebsleiter Region Bayern, bei einem Gespräch mit der GZ erläuterten, hat sich die 2004 von Deutschen, Schweizer und US-Investoren gegründete und europaweit tätige Sport StadiaNet Group zum Ziel gesetzt, „Gemeinden und Vereinen die Anschaffung und den Betrieb moderner Sportanlagen zu günstigen Rahmenbedingungen zu ermöglichen und die Projekte rasch, kostengünstig und unkompliziert zu realisieren“.

Das Problem ist bekannt: Kommunen und Vereine, zum größten Teil die Träger von Sportstätten, sind in finanziellen Nöten. Investitionen im Bereich des Sportstättenbaus werden zugunsten anderer Projekte zurückgestellt. Rund 70 Prozent aller Sportstätten in den alten und etwa 40 Prozent in den neuen Bundesländern sind, so der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) in seiner jüngsten Sportstättenstatistik, aufgrund ihres Alters oder baulicher Mängel nicht optimal nutzbar. Allein für Sportplätze und -hallen ergibt sich daraus ein Investitionsbedarf von 11,9 Mrd. Euro. Nur selten geht es dabei allerdings um den Neubau von Sporthallen. Weitaußer steht im Fokus die dringend notwendige Sanierung und Modernisierung bestehender Sporteinrichtungen, die sich im vergleichsweise niedrigen finanziellen Rahmen bewegt und dennoch von den Trägern nicht zu leisten ist.

Neutraler Generalübernehmer

An diesem Punkt setzt das neue, in Zusammenarbeit mit führenden Wirtschaftsprüfern und -juristen entstandene Modell von Sport StadiaNet an: Als neutraler Generalübernehmer und einziger Vertragspartner kann SSN seinen Kunden auch für kleinere kommunale Vorhaben ab einem Volumen von circa 300.000 Euro ein Leistungspaket offerieren, das von der Finanzierung bis zur Abwicklung der gesamten Baumaßnahme und der anschließenden Wartung der Anlage über die gesamte Laufzeit des Vertrages reicht. Bei der Finanzierung können Eigenkapital und Fördermittel integriert werden.

Beschaffungsmethode

„Somit wird mit unserem Konzept der weit verbreiteten Meinung entgegen gewirkt, PPP lohne sich erst bei Investitionssummen im zweistelligen Millionenbereich“, betonen Voss und Gottwald. In diesem Zusammenhang machten sie deutlich, dass PPP keine Finanzierungsmethode für Kommunen mit finanziellen Nöten ist, sondern eine Beschaffungsmethode darstellt, die über die gesamte Vertragslaufzeit (15, 20, 25 oder 30 Jahre) eine Investition durch professionelle Wartung (Pflege, Instandsetzung und Instandhaltung) nachhaltig in Ihrem Wert erhält (Lebenszyklus). Durch ihre Konzentration ausschließlich auf Sportanlagen und ihre langjährige Planungserfahrung ist die Sport StadiaNet GmbH in der Lage, effiziente und wirtschaftlich günstige Sportanlagen zum vertraglich vereinbarten Festpreis zu erstellen. Dadurch ergeben sich Synergieeffekte.

Mit dem von ihr in Anlehnung an die Initiativen zahlreicher Länderministerien entwickelten und durch den Deutschen Olympischen Sportbund unterstützten Konzept hat die Sport StadiaNet GmbH beispielsweise in der Ge-

traktive Sportanlagen verfügen. Die Sanierung ist sowohl in wirtschaftlicher als auch in sportlicher Hinsicht ein Gewinn für unsere Stadt.“

20 Prozent Einparung

Sport StadiaNet hat das Projekt mit einer Gesamtinvestition von rund 1,3 Mio. Euro gebaut und finanziert. Außerdem übernimmt der Spezialist in Sachen Sportstättenbau über einen Zeitraum von 15 Jahren Wartung und Pflege der Laufbahn im Travestadion sowie des Kunstrasenplatzes im Kurparkstadion.

www.der-flexible-Raum.de
Container · Raummodule · Hallensysteme

meinde Bestensee bei Berlin den Bau einer Zweifeld-Sporthalle umgesetzt. Im Juli 2007 wurde das Gebäude mit einem Kunstrasenplatz und einer Zuschauertribüne feierlich seiner Bestimmung übergeben. Bereits mit der Fertigstellung ging die Halle in das Eigentum der etwa 6.500 Einwohner zählenden Gemeinde über, die dafür über 25 Jahre lang gleich bleibende und für sie tragbare Raten zahlt.

Wartung über die gesamte Laufzeit

Dem Vertragspartner SSN obliegt neben der Finanzierung und der Bauausführung die fachspezifische Wartung der Halle über die gesamte Laufzeit und eine garantierte Bepielbarkeit des Kunstrasenplatzes von bis zu 2.000 Stunden pro Jahr. Da sich die Sport StadiaNet GmbH zur Instandhaltung der Halle verpflichtet, liegt es gerade in ihrem Interesse, die Bauausführung strengstens zu kontrollieren und langlebige, hochwertige Materialien zu verwenden. Um diesbezüglich auf der sicheren Seite zu sein, wird ausschließlich mit renommierten Baufirmen und Architekten zusammen gearbeitet. Die Gewerke werden möglichst nach dem „Regionalprinzip“ vergeben - im Fall Bestensee über 60 Prozent.

Forfaitierung

Nicht nur für die Sporthalle in Bestensee erfolgte die Finanzierung über das inzwischen gängige Forfaitierungsmodell mit kommunalkreditähnlichen Konditionen. Der Unterschied zum Kommunalkredit besteht in der Übernahme der Verantwortung für sämtliche Bauleistungen und aller daraus erwachsenden Risiken durch den Generalübernehmer. Beim Forfaitierungsmodell wird die aus der Realisierung der Maßnahme entstehende Werklohnforderung durch den privaten Partner langfristig gestundet. Die Finanzierung der Baukosten erfolgt, indem das Unternehmen die gestundeten Forderungen an ein Kreditinstitut verkauft, das dann die benötigten Finanzierungsmittel bereitstellt.

Drei Projekte in Hamburg

Auch die Stadt Bad Oldesloe bei Hamburg hat sich für eine Zusammenarbeit mit SSN entschieden: Im August vergangenen Jahres feierte die Kommune die Fertigstellung von gleich drei erneuerten Sportstätten. Kurparkstadion, Travestadion und Grandplatz waren umfänglich saniert worden. Bürgermeister Tassilo von Bary zeigte sich begeistert: „Wir freuen uns sehr, dass wir nun wieder über so at-

geht man in Bad Oldesloe von einer Einparung in Höhe von 20 Prozent aus.“

PPP in Niederkassel

Die Stadt Niederkassel wiederum wird im April dieses Jahres den Sportpark Süd zur Nutzung übernehmen können. Niederkassel ist eine der ersten Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die eine Sportanlage im PPP-Modell errichtet. Der Sportpark wird neu gebaut und mit drei Kunstrasenplätzen, einem modernen Vereinsheim und ansprechenden Außenanlagen ausgestattet sein. Die Sportstätte erhält eine Außenbeleuchtung mit Flutlichtanlage. Das Gesamtinvestitionsvolumen beläuft sich auf 4,7 Mio. Euro.

Individuelle Verträge

Sport StadiaNet übernimmt auch hier neben der Bauausführung die Finanzierung und den Betrieb für eine Laufzeit von 20 Jahren. Dies beinhaltet die Gewährleistungspflege, die Grundreinigung der Sportplätze sowie die Wartung von Gebäude und technischer Ausrüstung des Vereinsheims. Die tägliche Platzpflege erfolgt durch die Stadt. Im Gegenzug entrichtet die Kommune über eine Laufzeit von 20 Jahren eine jährliche Nutzungsgebühr. Bei der Entscheidung war es der Stadt Niederkassel wichtig, dass die lokalen Baufirmen bei der Vergabe der Bauleistungen Berücksichtigung finden. SSN trug dem Rechnung und vergab die Hochbaumaßnahme zum überwiegenden Teil an lokal ansässige Bau-

Über Sport StadiaNet

Die Sport StadiaNet Group ist ein Privatunternehmen, das im Jahre 2004 in der Schweiz gegründet wurde und inzwischen europaweit tätig ist. Sport StadiaNet gilt als Pionier im Segment kleine und mittlere PPP-Maßnahmen im Bereich Sportanlagen. Das Unternehmen hat diesen Markt als Impulsgeber maßgeblich mitgestaltet und ist in diesem Bereich Marktführer.

Sitz der Holding ist die Schweiz. Das Unternehmen wird in der Rechtsform einer AG betrieben. Es ist mit der Sport StadiaNet GmbH vor allem in Deutschland aktiv, deren Sitz in Düsseldorf ist. Niederlassungen gibt es in Hauneck/Bad Hersfeld und Ludwigsburg (Planungsbüro). In fünf weiteren Bundesländern - u. a. in Bayern - gibt es Vertretungen.

Empfohlen wird eine Partnerschaft mit Sport StadiaNet vom Deutschen Olympischen Sportbund; die Firma ist Partner von Tafisa, Landessportbund Hessen, Landessportbund Baden Württemberg und Thüringer Fußballverband e.V. □

den Teil an lokal ansässige Baufirmen. Auch hier steht das SSN-Konzept für Transparenz in der Leistung und absolute Kostensicherheit für die Stadt.

Neue Anlage in Bochum

Von der Stadt Bochum schließlich hat Sport StadiaNet zum Ende des vergangenen Jahres den Zuschlag für ein umfassendes Sportplatz-Projekt erhalten. Die Bauleistungen umfassen die Umwandlung von drei Hartplätzen in Kunstrasenplätze einschließlich der Neuinstallation der Spielfeldbeleuchtungsanlagen. Eine Sportanlage wird eine Sprintbahn inklusive Weit- und Dreisprunganlage erhalten, eine weitere eine Stehstufenanlage. Die Gesamtinvestition beträgt rund 2 Millionen Euro. Die Fertigstellung ist bereits für Ende Mai 2008 geplant. **DK**

Jahre angelegten Dorferneuerungen Altenmünster (Lkr. Augsburg) und Bidingen (Lkr. Ostallgäu), die Flurneueordnung Alerheim III zur Verbesserung der Agrarstruktur und zur ökologischen Aufwertung der Landschaft, aber auch die notwendigen Verfahren im Zusammenhang mit der Umfahrung Dillingens im Rahmen der B 16 und für den Neubau der Staatsstraße 2012 (Umfahrung Sontheim und Autobahnanschluss Erkheim an die A 96).

Oberpfalz 11,5 Mio.

Für die Oberpfalz stehen 11,5 Millionen Euro bereit. Sie kommen der Dorfplatzgestaltung in Lanz (Lkr. Neustadt a.d. Waldnaab) ebenso zugute wie dem dorfgerechten Straßenausbau in Kleinschönbrunn (Lkr. Amberg-Weizbach) und dem Wirtschaftswegebau in Kleinwinklarn (Lkr. Schwandorf). Unterstützt werden auch die kommunalen Allianzen in fast allen Landkreisen. Neu gestartet werden können in diesem Jahr die auf mehrere Jahre angelegte Dorferneuerung Schnaittenbach (Lkr. Amberg-Weizbach) sowie die Flurneueordnungen Chamtal (Lkr. Cham) und Schwarze Lauer (Lkr. Regensburg) zur Verbesserung der Agrarstruktur und zur ökologischen Aufwertung der Landschaft.

Niederbayern 16,5 Mio.

Für Niederbayern sind 16,5 Millionen Euro eingeplant. Sie werden ausgegeben für den Wirtschaftswegebau in Unterried (Lkr. Regen), die Erschließung von Anwesen in Vilsbiburg (Lkr. Passau), die Dorfplatzgestaltung in der Kulisse des sanierten Klosters in Johannesbrunn (Lkr. Landshut) und die strukturelle Entwicklung der Region Obere Ilz (Lkr. Freyung-Grafenau) durch integrierte ländliche Entwicklung. Neu gestartet werden können in diesem Jahr die auf mehrere Jahre angelegte Dorferneuerung in Finsterau (Lkr. Freyung-Grafenau), die Flurneueordnung Landauer Grieswiesen (Lkr. Dingolfing-Landau a. d. Isar) und die Flurneueordnung Prinkofen (Lkr. Landshut), die in Verbindung mit dem Neubau der Bundesstraße 15 steht.

Oberbayern 13,4 Mio.

Oberbayern erhält 13,4 Millionen Euro. Sie werden investiert in den dorfgerechten Straßenausbau in Königsee, ein Bürgerhaus in Steinsdorf (Lkr. Eichstätt), den Wirtschaftswegebau in Oberneukirchen (Lkr. Mühldorf a. Inn) und dem Grunderwerb zur Sicherung weiterer Flächen des Murnauer Moores und des Staffelseemoeres. Neu gestartet werden können in diesem Jahr die auf mehrere Jahre angelegte Dorferneuerungen in Alzgen (Lkr. Altötting) und Kirchdorf (Lkr. Freising), die Flurneueordnungen Engering-Schachen und Petting (beide Lkr. Traunstein) oder auch das Bodenmanagement für FFH-Flächen in Frieding (Lkr. Starnberg). □

117 Millionen Euro für Dörferin ganz Bayern

Minister Josef Miller: „Zusätzlicher Schub für die Ländliche Entwicklung“

Frisches Geld für Bayerns Dörfer: Für Dorferneuerung und Flurneueordnung stehen im Freistaat in diesem Jahr rund 117 Millionen Euro an Fördermitteln von Land, Bund und EU zur Verfügung. Wie Landwirtschaftsminister Josef Miller in München sagte, werden damit im ländlichen Raum Investitionen von annähernd der doppelten Summe ausgelöst. Nach Aussage des Ministers wurden die Zuschüsse bereits Ende vergangenen Jahres deutlich angehoben, gegenüber dem Jahr 2006 beträgt der Anstieg rund 52 Prozent. Die Mittel für die besonders wirksamen Programme der Ländlichen Entwicklung schaffen laut Miller neue Gestaltungsspielräume. Profitieren werden davon die Gemeinden und ihre Bürger, landwirtschaftliche Betriebe und private Investoren. „Wir verleihen damit unserer bewährten Politik für den ländlichen Raum neue Schubkraft“, so der Minister.

Der Betrag wurde laut Miller im Vergleich zum Vorjahr um rund 28 Millionen Euro aufgestockt. Aufgrund der soliden Haushaltspolitik und der überdurchschnittlich guten Wirtschaftsentwicklung im Freistaat hatte die Staatsregierung bereits im vergangenen Jahr die Mittel für die Ländliche Entwicklung deutlich erhöhen können. Zusätzlich fließen nach den Worten des Ministers jährlich weitere drei Millionen Euro in den ländlichen Raum: „Damit werden wir gezielt dazu beitragen, dass unsere Dörfer mit Breitbandtechnologie an die modernen Datenautobahnen angeschlossen werden“, so der Minister.

Mit den Mitteln können laufende Vorhaben rascher abfinanziert werden. Gefördert werden dabei nicht einige wenige Großvorhaben, sondern eine große Vielfalt überwiegend kleinerer Maßnahmen.

Unterfranken 15,9 Mio.

In Unterfranken (15,9 Mio. Euro) reichen sie vom Bau einer Kulturscheune in Hain (Lkr. Schweinfurt) und der Dorfplatzgestaltung in Heinrichsthal (Lkr. Aschaffenburg) über den Rad- und Wirtschaftswegebau in Münnerstadt (Lkr. Bad Kissingen) bis hin zur Sanierung von Weinbergsmauern und -treppen in Erlenbach (Lkr. Miltenberg)

lichen Bedingungen für Landwirte, aber auch Maßnahmen zur touristischen Infrastruktur durch Dorferneuerung und Flurneueordnung in der Kommunalen Allianz Rothenburger Land.

Oberfranken 17 Mio.

Nach Oberfranken gehen 17 Millionen Euro. Sie sind vorgesehen für die Neugestaltung des Marktplatzes in Betzenstein (Lkr. Bayreuth), die Anlage eines Ringwegs für rückwärtige Erschließungen um Spielberg (Lkr. Wunsiedel) und den Wegebau-, Gewässer- und Landespflegemaßnahmen in den zahlreichen Flurneueordnungen wie beispielsweise in Großbirkach (Lkr. Bamberg). Neu gestartet werden können in diesem Jahr die auf mehrere Jahre angelegten Dorferneuerungen Birnbaum-Schlegelshaid (Lkr. Kronach) und Ahlstadt (Lkr. Coburg), die Flurneueordnung im Speichersdorfer Ortsteil Frankenberg sowie die Dorferneuerung und Flurneueordnung in Bruck (Lkr. Hof).

Schwaben 12,7 Mio.

Schwaben erhält 12,7 Millionen Euro. Dort werden u. a. der denkmalgeschützte Kornstadel in Haunsheim (Lkr. Dillingen) saniert, die Dorfplatzgestaltung in Niederrannau (Lkr. Günzburg) und der Alpwegebau im Oberallgäu ebenso unterstützt wie die kommunale Allianz Lech-Wertach in den Landkreisen Augsburg, Landsberg, Ostallgäu und Unterallgäu. Eine Vielzahl von Gemeinden - von Fremdingen im Norden Schwabens bis Bad Hindelang im Süden, von Heimenkirch im Westen bis Schiltberg im Osten - kommen damit in den Genuss der Fördermittel.

Neu gestartet werden können in diesem Jahr die auf mehrere

10. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung:

Stiefkind ländlicher Raum?

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Das Buch der Landentwicklung muss in den wesentlichen Kapiteln neu geschrieben werden“

Es führt kein Weg daran vorbei: Trotz aller offizieller „Bewertungspapiere“ gibt es im Zeichen kraftstrotzender Metropol- und Stadtreionen weiterhin Sorgen und Ängste in den Reihen der Vertreter ländlicher Räume. Selbst da, wo neuer Optimismus aufkommt, nämlich auf Seiten der Landwirtschaft, wächst an anderer Stelle sogleich Skepsis und Furcht vor negativen Veränderungen in der Landschaft nach. Die 10. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung gingen diesen Aspekten kritisch nach und befassten sich insbesondere mit der Frage, welche Behörden und Institutionen für eine erfolgreiche Zukunft der ländlichen Räume notwendig bzw. wünschenswert wären.

„Wir brauchen Phantasie!“ forderte eingangs Wolfgang Reimer vom Bundeslandwirtschaftsministerium in Berlin. Der ländliche Raum dürfe nicht auf Naturparks und Erholungsflächen reduziert werden. Wichtig sei es, sich um eine positive Entwicklung der Wirtschaftsinfrastruktur zu kümmern. Reimer: „Schließlich sind wir Vorbild für den Rest der Welt. Wir sollten zeigen, was Ausgleichspolitik ist, wie man es schafft, dass Regionen nicht den Anschluss verlieren. Europa hat das mit Irland ja auch geschafft!“

Integrierte Entwicklungskonzepte

Prof. Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland und des Bundes Naturschutz Bayern, plädierte für integrierte Entwicklungskonzepte. Es sei notwendiger denn je, die

Landschaftsplanung wieder zu stärken. Sinnvoll seien Kulturlandschaftsbüros mit einzelbetrieblicher Beratung. Benötigt würden zudem breite gesellschaftliche Bündnisse für den ländlichen Raum, die weit über Landwirte und Naturschutz hinaus gehen.

Förderdschungel

Albert Höchstetter, 1. Bürgermeister der Gemeinde Barbing und Vorsitzender des Bezirksverbands Oberpfalz des Bayerischen Gemeindetags, meinte: „Eine Gemeinde mit 5.000 Einwohnern und sieben Verwaltungsangestellten hat keine Kapazitäten frei, um sich durch den Förderdschungel zu kämpfen. Die finanzielle und personelle Begleitung des Staates war für uns sehr wichtig für die eigene Entwicklung. Es braucht eine Anlaufstelle, die die verschiede-

nen Töpfe zusammen führt.“

Die Sicht des Planers erläuterte Dr. Hans-Michael Schober, Büro für Landschaftsarchitektur, Freising. Seiner Meinung nach müssen die Instrumente der Ländlichen Entwicklung erweitert bzw. angepasst werden. Die differenzierte Landnutzung eigne sich hervorragend als Fachinstrument. Sie sei quasi eine moderne Form der Landschaftsplanung, die die von der EU geforderten Dinge sachgerecht beantwortet. Schober zufolge braucht es sektorübergreifende Strategien und kommunale Allianzen. Der einfache Bürger schaffe es nicht, dies zu erfassen. Die Verwaltung für Ländliche Entwicklung müsse als Impulsgeber wirken.

Zukunftsaufgabe

Laut Prof. Fritz Auweck (FH Weihenstephan, Freising) und AOR Ass. Dr.-Ing. Michael Klaus (Lehrstuhl Bodenordnung und Landentwicklung TU München) stellt Landmanagement eine Zukunftsaufgabe dar, die von Ressort- bzw. Verwaltungsstrukturen und politischen „Modeerscheinungen“ unabhängig ist und einen neuen Kundenkreis, neue Partnerschaften sowie ein neues Selbstverständnis entwickeln sollte. Als neue Kunden bezeichnen die Wissenschaftler außer

den Landwirten (inklusive gewerblich agierende Landwirtschaftsunternehmen) weitere private Landnutzer, die Wirtschaft (Ansiedlung von Betrieben), die Kommunen (insbesondere in interkommunaler Zusammenarbeit) sowie den Staat als Eigentümer von Grund und Boden.

Neue Produkte seien beispielsweise Immobilienmanagement (Verwaltung und Mobilisierung von Immobilien, Nutzung als Gestaltungsinstrument und zur Innenentwicklung) oder „Landbanking“ im Sinne eines ressortübergreifenden Managements von Staatsflächen (z. B. zur großräumigen Management von Ausgleichs- und Eingriffsflächen). Ein weiterer Ansatz sei die thematische Spezifizierung der Dorfenerneuerung, etwa über städtebauliche Kalkulation, Investoren-Betreiber-Nutzersuche, Innenentwicklungs-Check und -Beauftragung.

Maßgeschneiderte Lösungen

„Wir brauchen maßgeschneiderte Lösungen für jede Region“, forderte MdL Helmut Brunner, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten im Bayerischen Landtag. Landnutzungsconflikte seien entgegen zu wirken. Brunner warnte vor zu viel Planung und Bürokratie: „Es gibt so viele Fördermittel und sie sind zudem an verschiedenen Ministerien angesiedelt. Wer blickt bei all den Namen und Abkürzungen noch durch?“

Zentraler Ansprechpartner

Nach Brunners Vorstellung könnte die (kundenfreundliche) Zukunft wie folgt aussehen: „Es gibt einen zentralen Ansprech-

partner für alle Probleme und Programme mit unabhängigen Dienstleistungen für die Kommunen und ressortübergreifenden Kompetenzen.“ Hierzu seien verschiedene Konzepte denkbar: Die Ämter für Landwirtschaft und Forsten fungieren als Landnutzungsämter (alles was mit Landwirtschaft und Landnutzungen zu tun hat - ob Wasserschutzgebiete, Jagd oder Ernährungsberatung). Die Ämter für Ländliche Entwicklung übernehmen die Funktion einer Mittelbehörde, der weitere Kompetenzen zugeordnet werden, die die gesamte Landesentwicklung und Ländliche Entwicklung umfassen. Die Bezirksregierungen sind ressortübergreifend einziger Ansprechpartner mit Bündelungsfunktion. Die Federführung liegt bei einem „Ministerium für Landwirtschaft und Landnutzung“. Auf unterer Ebene unterstützen Regionalmanager die Initiativen der Wirtschaft und Kommunen. Mentale Mobilitästrainer sind ein weiterer Bestandteil dieser Vision.

Brandl fordert ordnungspolitischen Mut

Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, meinte: „Europa ist zentralistisch geprägt, zumindest die überwiegende Zahl der Mitgliedsländer – da gibt es kein Verständnis für kleinräumigen Strukturen und Selbstverwaltung.“ Das Buch der Landentwicklung müsse in den wesentlichen Kapiteln neu geschrieben werden. Es brauche schlagkräftigere Strukturen und den ordnungspolitischen Mut, auch gegenzusteuern. Der Markt regle nicht alles – siehe Breitbandversorgung. Fakt sei, dass es unrentable Räume gibt. Brandl:

Tagung „Leben findet Innenstadt“

Am 30.05.2008 werden in Bamberg im Rahmen einer Tagung die Ergebnisse des von der Obersten Baubehörde durchgeführten zweijährigen Modellvorhabens „Leben findet Innenstadt - öffentlich-private Kooperationen zur Standortentwicklung“ vorgestellt. Die Ergebnisse des Projekts werden auch in das 2008 neu aufgelegte Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ einfließen. Weitere Informationen zum Modellvorhaben und zur Veranstaltung sind im Internet unter www.lebenfindetinnenstadt.de abrufbar. □

„Wir müssen lernen, quer zu denken und überkommene Strukturen auch ad acta zu legen. Wir brauchen klare Zuständigkeiten. Wir dürfen dabei auch nicht auf halber Strecke stehen bleiben, z. B. wenn es um eine Bündelung auf höchster Ebene geht.“

In seinem Schlusswort plädierte Prof. Dr.-Ing. Holger Magel, Ordinarius Lehrstuhl Bodenordnung und Landentwicklung TU München, u. a. dafür, in größerem Maße die positiven Faktoren herauszustellen statt immer nur zu jammern oder Mitleid zu haben. Die Fachverwaltungen benötigten stattdessen spezialisierte Generalisten mit einer Kernkompetenz – „und das Alleinstellungsmerkmal ist der Umgang mit Grund und Boden“. Allerdings würden auch Partner benötigt; dabei könne Privatisierung als Chance begriffen werden. **DK**

Finanzielle Einbußen**Difu-Studie zu den Auswirkungen neuer Baugebiete für Gemeinden**

Rund 113 Hektar Freifläche werden derzeit in Deutschland pro Tag in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt. Begründet wird dies oft mit dem Argument, dass neue Baugebiete für Gemeinden zusätzliche Einnahmen aus Steuern und dem kommunalen Finanzausgleich bringen. Eine neue Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) mit dem Titel „Neue Baugebiete: Gewinn oder Verlust für die Gemeindekasse? Fiskalische Wirkungsanalyse von Wohn- und Gewerbegebieten“ kommt allerdings zu anderen Ergebnissen.

So zeigten Beispielrechnungen für Gemeinden in Wachstumsregionen am Rande größerer Städte, dass beim Wohnungs-

die zusätzlichen Einnahmen. Eine negative Bilanz ergebe sich oft auch für die Ausweisung neuer Gewerbegebiete.

Konzentrieren auf die Innenentwicklung

Kommunen sollten sich laut Untersuchung deshalb auf die Innenentwicklung konzentrieren. Dies könne Kosten sparen. Von Planern und Stadtökonomern wird in diesem Zusammenhang auf die besondere Bedeutung der ökonomischen Rahmenbedingungen für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme verwiesen.

Die neue Difu-Studie bezieht vor allem auch Erfahrungen und Methoden aus den USA ein. Dort gehören Untersuchungen über die fiskalischen Wirkungen von Baulandausweisungen zum Planungsalltag. Für Deutschland ist dieser Ansatz neu. Als Antwort auf diesen Mangel wird in der Untersuchung vorgeschlagen, eine solche „fiskalische Wirkungsanalyse“ für alle größeren Bauprojekte vorzuschreiben. Dies könnte Fehlinvestitionen verhindern und gleichzeitig neue Belastungen des Haushalts vermeiden.

Berechnungsschritte

Ausführlich beschreibt die Untersuchung die notwendigen Berechnungsschritte und rechnet sie exemplarisch vor. Zusätzlich werden die Einkommenseffekte betrachtet, die sich aus den Bauaktivitäten und etwaigem höherem Konsum der zuziehenden Einwohner ergeben würden. Auch die fiskalischen Wirkungen von landwirtschaftlichen Flächen und Naturschutzflächen wurden in die Betrachtung einbezogen. Weiterhin wäre zu prüfen, ob die im System des kommunalen Finanzausgleichs vor dergründig bestehenden Anreize zur Baulandausweisung nicht eliminiert und stattdessen Anreize zum Erhalt von Freiflächen geschaffen werden sollten. **DK**

LBS Stadthaus-Konzept bietet Lösungen:**Stadt oder Land (k)eine leichte Frage**

Job, Shopping, Kino - in der City ist die Infrastruktur besser ausgebaut als auf dem Land. „Doch in vielen Städten entspricht das Wohnangebot nicht den Ansprüchen und dem Portemonnaie der Mieter und Käufer - viele ziehen deshalb aufs Land“, erklärt Gregor Schneider von der LBS Zukunftswerkstatt. Dass sich städtischer Lebensstil mit Individualität und Privatsphäre vereinen lässt, zeigt das LBS Stadthaus-Konzept mit sechs verschiedenen Modellen.

Kürzere Wege von Schule oder Kindergarten zum Arbeitsplatz und nach Hause machen es Eltern leichter, Job und Familie zu verbinden. So bleibt außerdem mehr Zeit für Gemeinsames, wie den Besuch im Schwimmbad oder im Kino um die Ecke. Sind die Kinder aus dem Haus, zieht es viele ohnehin in die City, wie eine Studie des Meinungsforschungsinstituts empirica im Auftrag der LBS belegt: Fast 70 Prozent der über 50-Jährigen (6,3 Millionen) möchten in der Stadt wohnen und ziehen um - Tendenz steigend, denn die Bevölkerung wird immer älter und es gibt immer weniger Kinder.

Doch was nützt eine gut ausgebaute Infrastruktur, wenn es keinen passenden Wohnraum zu bezahlbaren Preisen gibt. Ausreichend Platz, Grünflächen und Parkplätze in Hausnähe und das auf kleiner Grundfläche - die Architekten Walter Stamm-Teske und Klaus-Theo Brenner haben für die LBS sechs Stadthaus-Modelle für unterschiedliche Wohnansprüche entworfen. Die Häuser verbinden Individualität und Privatsphäre mit der notwendigen städtischen Verdichtung: 1. Ein Atriumhaus für befreundete Familien und Wohngemeinschaften. Zwei Häuser mit Garten spiegeln sich um einen gemeinsamen Innenhof. 2. Ein Einfamilien-Gartenhaus für Familien und kombiniertes Wohnen und Arbeiten. Ein Vorderhaus und eine Remise mit einem Garten dazwischen. 3. Ein Zwillingshaus für Familien, Paare, Singles und Gemeinschaftseinrichtungen. Zwei Häuser mit je zwei separaten Wohnungen, einem gemeinsamen Eingang und Garten. 4. Ein Lofthaus für Singles, Paare und ältere Menschen. Mehrere barrierefreie Etagenwohnungen, über Treppenhaus und Aufzug erreichbar. Im Erdgeschoss ist Platz für einen Dienstleistungsbereich oder Betreutes Wohnen. 5. Ein gestapeltes Einfamilienhaus für Paare, Familien und Mehrgenerationen-Haushalte. Zwei übereinanderliegende Wohnungen mit mehreren Geschossen, Dachterrasse und einem Gartenhof. 6. Ein einfaches Einfamilienhaus für Familien und Mehrgenerationen-Haushalte. Zwei große Wohneinheiten mit Dachterrasse, Garten und Garage.

Weitere Informationen zum Projekt LBS Stadthaus - im Zentrum zu Hause gibt es unter: www.lbs.de/zukunftswerkstatt.

„Eine neue, moderne Sportanlage? Das wäre super!“

**Mit Sport StadiaNet kein Problem!**

Wir finanzieren Ihnen den Bau eines neuen Sportplatzes oder die Sanierung einer überalterten Sportstätte. Privat. Sport StadiaNet hat es sich zur Aufgabe gemacht, Kommunen private Mittel für eine Erneuerung von Sportplätzen und Sporthallen zur Verfügung zu stellen. Verbunden damit ist ein ausgereiftes Dienstleistungspaket, das Ihnen viele weitere Vorteile bietet.

Verlassen Sie sich bei Ihrem Projekt auf die Nr. 1: Sport StadiaNet! Die Vorteile im Überblick:

- tragbare, gleichbleibende Monatsraten
- alle Fördermittel integrierbar
- 10 Jahre Garantie für Beseitigung bei bis zu 2.000 Stunden/Jahr
- 10 - 30 - Jahres-Wartungsvertrag inklusive Verschleißflächen
- Zusammenarbeit mit renommierten Firmen des Sportanlagenbaus
- keine Sicherheiten erforderlich
- empfohlen vom DEUTSCHEN OLYMPISCHEN SPORTBUND

Einfach. wirtschaftlich. clever.



Noch Fragen? Sport StadiaNet GmbH, Haroldstraße 14, D-40213 Düsseldorf, Tel 02 11 - 17 93 13-0, Fax 02 11 - 17 93 13-29, E-Mail info@sportstadianet.com, Internet: www.sportstadianet.com



Im Rahmen eines Festaktes im Sitzungssaal des Rathauses Altenmünster überbrachte Schwabens Regierungspräsident Ludwig Schmid die Anerkennungs- und Stiftungsurkunde für die neue Bürgerstiftung und erhielt im Gegenzug von Bürgermeister Bernhard Walter ein Exemplar der Gemeindechronik. Bild: Grimmeiß

Neue Gemeindechronik als Initialzündung für Bürgerstiftung

Swabens Regierungspräsident Ludwig Schmid übergab Stiftungsurkunde an Bürgermeister Bernhard Walter

Altenmünster (gri) Regierungspräsident Ludwig Schmid kam höchstpersönlich nach Altenmünster, um die Anerkennungs- oder Stiftungsurkunde an Bürgermeister Bernhard Walter zu übergeben. Die neu ins Leben gerufene „Bürgerstiftung Altenmünster“, so der Bürgermeister, soll Jugend und Seniorenarbeit sowie Kunst und Kultur im Gemeindebereich fördern.

Laut dem Rathauschef fand bereits im Januar 1986 im damaligen Kulturausschuss eine Diskussion über die Herausgabe eines Gemeindebuches statt. Doch

die Initialzündung zur Gründung der „Bürgerstiftung Gemeinde Altenmünster“ bildete die Herausgabe der neuen Gemeindechronik im Juli 2007. Seitdem wurden 500 Exemplare verkauft. Der gesamte Verkaufserlös fließt in die Stiftungskasse. Um die Stiftung auf den Weg zu bringen, leistete die Gemeinde eine Vorfinanzierung von 50.000 Euro. Außerdem wurde eine Zustiftung von 7.200 Euro aus Anlass eines Geburtstages geleistet. Bürgermeister Bernhard Walter dankte in diesem Zusammenhang allen Beteiligten, die an der Gemeindechronik mitgearbeitet hatten, besonders aber dem Verfasser, Franz Heinle. Alle verzichteten auf Honorare.

Weg vom Staat

Zum Stiftungsvorstand zählen neben dem Bürgermeister Pfarrer Dr. Michael Kreuzer von der Pfarreiengemeinschaft Altenmünster-Violau sowie Karl Fritz Kraus, Vorsitzender des hiesigen Gewerbeverbandes. In den Bei-

rat werden noch zwei Gemeinderatsmitglieder und drei Bürger aus der Gemeinde gewählt, war weiter zu hören.

Bürgergesellschaft

Regierungspräsident Ludwig Schmid lobte das große Engagement aller Beteiligten. Er sprach sich für eine „Bürgergesellschaft“ aus, in der die Menschen in einer Art Netzwerk füreinander Verantwortung übernehmen: „Also weg vom Staat als Urvater!“ Ludwig Schmid hob auch hervor, dass bei einer (Bürger) Stiftung die Form der Förderung auf die Zukunft ausgerichtet sei. Das Kapital dürfe nicht angegriffen werden. Nur die Zinsen stünden für Stiftungszwecke zur Verfügung. Während bei Spenden ein sofortiger Zugriff möglich ist, so der Regierungspräsident weiter, kämen „Zustiftungen“ wieder dem Stiftungskapital zugute. Laut Schmid gibt es in Schwaben derzeit 461 Stiftungen. Nach dem offiziellen Teil erzählte der Schwabe Ludwig Schmid in humorvoller Weise über seine Jugendzeit und seine Fahrten mit dem Rad durch das Zusamtal. Und wörtlich hieß es: „Das Zusamtal ist für mich eines der schönsten Täler!“

über die gescheiterte berufliche Karriere. Hinzu komme psychischer Stress aufgrund von Armut. In interaktivem Unterricht werden diese Probleme während der Reha aufgearbeitet.

Neben medizinischen Maßnahmen erhalten die meist orthopädisch oder internistisch erkrankten Langzeitarbeitslosen auch sozialrechtliche Beratung sowie ein Bewerbungstraining. Bei Letzterem, so der Rehabilitationswissenschaftler Wolf, geht es um einfache Dinge, die die Chance auf einen Job steigern können. Den Patienten werde bewusst gemacht, warum es wichtig ist, zum Vorstellungsgespräch pünktlich und in sauberer Kleidung zu erscheinen. Auch das Auftreten, lernen sie, kann über einen Job entscheiden. Wer finster dreinschaut, macht keinen guten Eindruck. Wer lächelt, weckt im Gegenüber Sympathie. Zum guten Ton gehört es schließlich, zur Begrüßung und zum Abschied die Hand zu schütteln.

Obwohl rund 10 bis 20 Prozent aller Patienten, die in Reha-Kliniken behandelt werden, arbeitslos sind, gab es bislang kein spezielles Konzept, dass die medizinischen, beruflichen und sozialen Probleme dieser Menschen berücksichtigt. Ob die Würzburger Strategie hilft, die Wiedereingliederungschancen von Langzeitarbeitslosen zu verbessern, wird bis Ende des Jahres 2009 erforscht. Nach dem ersten Testlauf 2007 werden in diesem Jahr insgesamt 144 auf zwölf Gruppen aufgeteilte Patienten aus Unterfranken in das Projekt integriert. Eine Kontrollgruppe, anhand derer der Erfolg der neuen Reha-Methode getestet werden soll, umfasst ebenfalls 144 Alg 2-Empfänger, die jedoch eine reguläre medizinische Reha durchlaufen.

Die wissenschaftliche Begleitforschung zu dem Behandlungskonzept wird von der Deutschen Rentenversicherung Bund finanziert. Die Umsetzung der Behandlungsstrategie in den beiden unterfränkischen Reha-Kliniken finanziert die Deutsche Rentenversicherung Nordbayern. Ziel ist es, das neue Konzept nach Abschluss des Projekts auch in anderen Reha-Einrichtungen zu implementieren. **Pat Christ**

EGGENFELDEN:

Stadteigene E-Mark als Zahlungsmittel

Den Handel vor Ort stärken will die Stadt Eggenfelden mit einem eigenen Gutscheinsystem. Ende 2007 hatte die Stadtverwaltung die sog. E-Mark eingeführt. Anfangs waren ca. 20 Partner, die die E-Mark als Währung anerkannt haben, mit dabei. Inzwischen wurde sie bereits in knapp 60 Geschäften als Zahlungsmittel akzeptiert. Die Scheine im Wert von 2, 5, 10 und 25 Euro sind nach Angaben von Franz Bauer von der Eggenfeldener Stadtverwaltung in erster Linie als Geschenkidee gedacht. Die Geschäftsinhaber könnten sie wiederum in drei Banken sowie in der Stadtverwaltung gegen echtes Geld umtauschen. Rund 900 E-Mark-Gutscheine seien bereits ausgeben worden, erklärte Bauer. Die E-Mark sei nicht nur ein qualitativ hochwertiges Gutscheinsystem, sondern habe das Potenzial, die Einkaufsstadt Eggenfelden nachhaltig zu stärken, zeigt man sich bei der Stadtverwaltung überzeugt. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

gehen nicht unbedingt zu Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 42 vom 01.01.2008

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Chiemgau-Stift Inzell:

Für ein selbst bestimmtes Leben

Vor gut einem Jahr wurden in Inzell mit Hilfe des Evangelischen Siedlungswerks und der Diakonie eine Chiemgau-Residenz und ein Chiemgau-Stift eröffnet. Letzteres bietet eine ungewöhnliche Alternative zu einem herkömmlichen Pflegeheim, indem es selbst bestimmtes Leben und Wohnen mit erstklassiger Pflege verbindet.

Jeweils 12 bis 14 Personen leben in einer Hausgemeinschaft. Jede der insgesamt fünf Hausgemeinschaften ist mit einer großen Wohnküche ausgestattet. Diese sind kommunikative Zentren, dort wird gekocht, gelacht und gelebt.

Zeitgemäße Pflegephilosophie

Ungewöhnlich ist auch die Pflegephilosophie des Chiemgau-Stifts: Hier passt sich Pflege den Bedürfnissen der Bewohner an und nicht umgekehrt. An erster Stelle stehen der Erhalt der Gesundheit und der persönlichen Freiheit der Bewohner, und das bei Tag und bei Nacht. „Die Individualität der Bewohner zu achten und unabhängig von der Pflegestufe Raum für die persönliche Entfaltung zu geben, entspricht unserem Verständnis von einer zeitgemäßen Pflegeeinrichtung“, betont Heimleiterin Brianna Lassalle. Wer im Chiemgau-Stift wohnt, soll sich wohl fühlen.

Ältere Menschen brauchen Vertrautes

Ogleich im Chiemgau-Stift viele neue Wege beschritten werden, wird darauf geachtet, dass für die Bewohner vieles bleibt wie bisher, denn gerade ältere Menschen brauchen Vertrautes, um sich wohl zu fühlen. Dies können Gegenstände oder ein Möbelstück von zu Hause sein oder liebgeordnete Gewohnheiten, die selbstverständlich weitergeleitet werden.

Vertrauter Tagesablauf

Im Chiemgau-Stift entscheidet zudem jeder Bewohner selbst, ob er früh aufstehen oder länger schlafen möchte. Wer es bisher genossen hat, zu später Stunde nach einer kleinen Nachtmahlzeit zu Bett zu gehen, wird es hier genauso tun. Der Tagesablauf orientiert sich an den Gewohnheiten und biografischen Hintergründen der

Bewohner und wird wie gewohnt fortgeführt. Nach diesem Pflegeverständnis strukturieren die Bewohner den Tag, sie entscheiden, was wann und wo geschieht. „Unser Handeln verstehen wir als tätige Nächstenliebe“, so die Heimleitung.

Leben in Hausgemeinschaften

Durch das Leben in Hausgemeinschaften fallen zentrale Versorgungseinheiten wie eine Großküche weg. Dies ermöglicht den Einsatz von Fachhauswirtschaftskräften als Präsenzpersonal zusätzlich zu den Pflegefachkräften. Die speziell ausgebildeten Präsenzkkräfte organisieren die hauswirtschaftlichen Tätigkeiten mit den Bewohnern und helfen bei der Pflege.

Angehörige sind integriert

In das Alltagsgeschehen bringen sich Angehörige und ehrenamtliche Helfer nach eigenen Wünschen mit ein. Durch die Wohnküchen und die damit einhergehende familienähnliche Umgebung wird ihre Integration in die Gemeinschaft erleichtert.

Bräuche in Schwaben

Fotopreisträger des Bezirks Schwaben rücken scheinbar „Alltägliches“ ins Licht

Augsburg/Krumbach (pm). Der erste Preis des Fotowettbewerbes des Bezirks Schwaben gehen heuer nach Mittelschwaben: Barbara Lindner aus Nattenhausen/Breitenthal überzeugte die Jury mit ihrem Bild von Allerheiligen auf dem Westfriedhof in Krumbach. Das Thema des Wettbewerbes, den die Bezirksheimatpflege ausgeschrieben hatte, lautete „Bräuche in Schwaben“.

„Bräuche bilden einen wesentlichen Bestandteil unserer Tradition und unseres Selbstverständnisses in der regionalen Kultur“, betonte Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert nun beim Festakt. Den diesjährigen Preisträger sei es gelungen, das Thema „Bräuche in Schwaben“ in allen Facetten lebendig einzufangen – sei es am Beispiel des Siegerfotos, das die besondere Stimmung von Allerheiligen einfängt, sei es

scheinbar Alltägliches wie die Weihnachtsbäckerei, aber auch farbenfrohe Impressionen von Höhepunkten des Brauchtumsjahres wie Viehscheid und Colomansritt.

Wanderausstellung

Zum Fotowettbewerb des Bezirks Schwaben hatten insgesamt 115 Teilnehmer über 790 anonymisierte Fotos eingeschickt. Die Auswahl der Preisträger war daher keine leichte Aufgabe für die Jury, die sich aus der weiteren stellvertretenden Bezirkstagspräsidentin Ursula Lax, aus Walter Reichelt, dem Vorsitzenden des Fotoclubs Schwabmünchen, der Volkskundlerin Professorin Dr. Sabine Doering-Manteuffel (Universität Augsburg), Gerhard Willi, Bezirk Schwaben, Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassl und Agnes Blaszyk zusammensetzte. Neben insgesamt fünf preisgekrönten Arbeiten hat die Bezirksheimatpflege rund 150 der eingesandten Fotos für eine geplante Wanderausstellung angekauft. □



v. l.: Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert, Jörg Stumpf (3. Preis), Hardy Kotzbacher (3. Preis), Dr. Peter Fassl, Barbara Lindner (1. Preis), Achim Crispian (2. Preis). □

Ehemaliges Kristallglaswerk Frankonia in Warmensteinach:

Erfolgreiche Bodensanierung

Projektsteuerung durch Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern

Einen erfolgreichen Abschluss hat die Bodensanierung des ehemaligen Kristallglaswerkes Frankonia im oberfränkischen Warmensteinach gefunden. Wie die für die Projektsteuerung zuständige GAB mbH, Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern, mitteilt, sind mit der Entfernung von u. a. grob geschätzt 35.700 kg Blei und 500 kg Arsen in den oberen Grundwasserleitern keine Schadstoffeinträge mehr möglich. Weiterhin sei anhand der Untersuchungsergebnisse für den gesamten Sanierungsbereich gegenüber dem langjährigen Betrieb der Glashütte eine Entlastung der Steinach von produktionsbedingten Schwermetallfrachten zu konstatieren.

Auf dem etwa 11.800 qm umfassenden Betriebsgelände in Warmensteinach wurde seit 1899 Glas erzeugt, zuletzt von der Frankonia Kristallglaswerk GmbH. Bei Umbaumaßnahmen traten seit Ende der 90er Jahre erste Erkenntnisse über Bodenkontaminationen und eine Beeinträchtigung des Grundwassers auf. In den Fokus einer weiterreichenden Altlastenbeurteilung geriet das seit 2003 brachliegende Gelände nach Aufgabe der Glashütte.

Detailuntersuchung

Die vom Landratsamt Bayreuth veranlasste Detail- und Sanierungsuntersuchung zeigte im Ergebnis bis in eine maxi-

male Tiefe von 3 Meter einen nahezu auf dem gesamten Gelände vorliegenden, unterschiedlich mächtigen, stark heterogenen Auffüllungskörper. Teilweise reichte dieser bis in die wassergesättigte Bodenzone. Neben anderen bodenfernen Stoffen enthielt die anthropogene Auffüllung zumeist Glas und Schamottsteine, gestreut wurden auch tearartige Verunreinigungen festgestellt.

Gebäuderückbau

Für den Einsatz möglicher Sanierungsverfahren waren u. a. die starke Inhomogenität des Kontaminationskörpers und eine lange „Flanke“ abströmen-

den Grundwassers zu berücksichtigen. Von fünf diskutierten Sanierungsverfahren erhielt eine Sanierung durch Bodenaustausch den Vorrang wegen der größten Nachhaltigkeit bei geringen Nachsorgeleistungen sowie der geringsten nachträglichen Nutzungseinschränkung bei vergleichbaren Kosten. Hierfür war ein weit reichender Gebäuderückbau vor der eigentlichen Sanierung zu bewerkstelligen.

Fortschreitender Verfall

In einem weiteren Sanierungsbereich 2 - nahezu der verbleibende Grundstücksbereich - ließ sich anhand der Untersuchungsdaten eine Sicherung mit den bestehenden Gebäuden und Fahrbahnbefestigungen als wirksam für den Grundwasserschutz ableiten. Wegen des stark fortschreitenden Gebäudeverfalls war hierbei jedoch eine provisorische Folienabdichtung der porösen Bodenplatte notwendig.

Arbeitsschutz

Bereits sowohl bei der Beräumung umfangreicher Abfälle als auch beim Rück- und Erdbau mussten geeignete Arbeitsschutzmaßnahmen getroffen werden. Unter Berücksichtigung statischer Belange unmittelbar angrenzender Gebäude wurden über 60 % der Gebäude bei Separierung von bleibelastetem Wandputz, Bodenbelag und Ofenabbruchmaterial fachgerecht rückgebaut und entsorgt. Eine besondere Herausforderung stellte dabei der kontrollierte Abbruch des in die angrenzende Bebauung eingepassten Stahltragwerks der ehemaligen Ofenhalle direkt an der Hauptstraße dar.

Der verunreinigte Bodenaushub konnte nach Rückbau der Gebäude teilweise auf den Bodenplatten gelagert und für die Entsorgung deklariert werden. Die Erdarbeiten machten in weiten Bereichen eine Bauwasserhaltung über mehrere Schachtbrunnen erforderlich. Mit 1,5



FU-Kreisvorsitzende Sieglinde Schärtl (links) gratuliert Marianne Rauh, die es schaffte, erste CSU-Bürgermeisterin im Landkreis Neustadt/WN zu werden.

Landkreis Neustadt/Waldnaab:

Erste schwarze Bürgermeisterin

Neustadt/WN-Theisseil. Endlich ging die Vision des Kreisverbandes der CSU-Frauen Union (FU) im Landkreis Neustadt/WN in Erfüllung: Sie stellen dort die erste „schwarze Bürgermeisterin“.

Die Bezirks- und Kreisrätin sowie ehemalige Kreisbäuerin Marianne Rauh aus der Gemeinde Theisseil wurde in der Stichwahl zur Bürgermeisterin gewählt. Sie siegte gegen den Freien-Wähler-Kandidaten. Bei einer Wahlbeteiligung von 76 Prozent hatte Rauh mit knapper Mehrheit von 15 Stimmen die Nase vorn.

„Endlich eine Frau als Bürger-

meisterin im Landkreis und noch dazu im größten FU-Kreisverband Bayerns“, betonte voller Freude FU-Kreisvorsitzende Sieglinde Schärtl. Sie war auch die erste Gratulant, die Marianne Rauh zur Bürgermeisterin mit einem Bären (damit wird eine Krebshilfeorganisation unterstützt) gratulierte, „damit du stets bärenstark regieren kannst“, so die Gratulant. □

Ländlicher Gästeführer

Gunzenhausen (fa) - Der „Ländliche Gästeführer“ ist eine neue Einkommensschance für clevere Männer und Frauen. Derzeit laufen in Franken zwei Qualifizierungsmaßnahmen, eine am Amt für Landwirtschaft in Uffenheim und eine zweite im Landkreis Bamberg.

Vorbild ist der Gästeführer „Weinerlebnis Franken“, den es seit 1997 gibt. Etwa 200 haben bisher diesen Lehrgang besucht. 2006 ist erstmals ein Lehrgang zum „Ländlichen Gästeführer“ im Landkreis Ansbach angelaufen. 16 bekamen das Zertifikat und haben sich in der Interessengemeinschaft „Ländliche Gästeführer im Herzen Frankens“ zusammengeschlossen.

Eckpunkte der Ausbildung

Weil sich immer mehr Leute dafür interessiert haben, hat die Strukturentwicklungsgruppe am Uffenheimer Landwirtschaftsamt 2007 im letzten Jahr für ganz Mittelfranken einen Kurs ausgeschrieben, für den sich 26 Personen gemeldet haben. Parallel da-

zu läuft die Bamberger Ausbildung mit 18 Interessierten.

Die Ausbildung ist so angelegt, dass sie von den Teilnehmern bequem absolviert werden kann. 18 Tage umfasst sie von Oktober bis April. Einmal in der Woche ist Lehrgangstag. Dabei erfahren sie etwas über die Grundlagen der Kommunikation, üben sich in Rhetorik und der Dramaturgie der Gästeführung, sie müssen die Zahlen und Fakten der Region pauken, über Tourismus und Gastronomie Bescheid wissen und etwas von den geologischen und geographischen Gegebenheiten, von Fauna und Flora weiter erzählen können. Dass die Teilnehmer ausreichende Kenntnisse erlangen, dafür sorgen Maria Schmidt vom AfL in Bamberg und ihre Uffenheimer Kollegin Brigitte Hammer. □



Nördlinger Angebote für Gruppen

Im neuen Erscheinungsbild der Stadt Nördlingen präsentiert sich die Broschüre „Angebot für Gruppen“. In dem 40-seitigen, komplett 4-farbig gestalteten Katalog werden neben dem „Klassiker“, der eineinhalbstündigen Stadtführung in verschiedenen Sprachen (deutsch, englisch, französisch, italienisch, spanisch, russisch) Führungen speziell für Kindergruppen und Schulklassen sowie 12 Themen-/Erlebnis-Führungen vorgestellt. Dabei reicht die Bandbreite der Themen vom 30-jährigen Krieg bis zu den Hexenprozessen. Auch per Rad und im historischen Gewand werden Führungen angeboten. Kulinarische Rundgänge wie Brauerei-, Brennerei- und Mühlen-Besichtigungen sorgen für Abwechslung. Die Nördlinger Museen bieten ebenfalls spannende Führungen: das Rieskrater-Museum, das Stadtmuseum, das Stadtmuseum im Löpsinger Torturm sowie das „augenblick“-Museum und das Bayerische Eisenbahnmuseum. Die fünf Riesrundfahrten stehen unter dem Motto „Mit dem Bus durch den Geopark Ries“. Auch ein Tagesarrangement „Dem Schwabenstein auf der Spur“ ist im Katalog enthalten. Dieser ist ab sofort kostenlos bei der Tourist-Information Nördlingen erhältlich.

Unser Bild zeigt von links Peter Schiele, Hauptamtsleiter der Stadt Nördlingen, Eva Schillberger, Leiterin der Tourist-Information, Oberbürgermeister Hermann Faul und Dr. Sponsel, Archivar der Stadt Nördlingen. □

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Die Kommunalpolitik als letzte Bastion von Sitte, Moral und Anstand - da lob ich mir die wackeren Männer von der Küste.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las amüsiert einen Bericht, wonach einer Boutiquenbesitzerin in Schleswig-Holstein von ihrer Partei die Kandidatur zur Kommunalwahl untersagt worden war, weil sich auf der Homepage ihres Designstudios Fotos befinden, die besagte Frau nackt, leicht oder mit T-Shirts bekleidet zeigt, auf die erotische Szenen gedruckt sind.

Von weiblicher Neugier getrieben, habe ich mal die Seite aufgerufen. Um es auf wienersisch zu sagen: 'a fade Sach'. Die Pseudo-Kamasutra-Zeichnungen auf den Shirts gabs vor zwanzig Jahren schon auf Herrenkrawatten und wer glaubt, vor den gebotenen nackten Tatsachen das Auge züchtig schließen zu müssen, der muss

Kommunale Waterkant-Posse

„BILD“ und „stern“ in Braille-Schrift lesen.

Über Geschmack lässt sich nicht streiten und es sollte Parteifreunden eigentlich wurscht sein, mit welcher Marketingstrategie eine kleine Klammotten-Klitsche im weltumspannenden Netz auf sich aufmerksam macht. Aber ästhetisch und unaufdringlich sind die Dessous-Fotos allemal, vergleicht man sie mit dem Bildplakat, das ein Bundestagskandidat vor ein paar Jahren in Berlin kleben lies. Da sah man den Kandidaten an jeder Ecke auf DIN-A-0 farbig, nackt wie ihn der Herr schuf, die Blöße des Adam aber immerhin bedeckt, und darunter den sinnigen Spruch: Eine ehrliche Haut. Das war ein running-gag und eine ebenso schöne Story für die Zeitungen, wie der Sittenfall der verhinderten Stadträtin zwischen den Meeren.

Allerdings zeigt die Waterkant-Posse auch, dass sich die Europäer ähnlicher sind, als man gemeinhin denkt. Waren es nicht mäännersinnetreibende Bilder der Carla Bruni, geheiligte Sarkozy, die mit zum demoskopischen Absturz

des französischen Staatspräsidenten beitragen? Welchen Schaden könnte dann eine veritable Kandidatin für ein politisches Amt anrichten, von der ähnliche Photographien zirkulieren? Auch wenn man bei der Dame aus dem Norden, anders als bei der Première Dame aus dem Süden, nicht von Jugendsünden sprechen kann - schließlich ist sie in einem Alter, bei dem man bei Männern

als den „besten Jahren“ spricht. Umso mehr Respekt flösst es ein, mit welcher Selbstverständlichkeit, Natürlichkeit und Selbstbewusstsein sie zu ihrem Körper steht.

Aber vielleicht waren es ja genau dieses Selbstbewusstsein und die sich darin spiegelnde Stärke, die die Entscheidungsträger veranlasst haben, der umtriebigen Unternehmerin einen Verzicht auf die Kandidatur nahe zu legen. Denn wenn die ultra-bodenständige, katholische Bevölkerung einer Stadt im Bayerischen Wald einen sich offen zu seiner Homosexualität bekennenden Mann zum Bürgermeister wählt, werden doch protestantische Nordlichter eine fescche Fotokünstlerin in einem Stadtrat ertragen.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist froh, dass die ganze Sache erst jetzt nach den Wahlen bei uns hoch kochte. Nicht, dass sich einer unserer weiblichen (oder männlichen) Kandidaten noch Anregungen für den Wahlprospekt geholt hätte. Denn eins steht fest: Publicity hat das freizügige Fotomodell damit allemal erzielt. Und sicherlich auch einen kräftigen Schub fürs Geschäft. Einen solchen Werbegag zu landen kostet sonst ein Vermögen. Am Ende wird die umtriebige Boutiquebetreiberin als die Gewinnerin dastehen; ihre scheinheiligen Parteioberen aber als Loser und Späßbremsen. Ganz im Sinne des Spöters Oscar Wilde, der heute wieder mal auf dem Kalenderblatt zu finden ist: „Der Unterschied zwischen einem Heiligen und einem Sünder ist: Der Heilige hat eine Vergangenheit, der Sünder eine Zukunft.“

Ihre Sabriul

Regionalmanagement in Stadt und Landkreis Bayreuth:

Chance für mehr Kooperation

Als „eine echte Chance für alle Beteiligten“ betrachten Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl, Ex-Landrat Dr. Klaus-Günter Dietel und die insgesamt neun Bürgermeister der direkt an Bayreuth angrenzenden Gemeinden die neuartige Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis im Rahmen des Regionalmanagements. Stadt und Landkreis Bayreuth sind bayernweit der erste Raum, in dem ein solches Gemeinschaftsprojekt aufgebaut wird. Ein erstes Treffen diente dazu, sich über Wünsche, Vorstellungen und Projekte auszutauschen.

„Zwischen der Stadt und dem Landkreis, insbesondere den angrenzenden Gemeinden, bestehen viele enge Anknüpfungspunkte, die es gilt, stärker und gezielter abzustimmen“, betonte OB Hohl. Als wichtige grenzübergreifende Themen nannte er die gemeinsame Vermarktung von Gewerbeflächen, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Einzelhandelsprojekte sowie den Hochwasserschutz.

Herzansliegen

Zudem liegen dem Rathauschef drei Themen besonders am Herzen: Bayreuth müsse in Sachen Familienfreundlichkeit noch stärker zulegen. „Dieses Problem ist nicht allein zu bewältigen, sondern nur gemeinsam als Raum“, so Hohl. Im Rahmen des Regionalmanagements wollen daher Stadt, Landkreis, Bezirk und die Umlandgemeinden eine Strategie entwickeln, die dem Verlust von Bevölkerungssubstanz entgegenwirkt und junge Familien in den Raum Bayreuth lockt.

Anlässlich des Doppeljubiläums der Markgräfin Wilhelmine erwartet die Stadt Bayreuth einen verstärkten Zulauf an Touristen. Das wiederum führe zu einem zusätzlichen Bedarf an ge-

werblichen Unterkünften und Ferienwohnungen. „Auch hier bietet sich eine gute Gelegenheit, die touristische Kooperation von Stadt und Landkreis weiter zu vertiefen“, betonte das Stadtoberhaupt.

Zudem hat der Oberbürgermeister die Gemeinden um Unterstützung der Universität Bayreuth. „Die Universität kämpft seit langem um die Ansiedlung eines Polymerzentrums. Es macht einen stärkeren Eindruck, dieses Projekt gemeinsam mit Ihnen, Ihren Gemeinden und dem Landkreis zu präsentieren“, erklärte Hohl. Auch hier stieß er bei seinen Gästen auf offene Ohren. Diese wollen nämlich die Universität in ihren Gemeinden und im Landkreis stärker etablieren. Vor diesem Hintergrund wurde auch für die nahe Zukunft ein gemeinsames Gespräch mit Vertretern der Universität anberaumt.

Eine vertiefte Kooperation von Stadt und Landkreis sei letztlich entscheidend für die Zukunftsfähigkeit der gesamten Region, bemerkte Hohl. Daher wird sich die Gesprächsrunde auch in Zukunft regelmäßig treffen - das nächste Mal wemöglich in erweitertem Kreis mit den Bürgermeistern aller Gemeinden des Landkreises. DK

Zukunftsweisende Investition in Fischach:

„Zentrum Kinderlachen“

Fünf Jahre ist es jetzt her, seit der Langenneufnacher Unternehmer Michael Wagner (Topstar GmbH) die nach ihm benannte gemeinnützige Stiftung „Kinderlachen“ ins Leben gerufen hat. Zum fünfsten Geburtstag haben Michael Wagner und seine Frau Christine ihrer Stiftung jetzt ein ganz besonderes Geschenk gemacht: Sie stockten das Grundkapital um 800.000 Euro auf. Weitere 350.000 Euro gab die Topstar GmbH dazu, so dass die Stiftung nunmehr über ein Grundkapital von 1,57 Millionen Euro verfügt.

Mit dem Geld wurde in Fischach eine zukunftsweisende Investition finanziert: Die Michael Wagner Stiftung „Kinderlachen“ kaufte in der Staudengemeinde für 1,15 Millionen Euro zwei Gebäude und ein dazugehöriges Areal mit insgesamt rund 4300 Quadratmetern Grund. Dabei handelt es sich um das von einem Träger- und Förderverein betriebene „Wohlfühlhaus Westliche Wälder“ in der Bahnhofstraße und um eine benachbarte Villa, um die das Wohlfühlhaus ab Oktober 2008 erweitert wird.

Beide Häuser verfügen über jeweils rund 500 Quadratmeter Nutzfläche. Die Stiftung Kinderlachen tritt als Vermieterin auf. Der Mietvertrag läuft zunächst über zehn Jahre. Michael Wagner und Wohlfühlhaus-Leiterin Ursula Koschel betonen, dass mit dem Erwerb der beiden Häuser keine kostenlose Nutzung der Räume verbunden ist. „Wir zahlen weiterhin unsere reguläre Miete - nur eben an einen neuen Hausbesitzer“, sagt Ursula Koschel.

Das klassische Angebot des Wohlfühlhauses, der Betrieb einer Kindertagesstätte für über hundert Kinder mit flexibler und individueller Zeiteinteilung bleibt bestehen und wird nach und nach erweitert. In der angrenzenden Villa bietet sich dem Team um Leiterin Ursula Koschel fortan die Möglichkeit, auch Kinder aus Problemfamilien zu betreuen - und zwar rund um

die Uhr, 24 Stunden am Tag, auch nachts und an Wochenenden. Mit dem Kauf und der Erweiterung des Wohlfühlhauses schlagen Michael Wagner und seine Stiftung ein neues Kapitel der Kinderbetreuung in den Stauden auf. Während Politiker und Fachbehörden noch dabei sind, schlüssige Konzepte für eine optimale und familienfreundliche Kinderbetreuung in Zeiten sich ändernder gesellschaftlicher Strukturen zu entwickeln, sind die Stiftung Kinderlachen und die Leitung des Wohlfühlhauses schon einen Schritt weiter. „Flexibilität bei

Die Michael Wagner Stiftung „Kinderlachen“

Die gemeinnützige Michael Wagner Stiftung „Kinderlachen“, 2003 gegründet und mittlerweile mit einem Grundkapital von 1,57 Millionen Euro ausgestattet, hat aus Zinserträgen und Spenden allein im Jahr 2007 knapp 150.000 Euro für 74 soziale und karitative Projekte in den Stauden und im Augsburger Land ausgeschüttet. In den Genuss der finanziellen Zuwendungen kommen hilfsbedürftige, behinderte, obdachlose oder anderweitig benachteiligte Kinder sowie Einrichtungen und Organisationen, die zu deren Unterstützung tätig sind. □



Über das Engagement von Michael und Christine Wagner (von rechts) freuen sich Leiterin Ursula Koschel, Fischachs Bürgermeister Josef Fischer und Landrat Dr. Karl Vogele (von links). Text und Bild: Walter Kleber

den Öffnungszeiten“, weiß Ursula Koschel, „ist das A und O einer familienfreundlichen Kinderbetreuung.“ Schon jetzt werden in der 2001 gegründeten Einrichtung, die vor zwei Jahren vom Weiler Lehnberg in die Fischacher Bahnhofstraße umgezogen ist, Kinder im Alter zwischen drei Monaten und 14 Jahren ganzjährig - bei Bedarf also auch in den Ferien - betreut. Darunter sind derzeit acht Buben und Mädchen mit körperlichen, psychischen oder geistigen Handycaps in zwei Integrationsgruppen.

Individuelle Bedürfnisse im Mittelpunkt

„Bei uns stehen die Kinder und ihre individuellen Bedürfnisse im Mittelpunkt“, erklärt Ursula Koschel. Die Betreuung richtet sich nach den Erfordernissen der Familien. Ab Oktober nimmt das Wohlfühlhaus bis zu vier Jugendliche mit familiären Problemen auf. Ursula Koschel: „Wir begleiten diese Jugendlichen auf dem entscheidenden Lebensabschnitt von der Schule ins Berufsleben.“

Eng damit verzahnt sind Beratungsangebote und -hilfen für die Familien dieser Jugendlichen. Noch im Aufbau ist ein anderes Projekt: Senioren aus der Umgebung sind aufgerufen, für die Kinder und Jugendlichen im Wohlfühlhaus Patenschaften zu übernehmen. Das Wohlfühlhaus - übrigens das erste derartige Kinderhaus im ganzen Landkreis Augsburg - ist voll belegt. Die Betriebslaubnis gilt für 75 Kinder,

die gleichzeitig anwesend sein dürfen. Tatsächlich sind aufgrund der flexiblen Zeiten an den Wochentagen von Montag bis Freitag täglich über hundert Kinder im Haus. Dazu kommen noch 20 Kinder im Waldkindergarten und weitere 30 in der Außenstelle „Schwabmünchner Wichtel“, für die in nächster Zeit ebenfalls ein dauerhaftes Raumkonzept realisiert werden soll.

Rund 30 pädagogische Fachkräfte, ein Stab von weiteren zehn fest Angestellten und einige ehrenamtliche Helfer halten den Betrieb am Laufen. Die benachbarte Villa fungiert ab Oktober vorwiegend als Übernachtungshaus. Mit ihrer Inbetriebnahme wird im Wohlfühlhaus dann auch Schichtdienst eingeführt. □

Das Wohlfühlhaus

- 2001 Gründung des Wohlfühlhauses in Fischach-Lehnberg mit fünf Kindern
- 2002 Gründung des Träger- und Fördervereins Wohlfühlhaus Westliche Wälder e.V., Erweiterung des Betreuungsangebotes für 50 Kinder
- 2004 Gründung einer Kinderkrippe („Schwabmünchner Wichtel“) in Schwabmünchen für 30 Kinder
- 2006 Umzug nach Fischach (Bahnhofstraße) in ein Mietobjekt, Erweiterung auf 100 Kinder
- 2007 Erweiterung zu einem integrativen Kindergarten
- 2008 Kauf von zwei Häusern durch die Michael Wagner Stiftung „Kinderlachen“ □

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Eigenbeilage der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Internationales Jugendhaus der Verständigung:

Spatenstich in Oberschleißheim

Beim Spatenstich für das Internationale Jugendhaus der Verständigung in Oberschleißheim, dem der Landrat des Landkreises Krakau, Jozef Krzyworzeka, der Kreispräsident aus Krakau, Krzysztof Karczewski, die Erste Bürgermeisterin von Oberschleißheim, Elisabeth Ziegler, und der Generaldirektor des Deutschen Museums, Prof. Dr. Wolfgang Heckl, beiwohnten, bezeichnete der noch amtierende Münchner Landrat Heiner Janik das Projekt als große Herausforderung und einzigartige Chance.

Krakaus Landrat begrüßte das völkerverbindende Projekt ausdrücklich und bedankte sich für das enorme persönliche Engagement von Landrat Janik. Ratshauschefin Ziegler versprach, das Haus stets unterstützen zu wollen.

Heiner Janik verwies in seiner Ansprache zunächst auf das stimmige Gesamtkonzept, das mutige und richtungweisende gestalterische Wege gehe. Auch stellte er fest, dass die beiden polnischen Partnerschaftslandkreise Krakau und Wieliczka von Anfang an in die Überlegungen für das anspruchsvolle Projekt einbezogen wurden.

Die Kreisgremien hätten sich fortlaufend und intensiv mit dem Vorhaben beschäftigt und auseinander gesetzt. Im März 2007 habe der Kreistag die Planung

und Errichtung des Internationalen Jugendhauses beschlossen.

Der Kreisjugendring, der vom Kreistag mit der Betriebsträgerschaft beauftragt wurde, führt seit seinem Bestehen internationalen Jugendaustausch durch. In Selbstversorgerhäusern können Jugendliche in bester Weise Selbstverantwortung und Selbstorganisation lernen und praktizieren. Im Jugendhaus und auf dem Areal geht es Janik zufolge darum, „Verständigungsfähigkeit und -bereitschaft zu vermitteln, zu fördern und zu praktizieren“. Die Aufgabe, der sich der Landkreis München ganz bewusst auf seiner kommunalen Ebene angenommen hat, bestehe darin, aus einer Gedenkstätte einer Erlebnisgeneration eine internationale Jugendbegegnungsstätte zu gestalten. DK

Bezirk Unterfranken:

„Symposium Heimatforschung“

Interessante Aspekte der Heimatforschung beleuchtete das „Symposium Heimatforschung“ im Tagungs- und Kulturzentrum Schüttbau des Bezirks Unterfranken in Hofheim-Rügheim (Landkreis Haßberge). Das Seminar wurde gemeinsam von den Bezirkshauptpflegern von Ober- und Unterfranken sowie dem Colloquium Historicum Wirsbergense und dem Bayerischen Landesverein für Heimatpflege veranstaltet.

Martina Edelmann vom Jüdischen Kulturmuseum in Veitshöchheim referierte zum Thema „Geschichte(n) aus dem Dachboden. Genisafunde in fränkischen

Synagogen.“ Im Anschluss berichtete die Kunsthistorikerin Daniela Schedel über Bildstockforschung in Unterfranken.

Flucht und Vertreibung

Susi-Katharina Reimann erläuterte die Auswirkungen von Flucht und Vertreibung auf die nachgeborene Generation. Ulrich Ringsdorf, Archivdirektor des Lastenausgleichsarchivs in Bayreuth, hielt abschließend einen Vortrag mit dem Titel „Das Bundesarchiv in Bayreuth - Quellen zur fränkischen Heimatforschung?“ DK

Vorschau auf GZ 7

In unserer Ausgabe Nr. 7, die am 10. April erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT für die Kommunalverwaltung
- Umweltschutz · Abfallwirtschaft
- Kommunalfahrzeuge · Städtereinigung

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 0 71 95 / 69 33 00 · Fax 0 71 95 / 69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen



Kindergarteneinrichtungen

élbe Produktion · Vertrieb GmbH & Co.
Industriest. 1 · U-91285 Wötzingen
Tel: (0 9 3 3 8) 8 5 - 0 · Fax (0 9 3 3 8) 8 5 - 1 9 9
E-Mail: info@elbe.de · www.elbe.de
Entdecke die Welt des Spielens!

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

élbe Produktion · Vertrieb GmbH & Co.
Industriest. 1 · U-91285 Wötzingen
Tel: (0 9 3 3 8) 8 5 - 0 · Fax (0 9 3 3 8) 8 5 - 1 9 9
E-Mail: info@elbe.de · www.elbe.de
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streutomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik ist unsere Stärke!
Gmeiner GmbH
Bgm. -Knoll-Str. 26
D - 92245 Kümmerbruck
Telefon: +49 (0) 96 21 / 76 85-0
Internet: www.gmeiner-online.de
E-Mail: info@gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen
ORION
www.orion-bausysteme.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74